J. G. Burg

VERSCHWÖRUNG DES VERSCHWEIGENS

Die potentiellen Brandattentäter
des Münchner israelitischen Altersheimes

Elvirastr. 14, 8000 München 19, Tel. 185823
Postscheckkonto Nr. 94218 - 804
Postscheckamt München

"Die schärfste Form
deutscher Zensur ist
das Verschwiegenwerden."

H. Heine

Gewidmet
meiner Jugendfreundin
Regina,
die am Freitag, den 13.2.1970,
in München, Reichenbachstr. 27,
beim Brandattentat ihr Leben
lassen mußte.

München, März-Mai 1970

Kapitel

Der turbulenteste Monat seit dem Bestehen der Bundesrepublik war dieser Februar des Jahres 1970.
München schien eine zweite Front des Nahen Ostens zu werden.
Genau wie zur Geburt des Nationalsozialismus mußte diese, sonst friedliche und überaus gemütliche Stadt, in einer gar nicht schmeichelhaften Sache vor die weltweite Öffentlichkeit treten.
Ohne Willen oder Zutun der bundesdeutschen Bürger ereigneten sich am laufenden Band Dinge, die das Interesse der Welt auf diese Stadt lenkten.
Am 9. Februar 1970 mußte eine ägyptische Maschine Typ COMET 4c der United Arab Airlines in München-Riem notlanden. Dem Piloten gelang es, eine glatte Bauchlandung zu vollbringen, so daß keine Personen ernstlich zu Schaden kamen.
Die Öffentlichkeit wurde sofort beruhigt: es war ein technischer Fehler an der Maschine und eine Sabotage käme nicht in Frage.
Drei Tage später, am 11. Februar und auf dem gleichen Flughafen, ereignete sich etwas Ärgeres.
Man konnte die Öffentlichkeit nicht mehr mit bagatellisierten Meldungen abfertigen: die Araber wollten ein israelisches Flugzeug der EL AL entführen, hieß es in den Meldungen der Tagespresse.

Warum wurde es nicht entführt? Die drei Araber konnten das Flugfeld und die Rollbahn ungehindert passieren. Es lag nichts im Wege, die Maschine zu besteigen und den Piloten zum Abflug zu zwingen. Ihr Interesse galt jedoch nicht dem Flugzeug, sondern dem soeben abfahrenden Bus und den darin befindlichen Gästen. Die Araber stellten sich in den Weg und warfen Handgranaten in den Bus.
Ihre Mission war damit beendet. Das Flugzeug selbst hatte sie nicht interessiert.

Die Handgranate tötete Katzenstein junior, einen jungen israelischen Staatsbürger, welcher in München studiert und später als »Kaufmann« hier verblieb. Daß seine Tätigkeit hier in München vorwiegend politischer Natur war, daß er als Nachrichtenaktivist des Mossad-Instituts fungierte und EBEN hieß, das ist nur gut informierten Kreisen bekannt.

Katzenstein, alias Eben war sofort tot. Er warf sich schützend auf die Handgranate und fing so die Explosion mit seinem Körper ab. Wen wollte oder wen

mußte er schützen?
Ist es ein Zufall, daß auch der Sohn des israelischen Kriegsministers Dajan zufällig in demselben Bus saß?
Sind seine Reisen durch Europa und die Bundesrepublik nur künstlerischer Natur?
Dajan junior als Intelligenter und Begabter, hat Aussichten, seinem Vater ebenbürtig zu sein. Dazu erhält er auch gebührende Chancen. Als laureatus Absolvent des Herzog'schen Spezialseminars erhält er, wie Eingeweihte wissen wollen, Sonderaufgaben, die als Feuerprobe angesehen werden. Da er aber ein Sprößling des »Verteidigungsministers« ist, gebührt ihm, wie so üblich, Sonderschutz. Daher wurde ihm Katzenstein als Leibgarde zugeteilt.

Katzenstein senior mußte von den Sonderaufgaben seines Sohnes nichts gewußt haben, war aber berechtigt nach dem tragischen Unfall zu verkünden: "Mein Sohn war ein echter Israeli." Hut ab! (bei Juden : Hut auf!)
Wieso ist das Paar Dajan-Katzenstein immer wieder »zufällig« zusammen in der Schweiz, dann Frankfurt am Main und München? Und schließlich, warum kracht oder brennt es hinterher immer wiede? Auch »zufällig«?
Nun hieß es in den Meldungen, die Attentäter wußten von Dajan juniors Anwesenheit im Bus und trachteten ihm nach dem Leben.
Woher wußten die Araber dies?
Demnach stimmt die These von der Absicht, das Flugzeug zu entführen, nicht.

Und noch vieles mehr stimmt hier nicht!!
Kaum daß diese Meldungen auch den letzten Winkel der Öffentlichkeit erreicht hatten, wurden erneut nicht nur die Münchner und Bundesdeutschen, sondern auch die weltweite Menschheit in Entsetzen versetzt.
Das jüdische Kultuszentrum und das darin befindliche Altersheim zu München wurden in Brand gesetzt. Trotz des musterhaften Einsatzes der Feuerwehr, die zwei Minuten nach dem Alarm zur Stelle war, konnte man die grauenhafte Bilanz dieser Nacht nicht verhindern. Sieben Tote und mehrere Schwerverletzte.
Konnte man nicht auch in diesem Falle, ähnlich wie bei der Bauchlandung des ägyptischen Flugzeuges, diesen Unglücksfall als solchen bezeichnen und einen »technischen Fehler« verlauten lassen?
Mußte dieser Brand im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen?
Ja, er mußte! Denn dazu war er auch angestiftet worden!
Die politische Leitung des jüdischen Kultuszentrums wollte sich die Chance, aus dieser Tragödie ein Politikum zu machen, nicht entgehen lassen. Für sie sind die Täter selbstverständlich in den antijüdischen Kreisen zu suchen. Ein Großteil der deutschen Massenmediem beteiligte sich an dem grausamen Ratespiel. Die rechtsgerichtete Presse wußte, daß die Schuldigen nur in den extrèmen linken Reihen zu suchen sind. Die linksorientierte Presse weiß wiederum, daß die Urheber der Brandstiftung unter den Neofaschisten zu finden sein werden. Die brave bürgerliche Durchschnittspresse deutete direkt, daß die Planer und Ausführenden dieses Attentates nur die Araber sein könnten. Sie ziehen diese logische Folgerung aus der Sache, daß die beiden Länder im Kriegszustand

stehen. Eine Wochenzeitung, die sehr mutig die Fragen Zionismus-Arabertum behandelt, meint, die Täter und die Urheber in den extremen linken arabischen Gruppen zu finden.

Inzwischen wurden mehrere Spezialkommisionen, darunter auch eine politische, sowie 80 Kriminalisten,- es ist anzunehmen, daß es die Besten sind,- eingesetzt, um etwas Konkretes zu ermitteln. Erfahren hat die Öffentlichkeit, daß die 860 Hinweise aus der Bevölkerung auf keine Spur führten.
Alle Möglichkeiten wurden überprüft! Wirklich alle?

Wenn man im Walde steht, sieht man ihn vor lauter Bäumen nicht!
Warum ist eine noch offene Möglichkeit nicht überprüft worden? Wurde sie gezielt außer Acht gelassen, oder geschah das aus politischem Analphabetismus?

Wie es auch sei, dieser Fall muß mit Mannesmut und ohne übliche Schablone angefaßt werden. Wenn diese Sache nicht zu ernst wär, müßte man nach den sonderbaren Methoden des Franz-Josef Wanninger, des »Kommisars« des ersten Deutschen Fernsehens, vorgehen.
Hat man die Möglichkeit durchdacht, daß die Schuldigen in den eigenen Reihen sein könnten? In den jüdischen, genauer: in den in- und ausländischen zionistischen Gruppen?
Bei allem Respekt vor dem Geschehenen fällt uns unwillkürlich die Aneknote der zwei Fabrikanten ein, die zu einer ungewöhnlichen Zeit Urlaub machen. Der erste erklärt, deshalb auf Urlaub zu sein, weil seine Fabrik ausgebrannt und die Versicherung eben dabei sei, seine Werke neu aufzubauen. Der zweite mußte das gleiche Klagelied singen, mit dem kleinen Unterschied, daß bei ihm die Überschwemmung an seinem Elend schuld sei. Darauf wollte der erste voller Gier die Erklärung wissen, wie man so eine Überschwemmung macht!
Ist es denn eine Seltenheit, daß konkursverdächtige Betriebe, die eine gute Versicherungsrücklage haben, plötzlich in Flammen aufgehen?
Wo ist da ein Unterschied zwischen einem politischen und einem wirtschaftlichen Betrieb? Sicher, ohne Beweise darf man niemanden beschuldigen.
Aber eine Untersuchung einzuleiten, wer verbietet das?
Um an die Urheber der Brandstiftung in der Reichenbachstraße in München näher heranzukommen, sei erlaubt, etwas weiter auszuholen.

Um in den folgenden Ausführungen das Judentum nicht zu verallgemeinern, muß dem Leser bewußt werden, daß es hier, genau wie auf der ganzen übrigen Welt, verschiedene politische Richtungen gibt. So paradox es auf Anhieb auch klingen mag, sind auch hier nationalsozialistische, faschistische neben zionistische und kommunistischen Gruppen anzutreffen, die letzteren sogar chinesischer Prägung.

Es wäre falsch anzunehmen, als Gegner dieser politischen Richtungen zugleich ein Antisemit zu sein; genau so falsch, als man nach dem Kriege die Deutschen verallgemeinert als Nazis bezeichnete.

Als am 2. November 1917 dem britisch-jüdischen Baron Rothschild die Balfour-Deklaration übermittelt wurde, in der die Erlaubnis gegeben wurde, die Juden

könnten sich in Palästina eine »jüdische Heimstätte« errichten, gab das den Zionisten in aller Welt einen neuen Auftrieb. Insbesondere drängten sich die Zionisten aus dem Osten heran, die bis dato in harter Tätigkeit die Herrschaft des Weltzionismus an sich rissen. Sie verstanden es, jeden Einfluß des deutschsprachigen Zionismus zu bekämpfen, so auch den aus Ungarn stammenden Dr. Herzl, welcher den Zionismus auf den humanen Weg führte.

Während Herzl bereiterklärte, sogar Uganda als eine jüdische Heimstätte zu akzeptieren, wollten jene radikalen Gruppen aus dem Osten nichts davon wissen. Ihnen genügte nicht eine Heimstätte, sondern sie strebten nach einem eigenen Staat Israel und dies auch nur im Raum Zion-Israel. Bevor aber Herzl zum Zionismus fand, empfahl er den Juden eine Massentaufe im Wiener Stephansdom. Dies war jedoch den östlichen Zionisten ein Dorn im Auge. Für Herzl war es selbstverständlich, seinen Mitarbeiterstab mit den deutschsprachigen Juden einzurichten. Herzl unterlag den Intrigen seiner Gegner und noch heute ist die Art seines Todes - als natürlicher Tod - umstritten.

Die russische Revolution und die schwankende Palästinapolitik der Briten enttäuschte die Führer des Weltzionismus und trieb diese in die Radikalität.

Professor Dr. Weizmann stand an der Spitze dieses radikalen Zionismus, der auch den Weltzionismus beherrschte.

Im Frühling des Jahres 1920 besuchte er Jerusalem. Man horchte auf, als er seine Reden so »zum Fenster hinaus« hielt.

"Wir werden in Palästina sein, ob ihr wollt oder nicht. Ihr könnt unser Kommen beschleunigen oder verzögern, es ist aber besser für euch uns mitzuhelfen, denn sonst wird sich unsere aufbauende Kraft in eine zerstörende verwandeln, die die Welt in Gärung bringen wird." (jüd. Rundschau Nr. 4/1920).

Diese Äußerung Dr. Weizmanns wurde zum Aktionsprogramm der radikalen weltzionistischen Bewegung.

Während Weizmann angesichts Auschwitz' und nach der Gründung seines ersehnten Staates Israel, sich von seiner ursprünglichen Gewaltpolitik löste und zur Humanität zurückfand, setzten seine politischen Erben die von ihm aufgestellten Prinzipien fort. Dazu mischte sich die leninistische Lehre:

"Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns."

Das bedeutete wiederum, daß diese künstlich geschaffenen Gegner bekämpft werden müssen. Und Zionistengegner fand man in aller Welt, erst recht im Judentum. In diesem Bruderkampf arteten die Zionisten aus, sie wurden zu Fanatikern. Was aber Fanatismus innerhalb eines Volkes zu bedeuten hat, davon kann ein jedes Volk sein eigenes Lied singen.

So gelang es den Zionistenführern, mit den Machthabern des Dritten Reiches in vielen Fällen zusammenzuarbeiten. Repräsentanten des deutschen Nationalsozialismus, die sich mit dem Judenproblem zu beschäftigen hatten, wurden nach Palästina eingeladen. Zu dieser Zeit konnte Levi Schkolnik, aus Palästina, ungehindert in Berlin seine Tätigkeit fortsetzen. Wir begegnen ihm wieder als dem Ministerpräsidenten des Staates Israel unter dem Namen Eschkol.

Am Rande sei erwähnt, daß auch Adolf Eichmann als einer der Repräsentanten in Palästina an der Behandlung des Judenproblems teilnahm.
Im Jahr 1934 war der Chef des britischen Geheimdienstes, Colonel Meinerzhagen, in Berlin, wo er mit Hitler, Hess und Ribbentrop unter anderem auch das Judenproblem zur Sprache brachte. Hitler, der zuvor 120.000 Juden mit allem Hab und Gut nach Palästina auswandern ließ, erklärte sich bereit, abermals deutsche Juden in diese Richtung ziehen zu lassen, Der Colonel, hocherfreut über seinen Erfolg und die Entscheidung Hitlers, eilte mit der Botschaft zu seinem Freund Dr. Weizmann. Dem Colonel war es daran gelegen, die deutschen Juden aus der Gefahrenzone herauszubekommen. Wie schwer muß er enttäuscht gewesen sein, als ihm Weizmann, dem es nur darum ging, einzelne Auswanderungen und diese auch nur mit jungen Menschen zu erreichen, mitteilte, daß er daran nicht interessiert sei.
Im Wortwechsel mit dem britischen Colonel ließ er wissen:
"Eher will ich den Untergang der deutschen Juden sehen, als den Untergang des Landes Israel für die Juden." Dieser herzlose Satz besagt seine ganze politische Konzeption. Und schließlich wurde dies zur offiziellen Theorie des Staatszionismus.
In ähnlicher Weise erklärten sich verschiedene führende Zionisten. So zum Anlaß der Tagung des Völkerbundes in mehreren Hauptstädten Europas,
David Ben Gurion: "Sollte es zu einem Zusammenstoß zwischen den Interessen des jüdischen Staates und jenen der Juden in Galuth (Verbannung) kommen, müßten die letzteren geopfert werden." (September 1937)
Als 1938 Dr. Schacht im Auftrage Hitlers mit den Vertretern der jüdischen Finanzkompetenz über die Auswandeung der Juden in London verhandelte, waren die Bedingungen annehmbar. Die Entscheidung überließ man Dr. Weizmann, und dieser lehnte ab.

Im Jahre 1943 wurden die Ereignisse in Auschwitz bekannt; die Führer des Weltzionismus schwiegen, und die Berichte darüber wanderten in die Schubläden. Der Humanist Martin Buber veröffentlichte daraufhin ein Manifest. Darin beschuldigte er im Frühjahr 1944 in Jerusalem die Führer des Weltzionismus, gegen die Vernichtung der Juden nichts zu unternehmen, vielmehr diese Grausamkeiten für ihre Parteizwecke und Propaganda auszunützen.
Diese historischen Tatsachen zu retuschieren, leitete viele Jahre später die Zionisten eine weltweite Kampagne gegen den toten Papst Pius XII. ein und beschuldigte diesen, zur Vernichtung der Juden in Europa geschwiegen zu haben.

Die Wahrheit jedoch, hat er den Juden geholfen und dadurch unzählige Dankkundgebungen, auch seitens der kompetenten Rabbiner, und Anerkennung erhalten. Das kann von den zionistischen Führern nicht gesagt werden, es ist ebenfalls eine weltweite und historische Tatsache geworden.
Kurz vor Kriegsende beauftragte Adolf Eichmann den Juden Joel Brand aus Budapest in die Türkei zu reisen, um dort Verbindungen mit den Führern des Weltzionismus aufzunehmen. Es ging um die Rettung von ca. zwei Millionen

Juden. Es passierte etwas Unglaubliches: Brand wurde nach Palästina gelockt, und trotzdem er Jude und noch dazu Parlamentär war, ins Gefängnis gesteckt. Die Hilfsaktion platzte. Die Briten entließen Brand nach etwa einem halben Jahr aus einem ägyptischen Gefängnis nach Palästina. Noch während seiner Verhaftung wurde er von einem seiner prominentesten Gesprächspartner, Lord MOYNE, dem stellvertretenden Staatsminister im Nahen Osten gefragt, was er mit dieser Million Juden, die Brand zur Befreiung vermittelte, tun solle.
Einige Monate später wurde Lord Moyne auf offener Straße in Kairo erschossen. Diese Tat vollbrachte die radikalere Gruppe Zionisten, die mit der Rettung der Juden in Deutschland einverstanden war.

Dasselbe Schicksal traf den schwedischen Grafen Bernadotte, als er in seiner Eigenschaft als Vertreter des Roten Kreuzes am 10. März 1945 mit 150 Omnibussen den Abtransport der Juden in die Freiheit verweigerte: 1948 passierte Bernadotte, als Friedensvermittler der UNO, die jordanische Grenze und wurde erschossen.
Während Joel Brand im Gefängnis saß, vertrat seine Aufgabe in Budapest der Jude Dr. Rezsö (Rudolf) Kastner. Nach dem Krieg wanderte dieser nach Israel aus, wurde israelischer Staatsbürger, er strebte ein Gerichtsverfahren an, um die Angelegenheit Eichmann,Judenrettung vor die Öffentlichkeit zu bringen und ins richtige Licht zu setzen.

Für die Zionisten wäre das eine peinliche Angelegenheit geworden und so wurde am 3. März 1952 der Jude und israelischer Staatsbürger Dr. Kastner in Jerusalem auf offener Straße von seinen Landsleuten erschossen. Der letzte Kronzeuge im Fall Eichmann war rechtzeitig beseitigt worden.
Gegenwärtig, da der Antisemitismus im allgemeinen an Heftigkeit verloren hat und in Vergessenheit gerät, bemühen sich die Zionisten, ihn künstlich in Erinnerung zu bringen. Sie beschuldigen die Oststaaten und die arabischen Länder des Antisemitismus, wenn diese lediglich antizionistische Maßnahmen treffen.
Der Führer der polnischen Regierungspartei, GOMULKA, wird als Antisemit bezeichnet, was in Fachkreisen unwillkürlich Gelächter hervorruft. Ob er etwa deshalb Antisemit sei, weil seine Frau und seine Schwiegermutter Jüdinnen sind?
Dieselbe Regierung wird auch beschuldigt, Juden nicht nach Israel auswandern zu lassen.

Durch die Verschwörung der Verschweigens blieb auch diese Wahrheit der breiten Masse vorenthalten.
Polen hat z.B. Ende des Jahres 1960 etwa 8000 ausreisewilligen Juden die Ausreise genehmigt. Nur ein halbes Prozent davon wanderte nach Israel aus.Und schließlich . . . .
Der langjährige Botschafter bei der UNO und in Indien, Prof. Katz-Sachy reiste mit seiner Familie am 9.1.1970 unter Mitnahme seines ganzen Vermögens und offizieller Genehmigung der Warschauer Behörde nach Kopenhagen.
Auch dort muß er nicht, wie es in einer Zeitungsnotiz heißt,»am Hungertuch nagen«. Hat er doch einen Lehrauftrag der Universität Aarhus in der Tasche!

Wer also hindert die Juden daran auszuwandern? Daß sie nicht nach Israel

ziehen, ist ihre persönliche Angelegenheit.
Am 17. März 1970 war in der deutschen Presse zu lesen, daß der Vorsitzende des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, forderte, Maßnahmen zu ergreifen, um die Terrorakte in der Bundesrepublik zu beseitigen.
52 Deligierte der jüdischen Landesverbände und Gemeinden nahmen daran teil. Diesem Artikel entnahmen wir den Satz:
"Die jüdischen Gemeinden erwarten, daß in der Bundesrepublik mit Regierungsmaßnahmen wieder eine Situation herbeigeführt wird, in der jeder Bürger dieses Landes ohne Furcht vor Terrorakten leben kann." Von wem wurde dieser Zentralrat gewählt.
Fühlen sich diese »Juden in Deutschland«, wie sie sich selbst bezeichnen fremd?

Sind sie jemals von einem bundesdeutschen Bürger terrorisiert worden? Weshalb wollen sie diese Sonderrechte?
Jeder bundesdeutsche Bürger und die in Deutschland lebenden ausländer würden diese Maßnahme begrüßen.
Oder sollen sich diese Rechte nur auf die in jüdischen Gemeinden eingetragenen Mitglieder beschränken?
Etwa 25% der in Deutschland lebenden Juden sind in jüdischen Gemeinden erfaßt. Wer soll hier nach Nachmann's Meinung geschützt werden? Nur zionistische oder auch nichtzionistische Juden?
Ist es Herrn Nachmann wirklich unbekannt, daß die Nichtzionisten von den Zionisten terrorisiert werden?

Der Fall, in dem sich ein jüdischer Kaufmann den Zionisten gegenüber weigerte, die verlangte Summe in Sachen Zionismus zu geben und darauf schwerstens bedroht wurde, ist ja bekannt.
Ein anderer Fall in Berlin sickerte zwar durch, verfiel aber der Verschwörung des Verschweigens.
Der Großrabbiner Dr. Isaak Goldstein aus Siebenbürgen/Rumänien, ein berühmter Talmudist, verließ in den fünfziger Jahren Rumänien in Richtung Israel. Von da ging er nach Paris. Zu dieser Zeit war Berlin zum wiederholten Male ohne Rabbiner.
Berlin absorbierte bereits 11 Rabbiner, und das Amt war wieder einmal vakant. Der französische Diplomat Francois PONCET - er vertrat sein Land mehrere Jahre in Deutschland - empfahl dem westberliner Vorstand der jüdischen Kultusgemeinde Dr. Goldstein als Gemeinderabbiner. Dr. Goldstein wurde aufgenommen.
Doch der Humanist Goldstein kam mit der Ansicht der politischen Führung der Kultusgemeinde nicht zurecht. Er konnte den fanatischen Zionismus dieser Leute nicht begreifen, da sie überhaupt nicht in Israel gelebt hatten.
Die erste große Auseinandersetzung zwischen Goldstein und der Gemeindeleitung, die an die Öffentlichkeit kam, war vor Weihnachten 1959, als in Köln die »maßgemachten« Hakenkreuze auftauchten. (Die ganz Welt sah mit Mißbilligung auf die Bundesrepublik).

Die großaufgezogene Kulisse sollte das Unternehmen Adolf Eichmann verdunkeln. Er sollte das Flugzeug, in dem der offizielle Vertreter Israels, der Minister ohne Portefeuille, Abba Eban saß, unsichtbar machen; der mit einer Gruppe von sieben illegalen Personen, unter welchen sich auch der in der Bundesrepublik noch nicht bekannte Ascher Ben Nathan befunden haben soll, auf dem Flug nach Argentinien war.

Dr. Goldstein glaubte nicht an ein Werk der Neofaschisten in Deutschland und erklärte einer Münchner Wochenzeitung, daß seine "Rache Versöhnung" sei, er hätte in diesem Fall seine Frau und Tochter aufgefordert, stillschweigend mit ihm dies wegzuwischen.
Der weißhaarige Gelehrte und noch dazu schwer herzleidende Dr. Goldstein wurde auf offener Straße in Berlin überfallen und geohrfeigt. Diese "Heldentat" wurde von führenden Stellen der Zionisten gelobt.
Die Ereignisse der jüngsten Zeit beweisen, daß der verewigte ehemalige Großrabbiner Berlins, Dr. Goldstein, Recht hatte, und nicht jene, die ihn mit Mitteln bekämpfen, die aller Zivilisation im allgemeinen und der jüdischen Tradition im besonderen Hohn sprachen. Er wurde sogar vor deutsche Gerichte gezerrt; wobei doch schon eine Auseinandersetzung zwischen Vorstehern jüdischer Gemeinden und ihren Rabbinern eine Seltenheit im jüdischen Leben darstellt.
Gerschom (960-1020), eine der größten Persönlichkeiten seiner Zeit auf religiösem Gebiet, der die Einehe bei den Juden in den zivilisierten Ländern durchsetzte, ordnete an, daß kein Jude den anderen vor ein nicht jüdisches Gericht zitieren solle.
Die Gerichtsverhandlung zwischen jüdischen Gemeindevorstehern und Rabbiner Goldstein ist bestimmt kein Ruhmesblatt in der Nachkriegsgeschichte der Galinskianischen Juden in der BRD.
Ja, es fand sich sogar ein trauriger Pogromheld, der es wagte, den greisen, schwerkranken Rabbiner zu ohrfeigen. Noch schmerzlicher ist freilich, daß keiner der verantwortlichen jüdischen Führer, auch kein Rabbiner gegen diese Ungeheuerlichkeit protestiert hat. Wodurch unterscheidet sich ein solches Individium eigentlich von den einstigen zaristischen Pogromkriminellen, Mitgliedern der "Eisernen Garde" in Rumänien oder NS-Schlägern in Deutschland? Ich glaube, daß der jüdische Pogromheld übelster Sorte noch verwerflicher ist, denn ich bezweifele, daß die Genannten in solcher Weise gegen ihre eigenen Geistlichen vorgegangen sind. Einwandfrei hat dieser Pogromhalunke das Gebot: "Vor grauen Haaren sollst du aufstehen und die Person des Greises ehren . . ." 3. Moses 19,32 verletzt.
Darüber steht geschrieben: "Und wer ihn aus Haß gestoßen oder mit Absicht auf ihn geworfen hat . . ., oder ihn aus Feindschaft mit der Hand geschlagen hat, daß er gestorben ist, so soll der Schläger gewißlich getötet werden . . . . " 4. Moses 35,20 f. - Ich schäme mich noch heute, daß diese traurige Figur ein Landsmann von mir ist.
(Ein ähnlich gelagerter Fall ereignete sich vor etwa 200 Jahren, als ein Psychopath von Rabbis angehalten wurde, Baruch Spinoza mit einer Mordwaffe anzugreifen).

Zusätzlich soll Goldstein von einer Arierin, die Gattin eines Hetman der Juden in Deutschland war, "Balkan-Saujude" genannt worden sein. Diese Äußerung machte die Frau gegenüber einem Staatsanwalt. Ich fragte mich: darf sich jeder Müller oder Huber ähnliches erlauben?
Infolge dieser physischen und psychischen Torturen verstarb Großrabbiner Dr. Isaak Goldstein 66 jährig am 17. April 1962 in Berlin.
Es fand sich aber keine Person der öffentlichen Ordnung, um die Schuldigen zu überführen.

Oder der Fall Burg!
Der Schriftsteller veröffentlichte sein Buch "Schuld und Schicksal", um damit seinen Beitrag zur bedingungslosen und ehrlichen Versöhnung zwischen dem jüdischen und dem deutschen Volk zu bringen. Hauptgrund der Herausgabe des Buches war die Ergreifung Adolf Eichmanns und seine Entführung nach Jerusalem. Nach Auffassung des Autors sollte dieser Schauprozeß in erster Linie dazu dienen, von der Bundesregierung, unabhängig von den auslaufenden Reparationszahlungen, zusätzlich noch Gelder zu fordern, und seine eventuellen Memoiren-Veröffentlichungen zu verhindern.
Kurz vor dem Krieg Israels gegen seine Nachbarstaaten im Juni 1967 wurde durch die zionistische Initiative eine Großkampagne gegen den Papst eingeleitet. Wie schon erwähnt, wurde Papst Pius XII. vorgehalten, gegen die Vernichtung der Juden nichts unternommen zu haben. Burg welcher alle Unterlagen hatte, um Beweise zu liefern, daß der geschmähte Papst sich vielfach an der Rettung der Juden beteiligt hat, veröffentlichte sein nächstes Buch "Sündenböcke".
Burg, selbst Jude , fühlte sich durch diese gezielte Ungerechtigkeit seiner Volksangehörigen verpflichtet, diese zurechtzuweisen.
Kurz danach wurde er als Sachverständiger und Zeuge zu einem großen Kriegsverbrecherprozeß, welcher in Münster stattfand, geladen.
Er sagte nach seinem Wissen und Gewissen die volle Wahrheit.

Dies jedoch stand den Interessen der Initiatoren dieses Prozesses entgegen.Sie schlugen in den Zeitungen gegen Burg los, hetzten die Fanatiker auf und diese vollbrachten die gewünschte Tat.
Burg wurde auf dem Gelände des jüdischen Friedhofes, als er das Grab seiner Frau besuchte, überfallen und mißhandelt. Auch diese "Heldentat" wurde seitens der zionistischen Führung gelobt und dadurch als akzeptabel bestätigt, daß Burg zusätzlich aus der Kartei der jüdischen Gemeinde gelöscht wurde.
Trotzdem verlangt das Kirchensteueramt des Landesverbandes der israelitischen Kultusgemeinde in Bayern laut Schreiben vom 17.3.70 nach dem non olet-Prinzip von ihm Kirchensteuer. (Warum nicht Synagogensteuer?)
Das Überführen der Schuldigen wurde gestoppt. Die pflichtbewußten Polizeibeamten, die mit der Untersuchung beauftragt worden waren, konnten die Täter feststellen, jedoch das Verfahren nicht zu Ende führen.
Dennoch erhielt Burg als Abschluß der Ermittlungen den oberstaatsanwaltlichen Bescheid vom 13. Mai 1968, in dem es heißt:
"Die Ermittlungen haben nicht zur Feststellung des Täters gefährt. (Fehler aus

dem Original) Weitere Nachforschungen versprechen zunächst keine Aussicht auf Erfolg. Sollte der Täter nachträglich bekannt werden, werde ich Sie benachrichtigen.

Hochachtungsvoll
(Lossos)
Oberstaatsanwalt".

Man fragt Sich, ob ein Staatsanwalt Anwalt seines Staates ist oder den zionistischen Atamanen dient. Später anvancierte Herr Lossos zum Präsidenten des bayerischen Verfassungsgerichts.

Ein Gangsterpuplizist aus Tel Aviv veröffentlichte im November 1964 in dem von ihm herausgegebenen Revolverblättchen eine indirekte Aufforderung an diesem Berliner Rowdy, mit Burg, wie mit dem verstorbenem Großrabbiner Goldstein zu verfahren, und beschuldigte gleichzeitig die in der BRD lebenden Zionistenführer auf das häßlichste. Gerade jene, die sich seinerzeit an Rabbiner Goldstein so schwer versündigt haben. (Auch die Mohren der 5. Kolonne werden wie Mohren behandelt.)

Der Fall Burg verfiel der Verschwörung des Verschweigens.

Ist der Vorsitzende des "Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland", Herr Werner Nachmann, der Meinung, daß auch solche Juden wie Goldstein, Burg und viele andere berechtigt sind, ohne Furcht und Terror zu leben? Oder soll der Schutz und die Sicherheit noch mehr den Tätern zugute kommen? Es wäre wohl die Aufgabe der Regierung, ihren guten und ehrlich verdienten Namen als freie demokratische Bundesrepublik zu schützen und ihn nicht von dunklen Elementen, Grabschändern und Kriminellen besudeln zu lassen.

Wie man sieht dürfen sich Zionisten alles erlauben, ja sie genießen sogar Immunität. Juden dagegen sind in der BRD Freiwild. Mit daran schuld ist das offizielle Bonn.

Prof. Dr. Hans Schoeps schreibt in: "Judentum in Geschichte und Gegenwart" Seite 87, herausgegeben von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Hamburg 1961:

"Ich sehe heute . . ., daß in Deutschland verbliebene Juden aus der Tatsache ihres Nicht-Ausgewandertsein einige Konsequenzen ziehen müßten. Sie haben die Fragen zu beantworten, ob sie sich als eine Auslandsorganisation des Staates Israel betrachtet und behandelt sehen wollen, oder aber als vorübergehend in Deutschland gastierende Auslandsisraelis, oder als deutsche Staatsbürger mit allen politischen Rechten und Pflichten, die das Bekenntnis zu Deutschland mit sich bringt."

Diese wenigen Beispiele, aus enormen Material, teils den historischen Tatsachen entnommen, sollen Beweise sein, daß das Menschliche (auch Unmenschliche) nirgendwo fremd und überall zuhause ist.

Überall, wo es auch immer menschliche Gestalten gibt.

WARUM GERADE AN EINEM FREITAG?

Das Gebäude der israelitischen Kultusgemeinde in München, Reichenbachstraße 27, beherbergt im Rückgebäude Münchens Haupt-Synagoge. Im vorderen Gebäude sind untergebracht:
Büroräume der Verwaltung, Rabbinatskanzlei, Gemeindebibliothek, ein Altersheim und Gästeheim, sowie ein Vortragssaal und schließlich eine Küche als die einzige Küche Münchens, die »KOSCHERE SPEISEN« führt.
Der hl. Sabbat beginnt schon am Freitagnachmittag. Auch ein nicht streng gläubiger Jude hat verschiedenes an diesem Freitagnachmittag bis zum späten Abend im Gebäude der Kultusgemeinde zu tun. Die einen in der Bibliothek, wo an diesem Tag Bücher gewechselt werden, die anderen im Gästehaus, um Bekannte zu besuchen. Andere wieder ziehen es vor, an diesem Tag koschere Speisen zu sich zu nehmen. Das Hauptinteresse jedoch ist das Aufsuchen der Synagoge zu Beginn des Wochenendes. Dies alles bringt es mit sich, daß am Freitag, beginnend schon am frühen Nachmittag bis zum späten Abend, ein lebhafterer Menschenverkehr im Hause herrscht als an übrigen Werktagen. Und an einem solchen Tag soll ein Paket mit 20 Litern Aral-Benzin in einen Kanister, gefüllt und in braunes Packpapier verpackt (wie offiziell mehrfach verlautbart wurde und nachher modifiziert, daß der Kanister von Wellpappe umhüllt gewesen sein mußte,) bis in den 5 Stock getragen worden sein, dort aus der Verpackung gelöst und der Inhalt des Kanisters ausgeschüttet, ohne daß jemand Notiz davon nahm. Dies alles ist unglaublich, um es nicht als lächerlich zu bezeichnen.
Man kann weder die Planer noch die Ausführenden dieser Aktion als so dumm und naiv betrachten, daß sie diese Möglichkeit, bemerkt zu werden, nicht in ihren Plan einkalkuliert hätten.

Man darf nicht ausser Acht lassen, daß die Insassen der Kultusgemeinde verhältnismäßig streng gläubig sind und ihnen wird an einem hl. Sabbat das nur Tragen von Gebetbuch und Gebetstuch gestattet. Nicht einmal ein kleines Päckchen, geschweige denn ein so großes Paket in Form eines Benzin-Kanisters könnte man an einem solchen Tag herumtragen, ohne von den Gläubigern mit fragenden Blicken verfolgt zu werden.
Auch das hätten die Planer gewiß berücksichtigt und zu verhindern gewußt. Nun heißt es offiziell, daß das ausgeschüttete Benzin die ganze Katastrophe verursacht hätte. Man bedenke, von Etage zu Etage vergehen einige Sekunden, die schon viel dazu beitragen, das ausgeschüttete Benzin verdunsten zu lassen, umso eher, wenn auf den Stiegen Läufer vorhanden waren. Und schließlich, wo stand dieser Mann, der das Feuer angezündet hat, ohne selbst in Gefahr zu sein? Wenn dieses ganze Gehabe ohne dies ungesehen vor sich gehen konnte, warum wurde nicht auch der Kanister von dem Attentäter mitgenommen, um somit eventuell Spuren zu ihm zu verwischen? Hätte ein Fremder den Kanister ins Haus getragen, hätte er auch bemerkt werden müssen. Von einem Insassen, der später seine Beobachtungen zu Protokoll hätte geben können; wenn dieser nicht unter den Toten befände.

Die dem Feuertod entkommenen Menschen erklärten einstimmig und mehrmals, starkes Feuer und stark nach Gas riechende Luft bemerkt zu haben. Man erinnere sich an die Schreckensschreie der Eingeschlossenen: "Wir werden vergast." Wieso hört die Brandstelle an den Stiegen auf? Und die Wohnungen links und rechts des Ganges sind verbrannt? Diente dieses Benzinfeuer dazu, um den Fluchtweg abzusperren?

Der Inhalt des Kanisters konnte ein Flammenmeer verursachen, wie es in den Presseverlautbarungen geschildert wurde, Stiegenaufgang und einige Räume in Brand versetzen, dem Benzinanzünder aber nichts antun? Riecht es hier nicht ein wenig nach Hokus-Pokus, um nicht Dilettantismus zu sagen?
Die Aufgabe, auf diese Fragen eine Antwort zu finden, liegt woanders. Wir wollen nur feststellen, daß es nicht möglich ist, mit dem wenigen Benzin alles, auch den Gasgeruch zu machen. Und daß dieser Kanister nur zur Irreführung hinterlassen wurde. Dieser Kanister mußte, wenn nicht schon am Donnerstag, so spätestens am Freitag vormittag ins Haus gebracht worden sein. Er muß von einem der Insassen ins Haus gebracht worden sein, welcher nicht über den Inhalt und den Zweck des Paketes informiert war. So eine Person, die kleine und verschiedene Dienstleistungen vollzog, um sich damit ein Taschengeld zu verdienen, war im Hause beschäftigt: Einer, der im Hause mehrere Jahre beruflich tätig war und dessen Name bekannt ist.
Meistens werden solche Dienste für die Gäste geleistet, die vorübergehend im Gästehaus weilen. Daß die Täter keine Anfänger waren, das haben sie bewiesen. Und es ist genauso mit Recht anzunehmen, daß das Feuer mit modernsten technischen Errungenschaften gelegt worden ist. Jene, die den Brandplan durchzuführen hatten, verfügten bestimmt nicht über die Macht, sich unsichtbar zu machen. Müssten aber über neuzeitliche chemische Brandkörper in Grösse und Gestaltung einer Orange orientiert gewesen sein. Man entfernt den Schutzverschluß, drückt den vorstehenden Knopf ein und stellt die Kugel an den gewünschten Ort. Nach etwa einer Minute strömt lautlos aus der hinterlegten Kugel eine starke Feuerbrunst, die sehr nach Gas riecht und unheimlich starke Temperaturen entwickelt und sich, vor allem Selbst spurlos verbrennt. Bekanntlich ist Napalmfeuer unlöschbar. Bekannt ist aber auch, daß in keinem Staat, außer dem zionistischen, am laufenden Band perfektionierte Napalmproduktion betrieben wird. Es wäre daher den 80 Herren, die sich mit den Feuerattentat auf das Münchner Kultusgemeindehaus befassen, zu empfehlen, auch diese Möglichkeit nicht ausser Acht zu lassen. Es ist auch anzunehmen, daß derjenige, der den Kanister zum Hineintragen ins Haus angeschafft hat, sich diesen nachher, als er schon im Hause war, abholte. Man ist trotz religiöser Praxis gewöhnt, daß die durchreisenden jungen und modernen Menschen auch an einem Freitagabend zum Abreisen bereit sind und es ist auch nichts ungewöhnliches dabei, wenn so ein Abreisender sich im Hause mit einem Paket bewegt. In diesem Falle könnte aber der - nicht ortsfremde - Fremde die Feuerkörper hingelegt haben und den ohnehin halbleeren oder leeren Kanister stehen gelassen haben. Der andere, der den kleineren Dienst erwiesen hat und den Kanister hereinbrachte, muß sich unter den Verbrannten befinden.

Oberflächlich betrachtet könnte man sich von dem Gedanken leiten lassen, daß der verkehrsreiche Freitagabend deshalb geplant wurde, um einem Ortsfremden, der jedoch mit den Gebräuchen und dem Internen vertraut war, die Möglichkeit zu geben, unbemerkt und unerkannt seine Aufgabe durchzuführen. Dem ist aber nicht so. Der Freitagabend wurde logischerweise deshalb geplant, um ein Vielfaches an Effekt zu erzielen. Die erdachten und erhofften Effekte konnten in zweierlei Form erwartet werden.

1. Ein Brand im Zentralgebäude der Münchner Kultusgemeinde zu Beginn des heiligen Sabbat, welche Schlagzeile für die Weltpresse ist hier gegeben. In der Stadt, in der Hitler einst groß wurde, ist wieder eine Kristallnacht entstanden. In dieser Stadt, in der ein »neonazistisches und antisemitisches Hetzblatt« erscheint und wo auch linksgerichtete Gruppen antizionistisch sind, ihr »Unwesen« treiben können. Welches Kapital könnte daraus von einem nach Bonn eingeladenen israelischen Außenminister geschlagen werden! Eine sehr günstige Verhandlungsposition ist dadurch hier gegeben.

2. Wie wir anderwärts schildern, werden die bundesdeutschen Zionisten als Müllabfall des Judentums bezeichnet. Somit können erst recht diese letztrangigen Juden für »höhere« politische Ziele zum Opfer gebracht werden. Somit läßt sich der Gedanke nicht von der Hand weisen, daß Menschenopfer mit einkalkuliert waren. Eine »harmlosere« Art, wie etwa im jüdischen Gemeindehaus in Berlin durch die Hinterlegung eines nicht explodierenden Sprengkörpers in der Garderobe, scheint im Voraus nicht in Betracht gezogen worden zu sein. Wie die Aktion geplant wurde, so fand sie auch ihren Ausgang. Es mag grausam klingen, aber Tatsache ist, daß in einem solchen Fall mit Todesopfern phsychologisch wie auch politisch die Aktualität solange anhält, bis man die gewünschte Folgerung daraus gezogen hat, bis man Reparationen durchsetzen konnte.

Wie immer es auch sei, es ist im Interesse einer restlosen Aufklärung des Falles - und dieses Interesse ist nicht nur das der nichtzionistischen Juden, sondern in erster Linie das der bundesdeutschen Bürger und der Bundesregierung - notwendig, alle nur irgend möglichen Wege der Nachforschung zu gehen. Dem objektiven Beobachter aber scheint es, daß man gewollt oder ungewollt nur Dschungelwege betritt, die bekanntlich zu wenig oder zu keinem Erfolg führen, während man den vorhandenen asphaltierten Weg, auf dem man leicht spazieren könnte um schneller und sicherer zum Ziel zu gelangen, meidet. An und für sich ist schon beklagenswert, daß so mancher der Achtziger-Gruppe vom Zionismus und zionistischer Aktivität so gut wie keine Ahnung hatten. Diese Tatsache ist ein ungeheures Minus für Personen, die sich mit so einem glühenden Fall, wie es der Zionismus ist, befassen müssen. Das Wenden hin und her, das Brandattentat nur als kriminellen Fall zu betrachten, wird von vornherein zum Scheitern verurteilt sein, denn es ist und bleibt eine hochpolitische Angelegenheit. Und wenn man mit politischen Dingen zu tun hat, muß man sich wenigstens ein bischen darin auskennen. Da dies nicht der Fall ist, regten sich so manche kompetente Herren der Achtziger-Kommission auf, als einige sich zu Recht oder Unrecht beklagten, sie würden mit besonderer Vorliebe negativ behandelt.

So veröffentlichte die Münchner Süddeutsche Zeitung vom 1.4.70 auf Seite 12,

eine Verlautbarung, die von arabischer Seite her stammt. Man muß annehmen, daß es sich um keinen Aprilscherz handelt.
Die Veröffentlichung soll hier im Interesse einer gediegenen Aufklärung ungekürzt gebracht werden:
"Araber pausenlos verfolgt". "Die in München wohnenden Araber, ihre Münchner Freunde sowie zahlreiche andere Personen seien in den letzten Wochen pausenlos Verfolgungen ausgesetzt gewesen, wird in einer Verlautbarung eines »Münchner Palästina-Komitees« behauptet, die auch der Presse zugeleitet wurde. Die unter dem Vorwand der Aufklärung verschiedener Vorkommnisse der letzten Zeit in München gegründeten, sog. Untersuchungskommissionen, unter dem Oberbefehl des berüchtigten Oberstaatsanwaltes Lossos haben sich als eine Art zionistischer Nebenregierung etabliert und üben einen fast unbeschränkten Terror aus", heißt es.

Die Autoren der Veröffentlichung unterstellen den Kommissionen unter anderem, die Araber und ihre Freunde wider besseres Wissen der Brandstiftung im israelischen Gemeindehaus zu verdächtigen.
Das Flugblatt wurde von der Kriminalpolizei der Staatsanwaltschaft übermittelt, die über die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Verfasser zu entscheiden hat. Es erfüllt zweifellos den Tatbestand der üblen Nachrede, erklärte gestern Kriminaldirektor Häring. Die Veröffentlichung - so sagte der Kriminaldirektor - stelle einen gezielten Versuch dar, die Ermittlungsarbeit der Strafbehörden im Zusammenhang mit dem Riemer Attentat und zwei weiteren Fällen, in die Araber verwickelt sind, zu stören. Angesichts der erkennbaren Haltlosigkeit der Vorwürfe erübrigte es sich, auf Einzelheiten einzugehen. Die Untersuchungen seien ordnungsgemäß und im Einklang mit der Strafprozeßordnung durchgeführt worden. 'jf. "

Man muß nicht unbedingt die eine oder andere geglückte oder mißglückte Formulierung eines Gedankens akzeptieren. Aber aus der Reaktion des Herrn Kriminaldirektors Häring läßt sich schließen, daß man irgendwie nervös geworden war. Man darf zwei Bemerkungen als nicht geglückt betrachten, die im letzten Absatz vorkommen.

1.: "Zwei weitere Fälle, in die Araber verwickelt sind".
Weder uns zu sagen, in welche Fälle, noch weiß man genau, daß sie überhaupt verwickelt sind!
und 2.: "auf Einzelheiten einzugehen, erübrige sich," scheint nicht ganz nach Aufklärung einer überaus wichtigen Angelegenheit hinzudeuten. Ohne den Tatbestand übler Nachrede erfüllen zu wollen, sei gestattet, noch andere Bemerkungen zu machen. Man darf annehmen, daß Herr Kriminaldirektor Häring der Ansicht ist, daß die Brandkatastrophe im jüdischen Altersheim ein krimineller Fall ist und so behandelt werden muß. Er wird es besser wissen wie so mancher Laie, daß in solchen Fällen die Eigentümer oder führenden Personen eines Wirtschaftsobjektes, das zum Feueropfer wurde, auch als Verdächtige in Betracht gezogen wurde. Wenn zum Beispiel ein Feuer, ein Stallanwesen, ein Haus

oder eine Fabrik vernichtet, werden auch die Besitzer oder leitenden Personen dieser Objekte befragt, um nicht zu sagen, verhört. Mit Bestimmtheit gibt man sich die Mühe nachzuforschen, wie hoch die Versicherungssumme war, wieviel Waren das Feuer verschlang und anderes mehr. Warum weiß die Öffentlichkeit nicht, ob man bislang einen einzigen Insassen der Kultusgemeinde, einen Funktionär oder andere, die im Hause ein und aus gehen, befragt hatte?
Wenn ja, bitte ich um Entschuldigung. Wenn nein, dann riecht es schon nach Politik. Denn man darf annehmen, daß der Herr Kriminaldirektor, selbst wenn er es richtig finden würde, einen Repräsentanten der Kultusgemeinde oder einer zionistischen Organisation nach seiner Meinung über das Brandattentat fragten, dies nicht im Einklang wäre mit jenen, die im politisch-zionistischen Bereiche Scheuklappen tragen. Man darf dies hier äussern, ohne jemanden auf die Hühneraugen treten zu wollen, Am Allerwenigsten den Mitgliedern der Achtziger-Kommission, die bestimmt gewillt sind, ihr Bestes zu tun, in Sachen Attentat im Altersheim zu einer gerechten Lösung zu gelangen. (Mögen die nicht später so behandelt werden, wie ihre Kollegen im Fall Attentat Dr. Adenauer).

Am besten würden sich für die Erforschung der ganzen Angelegenheit ortsfremde Beamten eignen.

Mögen auch kompetente Kriminologen und Kriminalisten das Politische aus der Angelegenheit Reichenbachstrasse ausklammern: es wird ohne Erfolg bleiben. Denn es ist eine hochpolitische und heiße Sache. Dies beweist auch die vorher zitierte Zeitungsmeldung. Daher wäre es auch von Wichtigkeit, nichts außer Acht zu lassen, denn wenn eine bestimmte Menschengruppe und eine bestimmte politische Richtung nicht in Betracht gezogen wird, und sich herausstellen sollte, daß die Schuldigen nur dort zu finden sind, dann müßte diese Taktlosigkeit schwere politische Folgen nach sich ziehen. Um es deutlich zu sagen, sie müßte ein Neuaufleben des Antisemitismus verursachen, was so manche Bundesdeutsche in Unkenntnis der Materie glaubt verhüten zu können und womit er erst recht den Zionisten geholfen hat. Denn Zionismus kann ohne Antisemitismus nicht gedeihen. Um das Ganze nicht als Purim-Spiel ausarten zu lassen, um nicht, wie angedeutet, die Beteiligten in der Aufklärung als Sündenböcke später in die Wüste zu schicken, müssten die höchsten, politisch Verantwortlichen der Bundesrepublik zu diesem Komplex eindeutig Stellung nehmen. Wenn nicht der Bundeskanzler, so müsste Herr Hans Dietrich Genscher, Bundesinnenminister, öffentlich vor der ganzen Welt erklären, daß dieser Fall, Reichenbachstrasse 27 in München (ob nur kriminell oder auch politisch behandelt), konsequent behandelt werden soll ohne Unterschied einer politischen oder völkischen Zugehörigkeit. Und sollte jemand von der Untersuchungskommission evtl. in irgendwelche Schwierigkeiten geraten, sollte er sich schützend von ihn stellen. Nur so könnte eine reibungslose Erforschung dieser Angelegenheit und Herausfindung des evtl. Schuldigen in die Wege geleitet werden. Darüberhinaus wäre es zweckmäßig, um eben verschiedenen Eventualitäten im Vornhinein zu begegnen, eine richtige Sonderkommission zu berufen. Sie sollte bestehen aus drei oder vier profilierten Zionisten und drei oder vier bekannten nichtzionistischen oder antizionistischen Juden unter Führung eines erprobten Kriminalbeamten,

Staatsanwalt oder Untersuchungsrichter. Dieser sollte Ortsfremder in München sein und in keinem Fall eine "Last der Vergangenheit" zu tragen haben. Diese Kommission sollte unter Eid ihre Tätigkeit aufnehmen dürfen. Sie müsste die Möglichkeit haben, jeden, den sie in Betracht zieht, vorzuladen und evtl. Hausdurchsuchungen vornehmen zu können, wenn sie es für richtig hält. Darüberhinaus sollen jene vorgeladenen Juden, soweit sie religiös sind, nach mosaischem Ritus vereidigt werden.
Nur Böswillige oder solche, die bewußt etwas zu verschleiern haben, werden diese Anregung als diskriminierend auffassen. Der Brand im jüdischen Altersheim war ein Sonderfall und kann nur mit Sondermethoden aufgeklärt werden. Und wenn eine solche Sonderkommission gegründet werden sollte, heißt es lange noch nicht, daß bestimmte Personen oder eine bestimmte politische Richtung im Vornhinein mit Schuld belegt werden soll. Es geht nur darum, Verdachtsmomenten überall nachzugehen.
Unter den sieben Opfern im jüdischen Altersheim befand sich auch eine Frau mit dem Namen Regina.

Warum mußte Regina sterben?

Regina (60), die aus der Bokowina-USSR stammte, wohnte seit Anfang 1966 im Gästehaus der Kultusgemeinde als brasilianische Bürgerin. Sie lebte sehr ruhig und zurückgezogen, verdiente sich ihr Dasein, indem sie als Aushilfe in einem Textilgeschäft in der Nähe des Hauptbahnhofes tätig war. Von ihrer bescheidenen Rente, die sie erhielt, konnte sie das Lebensnotwendige nicht bestreiten. Wer aber in Wirklichkeit diese seltsame war, wissen nur wenige an ihrem Leben beteiligte Menschen. Sogar der engste Familienkreis schließt sich diesem Wissen aus. Zu Beginn der fünfziger Jahre ging sie mit ihrem etwa 6jährigen Sohn aus der Sowjetunion nach Rumänien. Damit machte sie einen Schlußstrich hinter ein langes, ereignisreiches Leben voller Entbehrungen und Gefahren im Dienste weltverbessernder Ziele. Um nach Israel auswandern zu können, heiratete sie einen Jugend-Bekannten, dessen Namen sie bis zuletzt führte. Ihm schenkte sie eine Tochter.
In Israel erhoffte sie, ein ruhiges bürgerliches Leben führen zu können, wie alle anderen Hausfrauen auch. Sie war der Meinung, in Israel eine endgültige Heimat zu finden und ihre geistige und seelische Ruhe. Doch es sollte anders kommen. Sie wurde von den harten Realitäten enttäuscht. Man gewährte ihr den einzigen und höchsten Wunsch nicht. Den Wunsch, der ihr doch in den früheren Heimatländern gewährt wurde. Ihren Sohn mußte sie rituell beschneiden lassen. Er war zur Zeit etwa 8 Jahre alt. (Die Berit mila-Beschneidung ist laut Abrahambund und Gebot Moses 3.12,3 vorzunehmen: "Und am achten Tage soll das Fleisch seiner Vorhaut beschnitten werden). Diese Tatsache beweist, wer Regina kannte, daß sie die Entfremdung vom Glauben ihrer Urahnen nachzuholen gezwungen wurde. Der Junge wurde nach der modernsten israelischen Pädagogik erzogen, das heißt, zum Menschenhasser. Er haßte alle Nichtisraelis, so wie es sich für jeden braven Israeli ziemt. Ironie des Schicksals. Er, der hundert-

undeinprozentig wie ein arischer Prototyp aussieht, schrieb einmal seiner Mutter, als sie ihn in die Bundesrepublik einlud unter anderem: "Der Gefahr zu entgehen, einem verfluchten Deutschen die Hand reichen zu müssen, kann ich die von Dir gut gemeinte Einladung nicht annehmen."
Inzwischen traten ihre alten und neuen Freunde sowie Mitarbeiter aus ihrer Vergangenheit an sie heran mit der Forderung, sie solle die belanglose Hausfrauentätigkeit beenden und ihre patriotischen Pflichten dadurch erfüllen, indem sie ihre langjährigen Erfahrungen und ihr Können dem Lande, das ihr eine neue Heimat gäbe, widme. Widerstrebend und unter dem Druck der Umstände gab sie nach.

Nach mehreren Jahren Tätigkeit für ihr Land Israel konnte sie doch den grenzenlosen Chauvinismus und den Fanatismus all jener, die mit ihr zu tun hatten und auch aller anderen, nicht verkraften. Sie, die doch humanistisch erzogen war und alle Leute nur von der menschlichen Seite her beurteilte, konnte die einseitige blauweiße Scheuklappeneinstellung nicht gutheißen. Dies alles zwang sie wieder einmal, den Ahasverus-Stab in die Hand zu nehmen. Sie plante eine Auswanderung und bemühte sich, ihren Sohn, der Militärdienst leistete, für ihre Ziele zu gewinnen. Von ihrem Mann ließ sie sich scheiden, heiratete nur nach mosaischem Ritus wieder und wanderte nach Brasilien aus. Auch ihr Sohn verließ später Israel und heiratete nach Skandinavien eine nichtjüdische Intellektuelle, die er bei einem Touristenbesuch in Israel kennengelernt hatte. Damit ist zu erkennen, daß auch bei ihm ein Wandel eingetreten war, indem er den Haß gegen alle Nichtisraelis revidierte und nur den Menschen nach dem Menschlichen behandelte. Regina stand, seit sie nach Israel ausgewandert war, die ganze Zeit mit den vertrautesten Menschen ihrer frühesten Jugend in Verbindung. Nachdem sie im Laufe der Jahre offiziell und privat in die Bundesrepublik reiste, gefiel ihr dies Land und seine Leute so, daß sie beschloß, alles zu unternehmen, um sich in der Bundesrepublik Deutschland ansässig machen zu können.

Ihrem Jugendfreund drohte seitens einiger kannibalisch veranlagter, politisch dunkler Elemente nicht nur, einem Rufmord zu unterliegen, sondern auch vieles mehr. Da sie im Hause der Kultusgemeinde lebte, Bekannschaft mit allen, die dort verkehrten, pflegte, auch mit diesen Leuten, die öfters hinkamen, war sie über alle Vorhaben informiert. Ihrem Freund ein wenig in seiner gerechten Sache zu helfen, reiste sie daher im Winter 1968 nach Israel, um ihm von dort aus Hilfe zu leisten. Diese Reise allein war für sie schon ein Canossaweg. Sie muß bestimmt viele Opfer gebracht haben. Dadurch zog sie sich Feindschaften jener zu, die die haßerfüllte Tätigkeit gegen ihren Jugendfreund aktiv betrieben und von dieser ihrer Reise erfuhren.
Eine Woche vor dem Brand in der Reichenbachstrasse traf sie sich an einem Nachmittag mit ihrem Jugendfreund Alex und erzählte ihm unter anderem, daß einer ihrer gewesenen Mitarbeiter in Israel wieder in München aufgetaucht sei, ihr Vorwürfe wegen ihrer Hilfeleistung ihm gegenüber gemacht und nebenbei erwähnt habe, es würde in Kürze hier heiß zugehen. (Vorher schon, etwa Oktober 1969, tauchte einer in speziellen Missionen aktiver, führendeı, internationa-

ler Israeli und versuchte sie zu "überzeugen", sie möge ihre Passivität gegenüber dem Lande ihrer Väter aufgeben. Er ließ auch wiederum durchblicken, daß es auch zu ihrem Vorteil wäre, wenn sie ihrem Zögling beibringen könnte, das gleiche zu tun, da er von ihrer letzten Israelreise informiert sei. Nur dies gebe die Möglichkeit, zu einer allgemeinen Eden-Eintracht zu gelangen).
Regina meint später, daß da, wo dieser »Heilige« sich blicken lasse, nur Blitz und Donner zurück bliebe, sodaß kein Gras mehr gedeihe. Da Regina so sehr besorgt war, riet ihr Alex, das Gästehaus der israelitischen Kultusgemeinde zu verlassen. "Vertrauensleute " sagten ihr, daß sie dort persönlich noch am sichersten sei.

Ist es auch ein Zufall, daß sie unter den Toten ist? Regina muß Bankunterlagen in Höhe von etwa zehn- oder noch mehr- tausend Dollar hinterlassen haben. Wo sind diese? Soweit bekannt ist, war es ihr Wunsch, daß ein Großteil dieser Ersparnisse ihrer in Israel lebenden Tochter zugute kommen sollte.

Sie suchte Anonymität, Ruhe, relative Sicherheit, Geborgenheit und fand den Feuertod an einem Abend, der den Tag der Ruhe, Besinnung und Einkehr einleiten sollte und an einem Dreizehnten. Der Tag 13 allein ist für sich ein Symbol. Der 2. Monat und das Jahr 70 ergibt zusammen wiederum die symbolische Zahl 13, auch bei einer Addition von 13 + 2 70 ergibt es 85, 8 + 5 wiederum ist ebenfalls 13.
Ist es ein Zufall, daß der Freitag der 13.2.1970 die diabolische kabbalistische Exekutionszahl 13 ergab? Dieser Abend und jene, die Ruhe suchten, wurden politischen Zielen zuliebe dem Tohuwabohu preisgegeben.
Mit dieser menschlichen, altruistischen kindlichen Seele wird man sich noch bei Gelegenheit befassen müssen, wenn es die Verschwörung des Verschweigens gestatten wird.

Mossad-Institut

Die graueste Eminenz Israels ist bestimmt der aus einer Rabbinerfamilie stammende Chaim Herzog. Unschätzbare Verdienste um das Werden des Zionstaates erwarb er sich schon als junger Mitstreiter in der strengen Illegalität Palästinas. Prädestiniert wie kein anderer war er eine Leuchte der wissenschaftlichen und praktischen Untergrundtätigkeit. Denn seine Lehre für geheimes Tun gegen existierende Gesetze nahm er förmlich schon mit der Muttermilch ein. Sein Vater, der von 1919 - 1937 Oberrabbiner in Irland-Metropole war, unterstützte in jeder Form die irische Freiheitsbewegung gegen Großbritanien. Er pflegte daher Freundschaft mit so manchen irischen Patrioten, insbesondere mit dem legendären de Valera. Dieser war das Oberhaupt der irischen Terroristen und Sabotage-Oganisationen. Als er von der britischen Obrigkeit gesucht wurde, gab man ihm sichere Unterkunft beim Oberrabbiner Herzog in Dublin. Denn überall wurde er gesucht, dort aber nicht. Diese und andere Handlungen mehr vergaß der irische Terrorist und Saboteur aus politischen Motiven nie. Nicht nur als er Präsident seines freigewordenen Landes wurde, sondern auch als er die Ehre

hatte, sogar die Leitung des Völkerbundes innezuhaben. Mehr als einmal kehrte der irische Nationalheld im Hause des Oberrabbiners Herzog ein und hatte Gelegenheit, den kleinen Chaim, den er liebgewonnen hatte, auf seinen Knie'n zu halten. Und später, als dieser etwas größer wurde, konnte er ihm bei jeder passenden Gelgenheit bestimmt sein theoretisches und praktisches Wissen in Terror- und Sabotageakten vermitteln. Das scheint bei Chaim nicht ohne Wirkung geblieben zu sein, denn er fand keine geistig-seelische Verwandschaft zu dem ihm auferlegten theologischen Studium. Man darf annehmen, daß es der Wunsch seines Vaters war, daß auch er Rabbiner wurde, um die Tradition des Hauses Herzog weiter zu pflegen, da auch sein Vater, d.h. der Großvater Chaims es sogar geschafft hatte, langjähriger Oberrabbiner in Paris zu werden, und das will etwas heißen.

Dies alles nahm man nicht zur Kenntnis, als der Junge mit seinen Eltern nach Palästina kam. Er empfand seinem zionistischen Glauben mit seiner politisch-praktischen Tätigkeit mehr dienen zu können als mit einem Theologiestudium. Er perfektionierte sein diesbezügliches Wissen und sein organisatorisches Talent mehr als ein Josua, der das Vertrauen Moses genoß und mit Nachrichtendiensttätigkeit betraut wurde. (4. Moses, 14, 36-38). Daß so eine Tätigkeit stets in Anonymität verläuft, war auch dem heranreifenden Herzog bewußt. Aber als charakterfester und patriotisch geschulter junger Mann nahm er dies, im Gegensatz zu manchen Bekannten, die ähnliche Fähigkeiten nicht hatten, in Kauf. Eingeweihte aber wußten, daß so manche Handlungen gegen die britische Mandatsmacht im kämpfenden Palästina seinen Plänen und Direktiven entstammten. Obwohl Angehöriger der sozialdemokratischen Mapai, gehörte er nicht zu den politischen Fanatikern. Dies erlaubte ihm nicht nur »Arbeitskontakte« mit mehreren anderen Untergrund-organisationen außer der Hagana, die zu seiner Partei gehört, zu pflegen, sondern auch freundschaftliche Verbindung. Wie gut Informierte wissen, war er ehrlich genug, anzuerkennen und zu schätzen, daß so manche Angehörige der Nicht-Hagana-Untergrundgruppen fähiger und patriotischer seien als diese. So wurde er von den Angehörigen der verschiedenen Terroristen- und Sabotagegruppen Palästinas als Autorität anerkannt, als er nach Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 Generalsrang erhielt und offiziell Leiter des israelischen Nachrichtendienstes »Scheruth Betachon« wurde, der nach den Anfangsbuchstaben abgekürzt »Schin-Beth« genannt wird, was nach dem Hebräischen wörtlich übersetzt: »Dienst-Sicherheit« bedeutet. Chaim Herzog besaß die Fähigkeit, wie kein zweiter, den israelischen Nachrichtendienst in jeder Hinsicht zeitgemäß auszustatten, Schulen zu gründen. Die Tüchtigsten der tüchtigen Aktivisten behielt er, um so für sein Land ein wichtiges Instrument zu schaffen und der nichtisraelischen Welt Anerkennung abzuzwingen. Seine Arbeit wurde natürlich dadurch erleichtert, daß die fähigsten und erfahrensten Terroristen-Saboteure aller in Israel existierenden Gruppen nach der Staatsgründung ihre Tätigkeit aufgaben und sich ihm im Dienste der offiziellen Staatsorganisation zur Verfügung stellten. Darüberhinaus erleichterte ihm seine Aufgabe die Tatsache, daß es fast in aller Welt zionistische Organisationen gibt. Diese wiederum, um ihre Existenzberechtigung zur Schau tragen zu können,

halten es für ihre Pflicht, sich mit Israel zu solidarisieren und sogar zu identifizieren. D.h. der größte Teil der organisierten Zionisten sind ohnehin dadurch schon zur Fünften Kolonne Israels geworden. Einzelne, die tauglich für Terror- und Sabotageakte waren, stellten sich der Herzogischen Tätigkeit zur Verfügung. 1952 und 1954 unterzeichneten Ben Gurion im Namen der Israelischen Regierung und Nahum Goldmann im Namen der Zionistischen Weltorganisation (Z.W.O.) den "Bund", ein Vertrag in dem Israel der Z.W.O. »erlaubt« (befiehlt) ihre Interessen wahrzunehmen, wenn sie selbst nicht in Erscheinung treten kann. Damit wurden die Diaspora-Zionisten entgültig zur 5. Kolonne Jerusalems degradiert. (Initiator dieser Entwürfe soll Herzog gewesen sein). Dies alles soll nicht den gebührenden Ruhm Herzogs als Gründer und geistiger und praktischer Leiter des Schin-Beth und Mossad-Institut schmälern. Hoch anzurechnen ist es ihm auch, daß er seinen Galuth-Namen Herzog nicht hebr. hat, wie es in seiner Ben Gurionistischen Partei so üblich war. Im Großen und ganzen hat er Verdienste für Israel, wenn auch nicht mehr, aber genausoviel wie sein Freund Mosche Dajan erworben, der sich aus der illegalen Untergrundtätigkeit, bis zum »Verteidigungsminister« emporarbeiten konnte, und ist darüberhinaus der potentielle politische Führer des Staates Israel von morgen. (Der Gefahr eines totalitären Regimes aller jener, die für ein Großisrael unter Dajans Führung sind, ist gegeben, wenn die Regierung seine agressive Politik nicht befürworten würde).

Aber bekanntlich sind Leute, die sich mit Leib und Seele der Untergrundtätigkeit verschrieben haben, von anderem Blut als jene, die in der Politik wirken, Sie wissen, daß die Rangpositionen die Politiker erreichen, für sich nicht in Anspruch nehmen können.
Zurück aber zu der Untergrundtätigkeit Palästinas, bevor es noch einen Israelstaat gab - daher auch noch kein Schin-Beth und Mossad, Palästinensische Terroristen und Saboteure waren auch ausserhalb palästinensischen Gebiets tätig. So manche Sabotageangriffe auf deutsche Frachter, insbesondere auf die Donauschiffahrt während des zweiten Weltkrieges, auf das Pendelfährschiff Rumänien-Deutschland, das versenkt worden war, trugen die Handschrift palästinensischer Saboteure. Das läßt sich aus vorhandenen Unterlagen beweisen. Ihre Tätigkeit machte selbstverständlich nicht Halt, wenn sie im Interesse ihrer Ziele sich auch gegen ihre eigenen Volksangehörigen auswirkte. So ist ein grösseres Ereignis nach Beendigung des Krieges bis heute unaufgeklärt geblieben, weil man anscheinend Interesse daran hat: In Osteuropa war man fleißig daran, alle Judenreste nach Bayern, das unter US-Besatzungsverwaltung stand, "übersiedeln" zu lassen. Nach einem guten und leichten Anfangserfolg zeichnete sich immer wieder die Abneigung ab, daß die aus den Lagern und KZs und anderswo herkommenden Juden, die sich in den vom Regime des Dritten Reiches befreiten Ortschaften ansässig machen wollten, wiederum den Ahasverus-Stab in die Hand nehmen sollten und in das unbekannte Bayern ziehen. Obwohl ihnen in allen nur möglichen Regenbogenfarben das Paradiesleben dort geschildert wurde, zogen sie es vor, zu bleiben; erstrecht, als die polnische Regierung offiziell allen Heimkehrern gestattete, alles Brachliegende sich anzueignen, wenn sie in

der Lage wären, dieses in Funktion zu bringen. Die deutschen Gebiete, die den Polen übergeben wurden, waren bereits »deutschrein«. Häuser waren unbewohnt, die Erde blieb unbearbeitet, Werkstätten und Fabriken waren stillgelegt, dies war selbstverständlich ein ungeheures Minus für die Regierung. Diesem abzuhelfen gab eben die polnische Regierung ihren Erlaß heraus. Viele Juden ließen sich die einmalige Chance nicht entgehen, übernahmen die herrenlosen Häuser und setzten sie instand, auch die Werkstätten und Fabriken. Auf jene Juden, die von den palästinensischen Emissären genannt Bricha = Flucht in Gettos gehalten wurden, wirkte das magnetisch. Umso eher wurde ihnen die Isolierung mit der Zeit unbequem, da die Überführung nach Bayern immer mehr auf Grenzschwierigkeiten stieß. Denn London erfuhr von diesem jüdischen Massenschmuggel und machte Anstrengungen, ihn zu verhindern. Da es für England kein Geheimnis war, daß diese Massen als Druckmittel dienen sollten, Palästina für einen zionistischen Staat freizugeben, das sich noch immer unter seinem Mandat befand. Die Wiederansäßigmachung der Juden in Polen war eine Gefahr für die Zionisten, in erster Reihe aber für die vorhandenen Palästinaemissäre. Sie sahen dadurch ihre Erfolge beeinträchtigt. Nur eines konnte hier helfen: Nämlich ein Wunder. Auf so ein Wunder warteten sie ungeduldig und das Wunder sollte auch gleich geschehen. In der Nähe von Kattowitz befindet sich ein kleines reges Städtchen Kielce. In diesem Städtchen hatten sich einige, den Himm'lerschen Lagern entronnene Juden eingenistet. Sie trachten ein besseres Morgen zu organisieren. Daß es ihnen zu gelingen schien und sie dadurch zum Vorbild weit und breit wurden, war ihr Verhängnis.
An einem hellen und warmen Sommertag, es war der 4. Juli 1946, überfielen einige in polnische rotarmistische Uniformen gekleidete Gestalten pogromartig die kleine jüdische Gemeinde Kielce. Resultat: "nur" 42 Tote, mehrere Verwundete und ein großer Vermögensschaden. Blitzschnell nach Maß erfuhren die Einwohner in Wort und Bild über die Massenmedien dieses Landes und das gesamte Ausland von diesem »grauenhaften und größten Pogrom nach Auschwitz«. Der große, wenn nicht 100%tige Antrieb zur Auswanderung (Flucht) der Juden nach Bayern wurde damit erreicht.

Viele Juden, die sich ansässig machen wollten, ergriffen panikartig die Flucht und der »Reinertrag« waren 150 000 jüdische Flüchtlinge in den Bayerischen DP-Lagern. (Etwa ein Jahr später, ein Jahr vor Ausrufung des Zionstaates, überfielen Menschenmetzgergesellen das neben Jerusalem gelegene Dorf Deir Jassin und schlachteten 254 Araber, Greise, Frauen und Kinder, zerstückelten die Leichen und warfen sie in einen Brunnen. So wurde die Flucht 100 000 der Araber »vorbereitet« und hinterher als "Freiwilliges Verlassen" arabischer Massen ihres Landes bezeichnet.
Einige Jahre nachher, als sich das Leben halbwegs zu normalisieren begann und Panikerinnerungen in Vergessenheit gerieten, begann man in halb- und ganzeingeweihten Kreisen der palästinensischen Untergrundtätigkeit zu munkeln, daß die Ereignisse in Kielce nicht ein von Jehova herbeigeführtes Wunder, sondern von einigen Palästinaemissären organisiert waren. Ob dies wirklich zutrifft, kann aus Objektivität, weder mit nein noch mit ja beantwortet werden. Aber vor

mehreren Jahren verlangten nichtzionistische Juden, man solle auch dies in objektiver Art und Weise erforschen, da man glaubt, noch Möglichkeiten hierfür zu besitzen.
Es heißt, daß zwei Juden, die an diesem Unternehmen teilnahmen, Israel verliessen und im Westen leben. Sollte es wahr sein, daß einige Brichaisten den "Pogrom" organisierten. Fanatismus ist in jeder politischen Richtung und in jedem Volk vorhanden. Solche und ähnliche Ereignisse werden daher, wie stets üblich,für die eine Richtung als patriotische Heldentat betrachtet und demgemäß beurteilt, für die andere jedoch als verbrecherisch deklariert. Und wenn sich die Geschehnisse in Kielce wirklich nach den Plänen palästinensischer Brichaleuten zugetragen haben, entsprach es der bereits einigemale erwähnten zionistischen Theorie, daß wenn es die Interessen des zionistischen Staates verlangen, die Interessen des Judentums geopfert werden. Geopfert werden nicht nur Diaspora-Juden wenn es zionistische Ziele erfordern, sondern auch Israelis. Führende Israelis, wenn es die Taktik der Ultraisraelis fordert. Denn auch Israel ist ein Land wie jedes andere und daher existieren in diesem Lande verschiedene politische Parteien und jede dieser Parteien glaubt, das beste Rezept für ihr Land patentiert zu haben. Wenn es sich um eine radikale Partei handelt, die sich dem Terrorismus und der Sabotage verschrieben hat, dann läßt sie ihren Gegner diese Taktik spüren. Wir wissen, daß es auch Schattierungen in einer Partei gibt - wie in der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei die Fälle Röhm, Strasser und andere. In der israelischen Mapai gab es eine Affaire »Lavon«. Wenn diese zwar auch nicht so ausartete wie die deutschen Fälle, so doch gewiß nicht aus Tugend oder Humanität, sondern aus politischer Zweckmäßigkeit.

Als die Regierung Ben Gurion zum ersten Mal 1953 abdanken mußte, weil sie nicht in wirtschaftlicher Hinsicht Herr der Lage werden konnte, übernahm der gemässigte Scharett, der die Wiedergutmachungs-Reparationen mit Dr. Adenauer unterzeichnete, die Regierung. Und zum ersten Mal wurde das Verteidigungsministerium nicht vom Ministerpräsidenten geleitet. Und dieses allerwichtigste Ministerium wurde einem der höchsten Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, Pinchas Lavon, übertragen. Über den Weggang Ben Gurions erschrocken und traurig war die agressivste Gruppe in der Partei, die sich auch sozialdemokratisch nennt und sich um Mosche Dajan schart, der zu jener Zeit Generalstabchef war. Dieser heckte mit Hilfe des Schin-Beth-Mossad einen einmaligen Plan aus. Eine Gruppe Israelis, getarnt als Ägypter, sollten nach Ägypten gehen, dort verschiedene Sabotageakte gegen Einrichtungen der USA durchführen, gezielte Spuren hinterlassen, daß diese Explosionen, Brände und Morde von Ägyptern begangen wurden. Das alles sollte dazu beitragen, die USA nicht nur in Verwirrung zu bringen, sondern soweit zu provozieren, kriegerische Handlungen gegen Ägypten zu unternehmen um das Nasserregime zu beseitigen.
Hier unternahmen die Ben Gurionisten eine altbekannte, aber nicht immer bewährte Methode, Krieg zu provozieren, um aus inneren Schwierigkeiten heraus zu kommen. Die erste große Schlappe sollte den »genialen Schin-Beth-Mossad-Saboteuren« nicht erspart bleiben. Nach den ersten Bombenlegungen in Ägypten flog das ganze Unternehmen auf - teils durch unvorsichtige Handlun-

gen, teils durch Verrat von seiten der israelisch aktiv Beteiligten. Die Geschichte vermerkte den 6. Oktober 1954. Die Planer und Organisatoren kamen dadurch in schiefes Licht, da sich die Regierung sowie die zionistische Weltorganisation moralisch und politisch dadurch in die Enge getrieben sah. (Dies und andere Handlungen von seiten Israels verhinderten nicht, daß so manche »ehrenwerte« Zionisten in verschiedenen Ländern, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, sich weiterhin mit Israel identifizieren). Die Herren Poker-Politiker, die der Meinung sind, wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten mit Sabotagetätigkeit lösen zu können, waren feige genug, für ihre Taten nicht einzustehen. Bei dieser Gelegenheit ging es jetzt darum, Ben Gurions Rivalen, die gemäßigten Scharett und Lavon, moralisch und politisch zu morden.
Sie behaupteten, daß ihr höchster Vorgesetzter, Minister Lavon, ihnen den Auftrag zu ihrer Tat gegeben hätte. Sie konnten dies mit einer Reihe von Dokumenten beweisen, die vom Minister persönlich gezeichnet waren. Da dieser aber behauptete, dies nicht getan zu haben und die Unterschriften seien gefälscht, war es zu einem Eklat im Fall Lavon geworden. Sogar enge Freunde innerhalb und ausserhalb der Partei wußten nicht mehr, wo hier Lug und Trug und wo Wahrheit ist. Die Regierung Scharett-Lavon mußte demissionieren. Der Retter des israelischen Volkes und Staates, Ben Gurion, wurde wieder auf seinen Regierungsthron gebracht. Er und seine Leute hatten gesiegt. Lavon verfiel trotz Anstrengungen und Hilfe aller jenen, die fest an ihn glaubten, dem Rufmord, moralisch und politisch kastriert. Er hatte aber Glück im Unglück, da er nicht lange warten mußte, daß die mit Tonnen schwarzer Farbe überzogene Wahrheit und Gerechtigkeit doch langsam ans Licht kam. Es wurde erwiesen und bewiesen, daß alle Lavonischen Unterschriften in Bezug »Sabotageplan Ägypten«, von den höchsten Angehörigen des Generalstabes und von Schin-Beth-Mossad gefälscht wurden. Es geschah wie in ähnlichen Fällen so mancher Staaten: »gehängt« wurden die kleineren Sünder. Die grösseren konnten frei herumlaufen, sogar noch politische Karriere machen.
Auch mit dieser Schilderung soll gezielte, verkrüppelte Pädagogik aus der Welt geräumt werden - gegen die Auffassung, daß Verbrechertaten von Volksangehörigen in jedem Volke möglich seien, nur nicht von Juden und Israeli. Es soll mit diesen zwei oben geschilderten Tatsachen der Beweis erbracht werden, daß politische Fanatiker zu allem fähig sind, wenn es sich um die Durchsetzung ihrer Ziele handelt. Ein Sünde wider gesunde politische Erziehung, die der Wahrheit dient, wäre ein ähnlicher Fall wie in Kielce, der sich vor einigen Jahren in den Vereinigten Staaten zugetragen hat und dadurch viel leichter zu kontrollieren ist, obwohl auch dies zum Opfer der Verschwörung des Verschweigens gehörte. Es handelt sich um die Ereignisse, die nach dem israelischen Sechs-Tage-Krieg von 1967 eintraten.

Im New Yorker Stadtviertel Williamsbourg ist eine größere Zahl orthodoxer Juden beheimatet, die man auch die Sathmarer Chassidim nennt (nach einer Stadt in Siebenbürgen-Rumänien). Diese sind Antizionisten; obwohl nicht politisch engagiert machen sie von Zeit zu Zeit aus ihrer antizionistischen Unzufriedenheit keinen Hehl. Ein Großteil der Williamsbourger gehören dem Weltver-

band der "Agudas Jisroel" (Bund Israel) an. Die Vereinigung der Thoratreuen wurde 1912 in Kattowitz gegründet. Einer der Hauptpunkte der Verbandssatzungen lautet: "Uns ist der nationale Wille für alle Zeiten von Sinais Höhen bestimmt worden ... Wir bekennen uns stolz und kühn als Söhne des unsterblichen, allen Völkern wohlbekannten Volks der Bibel, aber wir bekämpfen mit ebensolcher Entschiedenheit die zionistischen Lügen, die aus diesem Volk der Bibel ein Volk unter Völkern macht." »Der Israelit« Nr. 43-1920)
In einem irrten sich die Rabbis: nämlich die heutige israelische Regierung ist in keinem Fall gesonnen, daß das israelische Volk mit allen Völkern gleich werden soll, sondern sie ist bestrebt, aus dem Israelvolk ein Volk über allen Völkern zu machen. (Man darf nicht müde werden, immer wieder folgende Frage zu stellen: Werden die bundesdeutschen Zionisten, die sich mit Israel identifizieren, diese strenggläubigen antizionistischen Juden des Antisemitismus bezichtigen?)
Als sie erfuhren, daß in Israel einige aus Marokko eingewanderte Kinder unsanft angefaßt wurden, (es heißt, daß denen die Peoth-Schläfenlocken abgeschnitten und anderes mehr angetan wurde) fanden es einige Angehörige der Williamsbourger Bürger richtig, vor dem UNO-Gebäude mit Transparenten gegen die antireligiöse und antisemitische Handlung der Israelregierung zu protestieren. (Jene, die sich an antizionistischen Demonstrationen beteiligen, werden als Antisemiten abgestempelt. Würde man auch die streng mosaischen Gläubigen als Antisemiten bezeichnen?)

Die New Yorker Berufszionisten konnten dies nicht hinnehmen, um nicht von den Israelis als nichtanständige Fünfte-Kolonne-Angehörige beschimpft zu werden. Daher trachteten sie nach Revanche und diese sollte mit Gewalt und echt zionistischer Art vor sich gehen. Die Williamsbourger wurden von einer randalierenden Meute, Angehörigen der Farbigen und Puerto-Ricaner, in pogromähnlicher Art überfallen. Nur fiel der leicht erhoffte Sieg anders aus. So ein leichtes Spiel, wie es die einstigen Pogromhelden hatten, war hier nicht gegeben. Denn die Sathmarer, fromme Juden, nennen sich zwar Chassidim, sind aber in keiner Hinsicht mit jenen im zaristischen Rußland des vorigen Jahrhunderts zu vergleichen. Die Frommen des vorigen Jahrhunderts in Osteuropa warteten förmlich ungeduldig auf Pogrome und als solche sich praktisch ereigneten, gingen sie den Mördern erhobenen Hauptes mit den Gebettüchern umlegt, Loblieder an Jehova singend, entgegen. Streckten ihre Häupter hin, um eingeschlagen oder abgeschlagen zu werden, um so das unnütze vorübergehende Diesseitsleben zu beenden, um einen sicheren Anspruch zu haben auf das segensreiche bessere Leben des besseren Jenseits.
Die Williamsbourger halten von dergleichen Theorien und Praktiken nichts. Im Gegensatz zu dem parasitären Leben jener Frommen des Zarenreiches üben sie alle gelernte produktive Berufe aus. Betteleien und Schnorrereien, worin einst das Haupteinkommen der Chassidim des vorigen Jahrhunderts bestand, sind in Williamsbourg unbekannt. Sie machen sich die Anweisungen des Talmuds buchstabengetreu zu eigen. Genauso handelten sie nach dem Rat im Traktat Kiduschin 29,a, wo es heißt:
"Wer seinen Sohn kein Handwerk oder was sonst zu einem anständigen Lebens-

beruf notwendig ist, lernen läßt, trägt die gleiche Schuld, wie wenn er ihm zum Räuber erziehen würde."

Aus Überzeugung praktizieren sie:

"Groß ist die Arbeit, das Handwerk, denn es ehrt seinen Mann".

(Nedarin 49,b)

Psalmen sind für sie kein oberflächliches Blabla:

"Denn essen wirst du die Arbeit deiner Hände; glückselig wirst du sein, und es wird dir wohlergehen".

(Psalm 128,2)

Das Erlernen von Berufen störte nicht, sich auch gründlich in der mosaischen Gesetzgebung bilden zu lassen. So ist jeder zweite Absolvent einer Jeschiwa-Talmudhochschule und im Besitze eines theologischen Titels. Da sie sich dem amerikanischen Leben, dem modernen Leben angeschlossen haben. sind sie den verschiedenen sportlichen Ausbildungen nicht abgeneigt, sodaß es eine organisierte Sportjugend gibt. Wie die mittlere Generation der Sathmarer Juden sind sie daher nicht nur geistig sondern auch physisch imstande, sich gebührend zu verteidigen. Diese Tatsache haben die Regisseure und praktischen Spieler im Pogrom nicht einkalkuliert.

Nach etwa dreitägigen, schlachtähnlichen Raufereien sah sich die städtische Polizei veranlaßt, den überfallenen Juden Hilfe angedeihen zu lassen. So mußten sich die Angreifer ohne jeglichen Erfolg zurückziehen. Es gab einige leichte Verletzungen unter den jüdischen Verteidigern und Sachschaden.

Als man eine neutrale Untersuchungskommission, bestehend aus einigen Vertretern der Williamsbourger und anderen Mitbeteiligten unter Führung eines höheren New Yorker jüdischen Polizeioffiziers ernannte und sich diese Kommission daranmachte, die Ursachen des Porgromüberfalls zu klären und herauszufinden, wer die Initiatoren sein könnten, kamen sie dahinter, daß die Regisseure einige Zionisten waren. Die Rabbis, die als Vertreter der Williamsbourger an der Erforschungskommission teilnahmen, wollten keinen Wirbel daraus machen. Sie suchten kein Prestige oder politischen Gewinn daraus zu schlagen. Verursacht durch den Zionismus, ist der Antisemitismus in der USA ohnehin im Vormarsch. Da wollten sie nicht noch mit diesem Fall den nichtjüdischen Rassisten Öl auf ihr Feuer liefern. Sie waren der Meinung, daß dieser »intern-jüdischer Fall« dem Verschweigen anheim fallen müsse. Dies und ähnliches erzählte im Mai 1968 ein berechtigter Repräsentant der Williamsbourger frommen Gemeinschaft. Auch diese Schilderung soll ein Beitrag sein, daß Zionisten imstande sind, gegen ihre eigenen Volksangehörigen so vorzugehen, wie einstige deutsche SS gegen ihre jüdischen Mitbürger. Stützen sie sich ja doch auf ihre politische wissenschaftliche These, die man nie müde werden darf zu wiederholen: wenn es um die Interessen des Israelstaates geht, dürfen Angehörige des Weltjudentums geopfert werden. Man würde leicht dem Trug verfallen und sagen, die Zionisten ausserhalb Israels gehören ja auch dem Judentum an, was wohl richtig ist. Aber man darf nicht vergessen, daß diese sich noch mehr als Fünfte-Kolonne-Angehörige israelischen Interessen verschworen haben. So verstanden, läßt sich nicht ohne weiteres von der Hand weisen, daß auch das Feuerattentat im israelitischen

Kultusgemeindehaus von ähnlichen Dienern israelischer Interessen organisiert und durchpraktiziert wurde. Es kann aber auch nicht so sein. Gewißheit müßte gegeben werden können und das kann nur dann erreicht werden, wenn man in den höchsten politischen Stellungen in der Bundesrepublik die ehrliche Absicht hegt, den traurigen, skandalösen Fall bedingungslos und mit allen Konsequenzen klären zu lassen. Wie man aber jetzt die Sache praktisch behandelt, kommen daran berechtigte Zweifel auf.

Schon vor der Gründung des Staates Israel war der jeweilige Präsident der zionistischen Weltorganisation einer der bestinformierten Politiker der Welt. Dies bewies Professor Weizmann, als er mit dem britischen Premierminister eine Unterredung hatte, bevor dieser zur Münchener Konferenz fuhr, die am 30.9.1938 stattfinden sollte. Weizmann berichtete Chamberlain unter anderem, daß im deutschen Generalstab einige Generale in politischer Opposition zu Hitler stünden. Es wäre ratsam, wenn er bei seinem Münchener Aufenthalt mit diesen Kontakt aufnehmen würde. Als der britische Premier nach seiner Münchner Vertragsunterzeichnung zusammen mit Daladier, Mussolini und Hitler nach London zurückkehrte, hielt er es für richtig, Prof. Weizmann zu sich zu bitten. Unter anderem bestätigte er, daß die von ihm vor seiner Reise nach München mitgegebene Information voll und ganz stimme.
Nach der Gründung des Staates Israel haben sich die weltweiten Informationsquellen zugunsten des Führers des Weltzionismus um ein vielfaches verstärkt. Nur profitiert, genauer betrachtet, von diesen Informationen nicht der amtierende Präsident der zionistischen Weltorganisation, sondern der jeweilige Ministerpräsident des Staates Israel, denn die Zionisten in aller Welt wurden zu Befehlsempfängern israelischer Interessen, offiziell sogar degradiert.
Ideologisch, politisch wäre dies in Ordnung.
Schon zu Beginn der fünfziger Jahre schloß die Regierung Israels mit der Vertretung der zionistischen Weltorganisation einen »Bund«. Sinngemäß wird unter anderem zum Ausdruck gebracht, daß dort, wo Israel seine Interessen nicht allein wahrnehmen kann, dies die zionistische Organisation tun dürfe und solle. Was dies in der Tagesaktivität zu bedeuten hat, müßte sogar jedem politischen Ignoranten verständlich sein. Um den jeweiligen zionistischen Aktivisten in den Diasporaländern irgendwelche noch aufkommende Gewissenskonflikte zu ersparen, wurde die Theorie der »Doppelloyalität« erfunden. In der westlichen Welt gehört es sich so bei Kavaliersdelikten, wenn man für Israel auch in den verschiedenen Bereichen, die unter die Bezeichnung Nachrichtendienst fallen, aktiv ist. Insbesondere in jenen Staaten, die sich während des zweiten Weltkrieges vor mehr als einem Vierteljahrhundert in antijüdischen Belangen schuldig gemacht haben und heute prozionistisch eingestellt sind, dürfen erst recht zionistische Nachrichtenspezialisten ungehindert tätig sein. Eine Ausnahme bilden die Vereinigten Staaten. Dort müssen sich notorisch zionistische Spione immer wieder bei kompetenten Behörden melden.
Für die BRD ist die USA ein »Rechtsstaat« mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung.

In den USA gibt es ein Gesetz das »fremden Agenten« (foreign agents) aufzeigt, das jeden amerikanischen Bürger, der einer internationalen Organisation mit einem ausserhalb Amerika liegenden Zentrum angehört, einer ständigen finanziellen und sonstigen Kontrolle unterwirft. In der 3. Novemberwoche 1965 wurde in Washington eine Namensliste israelischer Gesandter und deren Mitarbeiter in den USA veröffentlicht und diese beschuldigt, Spionageagenten eines fremden Staates gewesen zu sein.
Eliath, Kolek, Schiloach, Livine, Schalit, Ben Chorin und andere waren erwähnt und der amerikanische Bürger Abba Schwarz, der als Leiter der Sicherheitsabteilung in Konsularischen Angelegenheiten des US-Aussenministeriums tätig war, hat eingestanden, ein freundschaftliches Verhältnis mit den »Spionage-Agenten« gepflegt zu haben.
Schlechte Manieren in den USA werden von uns postwendend importiert, von guten Methoden läßt man sich hier nicht beeindrucken. Und so dürfen sich Zionisten in der BRD weiterhin alles erlauben.
Als 1947/48 die Zionteritorialisten vor der Sternstunde ihres Lebenszieles standen, verhängte Washington gegen sie ein Waffenembargo. Dies wäre ein Dolchstoß ins Herz gewesen, wenn Prag ihnen nicht in jeder Hinsicht kräftig mit allerlei Kriegsmaterial geholfen hätte. Der Machtsüchtige und politische Hasardeur Ben Gurion "dankte" in Prag und Moskau auf seine Weise und wurde damit gänzlich zum Wallstreet-Lakaien. Meinte aber weiterhin, wie stets hinterlistig, nach seinem Gusto handeln zu können. Im Einvernehmen mit Paris und London wurde Ägypten unprovoziert bei Nacht und Nebel überfallen. Damit schokierte er auch Washington.
Diese Schandtat brachte Moskau und Washington vorübergehend in eine Einheitsfront, und nachdem Chruschtschew gedroht hatte, Israel mit Raketen zu beschießen, griff auch Eisenhower ein. Die Staaten der "Freien Welt", Frankreich und England zogen sich ohne weiteres sofort zurück, während Ben Gurion versuchte gegen seinen Herrn zu jonglieren. Erst nach 125 Besatzungstagen am 7. März 1957 räumten die israelischen Truppen den Gaza-Streifen und ihre Positionen wurden von UNO-Truppen eingenommen.
Am 2. Februar hatte die UNO-Vollversammlung Israel zum 5. Mal aufgefordert, die von ihm am Suezkanal besetzten Gebiete zu räumen. Israel lehnte zunächst ab. Nach einer Rede des amerikanischen Präsidenten Eisenhower am 21. Februar in der die Möglichkeit von Sanktionen gegen Israel angedeutet wurden, erklärte sich Ben Gurion bereit (denn nur diese Sprache vesteht er) zum Einlenken und ordnete am 4. März den Rückzug aus dem Gaza-Streifen und aus dem Golf von Akaba an.
(Etwa 11 Jahre früher, wurden in Nürnberg deutschen Politikern für viel kleinere Sünden als die bei dem Überfall auf Ägypten Beteiligten, Stricke um die Hälse geknotet und es waren ausgerechnet Pariser und Londoner Richter dabei, dieses Urteil zu fällen).

(weder diese Behörden, am allerwenigsten die Washintoner Regierung, wird wegen Antisemitismus angeprangert).
Der Liliputstaat Israel kann oft die Masse der Informationen allein nicht ver-

kraften, daher ist für die kompetenten israelischen Behörden auch dies zu einer Marktware geworden. Deshalb arbeitet der Schin-Beth-Mossad wie kein anderer entsprechender Dienst je nach Bedarf mit verschiedenen anderen, ähnlichen Institutionen fremder Staaten zusammen. In der Bundesrepublik z.B. heißt es, daß der Schin-Beth-Mossad sich wohler fühle als in Sarafend (seinem Hauptsitz in der Nähe von Tel Aviv). In der Bundesrepublik sollen verschiedene Gruppen und Organisationen dieser Richtung existieren, die sogar zentral und bestimmend für die ganze Tätigket in Europa sein sollen. Es scheint, daß dieses richtig ist; denn trotz Verschwörung des Verschweigens durch die bundesdeutschen Massenmedien sickert es doch im Ausland durch. So konnte man erfahren, daß z.B. der Mirage-Fall in der Schweiz von der Bundesrepublik aus in die Wege geleitet wurde. Als Frankreich die Lieferung seiner Flugzeuge nach Israel einstellte, besorgten sich israelische Agenten aus der schweizer Lizenzfabrik mit Hilfe des Ingenieurs Alfred Frauenknecht (besser Zionknecht) die technischen Unterlagen. Auch wurde ein Waffenschmuggeltransport über Belgien nach Israel von der Bundesrepublik aus unternommen.

Die Existenz aller dieser Angehörigen soll von echten und Schein-Firmen gesichert werden. So verfügen diese über ein ausreichendes gesichertes Budget. Eingeweihte wissen, daß es auch technische Gruppen gibt, deren Hauptaufgabe es ist, Wertpapiere und valutenstarke Noten herzustellen. Einige Meldungen, die in diese Richtung zielen und vor kurzem in der bundesdeutschen Presse veröffentlicht wurden, könnten hierzu passen.
So war am 19.2. ds. Jahres laut dpa-Meldung zu lesen: "Etwa eine halbe Million Falschgeld hat ein 46jähriger Hilfsarbeiter in Lahr/Schwarzwald auf einer Offsetmaschine hergestellt. Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft wurden in der Wohnung des Mannes 8826 falsche Fünfzig-Mark-Scheine sichergestellt. Ausserdem seien dort die Druckmaschinen, die der Hilfsarbeiter 1967 in Berlin für 5.200 Mark gekauft habe, und andere Werkzeuge zur Herstellung von »Blüten« gefunden worden. Der 46jährige hat bisher keine Aussage über das Herstellungsverfahren und evtl. Helfer gemacht. Nach Angaben der Kriminalpolizei sind die Scheine teilweise von »guter Qualität«. Ob das Falschgeld bereits im Umlauf gesetzt worden war, konnte nicht gesagt werden.
Eine andere Meldung war des Inhalts, daß eine viel grössere Menge deutscher Banknoten bereits auf dem Wege wäre, ins Ausland gebracht zu werden und noch rechtzeitig beschlagnahmt werden konnte.
Selbstverständlich sind auch einige direkt Beteiligte in den technischen Gruppen Idealisten und Patrioten, wie alle Angehörigen anderer Missionsgruppen. Im Falle des Falles wird alles auf persönliches Konto genommen und werden die Konsequenzen getragen. Damit es nicht irgendwelche Schatten auf Organisationen, Richtungen oder sogar den Staat werfe. Das ist eine altbekannte Taktik.

In eingeweihten Kreisen will man wissen, daß der vor einigen Jahren entführte französische Oberst Argoud von München nach Frankreich, was immerhin einige unangenehme Schwierigkeiten in Bonn verursachte, von Zionisten entführt wurde.

Die Franzosen sagten sich, sollte diese Aktion schief gehen, dann würde es nicht aufregend sein, wenn dies von zionistischen Kidnappern begangen wurde. Denn wo ist es nicht bekannt, daß in der Bundesrepublik die Zionisten unter »Denkmalschutz« stehen?
Eine Ausnahme muß gemacht werden, wenn es zu einer unvorhergesehenen Entgleisung kommt. Und die Entgleisung wird verursacht durch das allzu sichere Auftreten der Delinquenten. Dies war vor nicht allzulanger Zeit in München der Fall, als zwei israelische Mossad Leute, Gordon und Schur, am hellichten Tage ein Wohnung durchsuchten, um dort Unterlagen zu finden über einen "Müller", dem sie nachstellten. Sie wurden von den Nachbarn gesehen und an der Flucht gehindert. Die zuständigen Behörden mußten einschreiten. Sie bekamen eine symbolische Strafe, die sich in "Sekunden" äusserte, wonach sie in »Minuten« das Land verlassen durften. Wieviel solche und ähnliche und noch wichtigere Vorkommnisse, die ohne Entgleisungen vor sich gehen, geschehen in der Bundesrepublik?
(Wiesenthal mußte Schadenfreude gehabt haben wegen der Blöße die sich Mossad gab).

Daß man aber einen Mossad Mann dingfest gemacht hat, wurde bis heute noch nicht vernommen. Man hört fast wöchentlich von Verhaftungen solcher, die sich wegen Dienstleistungen für verschieden Ostblockstaaten schuldig gemacht haben. Fast täglich wird man von den Massenmedien informiert, daß Nachrichtendienstler aller Grade, die zugunsten der DDR tätig waren, hinter schwedische Gardinen gebracht wurden. Dabei läßt sich das tragisch-komische Moment hier nicht übersehen. Denn täglich hören wir von kompetenten bundesdeutschen Politikern, die DDR sei Deutschland und alle Beziehungen inoffizieller und offizieller Natur würden als »innerdeutsch« angesehen.

Wie können also Leute, die innerdeutsche Tätigkeit ausüben, verhaftet werden? Das wäre nicht anders als wenn man einen Stuttgarter z.B. verhaften würde, weil er Spionage für Mannheim machte, einen Mannheimer wiederum verhaften würde, wenn er einen Hamburger über dieses oder jenes informieren würde. Nach echter innerdeutscher Prozedur halten am 12. Mai 1970 Beamte der bayerischen Grenzpolizei in Bamberg zwei DDR-Journalisten aus dem Interzonenzug nach München und brachten sie zum Grenzübergang Ludwigsburg zurück. Erst nachdem eine entsprechende Erlaubnis des bayerischen Innenministeriums eingeholt worden war, durften die beiden Presseleute aus Ostberlin in die Landeshauptstadt weiterreisen. Spionage heißt nach lexikanischer Definition "Ausspähen und Verrat von Staatsgeheimnissen zugunsten eines anderen Staates". Nach Paragraph 92 des StGB aber heißt es unter anderem: Unter besonderen Voraussetzungen ist schon das Sammeln von Nachrichten nicht geheimer Art strafbar. Die nach Physiognomie und Sympathie wie Antipathie Kautschukparagraphen lassen Tür und Tor jeder Willkür offen und sind daher eines Staates, der sich Rechtsstaat nennt, unwürdig. Wer sollte sich in dieser krausen Taktik auskennen? Ein Unliebsamer kann der Spionage beschuldigt werden, wenn er Adressen aus dem Telefonbuch in seinem Notizbuch notiert hat, während der liebgewonnene Prozionist oder Zionist greifbare gesetzwidrige

Handlungen begeht und frei seiner Tätigkeit weiter nachgehen darf. Was man sich in dieser Richtung in der Bundesrepublik alles erlauben kann, soll ein Fall von vielen anderen illustrieren.
Als der hessische Generalstaatsanwalt, der nichtzionistische Jude Dr. Fritz Bauer verstarb, beeilte sich eine bereits mehrfach zitierte Tel Aviver hebräische Zeitung die Weltöffentlichkeit mit der Meldung zu überraschen, daß er es gewesen sei, der Schin-Beth als erster den Aufenthaltsort Adolf Eichmanns bekanntgegeben hat. Bekanntlich kann ein Toter sich keine Stellungnahme erlauben. Obige Meldung kann man deuten wie man will. Beschuldigung eines Toten. Denn wenn es wahr ist, hat er all seine Beamtenpflicht und seinen Patriotismus verletzt und seinem Lande unermeßlichen Schaden zugefügt; man darf nicht ausser Acht lassen, welche Zahlungen und Gratis-Waffenlieferungen der Bundesrepublik durch diesen Fall aufgezwungen wurden. Man kann auch verstehen, daß die Korrespondenten jener Zeitung es in ihrer Chuzpe so weit treiben dürfen, der Welt klar zu verstehen zu geben, "Seht her, wenn ein nichtzionistischer Jude mit dem Schin-Beth zusammenarbeitet, arbeitet erst recht ein zionistischer Aktivist mit". Man tat es in der Sicherehit, daß Zionisten in der Bundesrepublik sich ja alles erlauben dürfen. Weiterhin werden die Durchschnittsmüller und -Schulzes beschattet werden, aber keine Zionisten, die jahrelang in Israel gelebt haben, hier Ministerämter bekleiden können, obwohl sie in Israel Söhne haben, die führende Posten in der Armee innehaben und somit ein Risikofaktor sind. Auf jeden Fall darf man weder die vielen Mossad-Angehörige in der Bundesrepublik als perfektionierte Meister ihres Berufes ansehen, die nie Fehler begehen um verhaftet zu werden, noch die bundesrepublikanische Abwehr für die unfähigste der ganzen Welt halten. Es ist ganz einfach politische Stur- und Blindheit. Wie weit das so gehen wird, soll dem Zufall überlassen werden.

Schon zu Beginn der fünfziger Jahre befaßten sich Leute mit der Aufstellung einer Kartei aller jener Bundesdeutschen, die im Rampenlicht der Öffentlichkeit standen und solchen, die Aussichten hatten, einmal dort zu stehen. Um nur ein Beispiel anzuführen, das man durch vorhandene Unterlagen beweisen kann, soll hier geschildert werden: Einer, der sich Dr. nennen läßt und einen Journalistenausweis auf den Namen Nicolai besaß und über den noch zu sprechen sein wird, interessierte sich am 15.8.1954 für die Person des Herrn Franz Josef Strauß. Obwohl dieser sich von einem Saulus später zu einem der profiliertesten, prozionistischen, bundesdeutschen Politikern entwickelte, befand er sich Mitte der sechziger Jahre in großer Gefahr. Es hieß damals, daß aus dem Kreise der ultrazionistischen Fanatiker beabsichtigt wäre, ihn mit einer ähnlichen Paketsendung zu beehren, wie vor vielen Jahren vorher Herrn Dr. Adenauer. Diese Gefahr konnte abgebogen werden durch das »zufällige Bekanntwerden« in der Weltöffentlichkeit, daß die Gratiswaffenlieferungen an Israel in Höhe von 2. Milliarden DM auch ein Verdienst des bundesdeutschen Verteidigungsministers sei. Als die Mitglieder der im vorigen Jahr neu gewählten Regierung Israels vom israelischen Staatsrundfunk offiziell vorgestellt wurden, sagte der Sprecher, als er zur Person Schimon Peres kam, dem engsten Freund und Mitarbeiter Dajans,

unter anderem:
"Seine Freunde sind die Bundesdeutschen Kurt Kissinger und Franz Josef Strauß".
Wie das gemeint war und wozu das gesagt wurde, soll dem Leser überlassen bleiben. Es soll nur hier aufgezeigt werden, daß sich nichts geändert hat in der Tatsache, daß die Zionisten in der Bundesrepublik sich wie im Paradies fühlen.

Zu Beginn der fünfziger Jahre versuchte einer in nichtzionistischen jüdischen Kreisen gut Informierter einige bundesdeutsche Persönlichkeiten zu unterrichten, daß man gegen bundesdeutsche Regierungsvertreter etwas Grausames plane. Er stieß auf Taube und Blinde, die ihn belächelten. Denn es hieß doch, wieso? Wir sind doch in Verhandlungen mit offiziellen zionistischen und israelschen Persönlichkeiten und wir sind gewillt, Wiedergutmachung zu zahlen. Er sprach auch mit Otto John, dem damaligen Leiter des Verfassungsschutzes. Dieser kindlichnaive, ehrliche Mensch wußte genausowenig wie andere etwas damit anzufangen. Er hat nicht ernst genommen, was ihm für seine persönlichen Interessen gesagt wurde, daß er ein Opfer kommender Ereignisse werden würde, und die sind auch eingetreten. Als es daran ging, wer die eigentlichen Regisseure der neugeborenen Bundesrepublik sein sollten, wurde eine zweite, nach grossen Maßstäben angelegte Nachrichtenorganisation geschaffen, die »inoffiziellen« Charakter hatte. Da die ganze Tätigkeit nur nach dem Osten ausgerichtet war und um Kompetenzstreitigkeiten zu vermeiden, versuchte man, alle in der Bundesrepublik in dieser Richtung gehenden Tätigkeiten dieser sog. inoffiziellen Organisation zu unterstellen. Um dies reibungslos zu verwirklichen, mußte Otto John beseitigt werden. Er ging in die ihm von CIA und Gehlen gestellte Falle und wie es weiter heißt, kam er von seiner »Flucht« nach Ostberlin zurück, weil man ihm von der höchsten Bonner Stelle aus, »Vergeben und Vergessen« zusagte. Ob dies ganz stimmt, wird man wohl nie erfahren, höchstens, wenn der damalige Innenminister Dr. Schröder sich zu Wort melden würde. Erfahren hat man aber, wer gegen Ende März 1952 gegen Prof. Böhm, der in Den Haag als Vertreter der Bundesrepublik die Wiedergutmachungsverhandlungen führte und gegen den Bundeskanzler Dr. Adenauer Attentatsversuche unternommen hat. Dr. Adenauer konnte dem Unheil dadurch entgehen, daß der Münchner Polizist Karl Reichert ums Leben kam. Durch einen Zufall kam das in München aufgegebene Bombenpaket nicht zur Post, sondern in die Hände des genannten Polizisten, der ein Sprengkörperfachmann war und beim Öffnen verunglückte. Damals versuchte man nicht, wie 18 Jahre später beim Brandattentat im jüdischen Altersheim, die Sache auf das Gleis "kriminelle Tat" zu schieben. Man faßte es auf, wie es richtig war, als politische Tat. Nur war man damals in zionistischen Angelegenheiten noch blinder und tauber als heute. Einige Jahre schob man es den "Neonazisten und Agenten der Tschechoslowakei" in die Schuhe. Da dies zu keinem Resultat führen konnte, schlief die Sache ein wenig ein. Bis der bereits oben genannte Dr. Nikolai sich auch dieser Sache annahm. Im allgemeinen ist er ein Meister in solchen Angelegenheiten, Einer der abscheulichsten Typen, die auf unserer Erde herumspazieren, der nur auf zwei Schultern trägt, weil er mehr nicht besitzt, und bestimmt sein Leben lang noch keinen einzigen Laib Brot

durch ehrliche Arbeit verdient hat. Dieser kam zu Beginn der fünfziger Jahre in die Bundesrepublik, um seine Dienste in Sachen Lug und Trug zur Verfügung zu stellen. Im Besitze von Dokumenten, daß er Jude wie auch katholisch getauft sei, und von Mitgliederausweisen der christlichen wie auch der sozialdemokratischen Partei. Dadurch konnte er seine Schnorrerpraxis überall mit Erfolg durchsetzen. Zu seinem Erfolg zählt auch, sich planmässig Personen von Wert gefügig zu machen. So konnte er so manchen gewünschten akademischen Titel verschaffen, anderen wiederum zu »literarischen« Erfolg verhelfen. Ein höherer Beamte eines Nachrichtendienstes, der sich einbildete, religiöse Gedichte schreiben zu können, übergab diese ihm zur Begutachtung, obwohl die Presseorgane dieser religiösen Richtung die Gedichte als nicht druckfähig ablehnten, bezahlte er aus eigener Tasche den betreffenden Beamten. (Ob dieser Beamte später gewisse Forderungen erfüllen mußte, ist unbekannt). Dieser alles wissende und überall aktiv tätige Herr Doktor nahm sich des Falles Adenauer an. Er erhielt freie Bahn vom sozialdemokratischen Landesinnenminister, obwohl dieser wußte, daß zionistische Juden des Attentates gegen Dr. Adenauer verdächtigt waren. Mit Hilfe einiger seiner neuen Bekannten, insbesondere eines höheren Beamten der israelitischen Kultusgemeinde, konnte er den Fall soweit klären, daß die zuständigen Landeskriminalstellen mit Hilfe Bonns zur Verhaftung der direkt kriminell Schuldigen schritten. Inzwischen wurde - man nimmt an, durch die Doppeltätigkeit des Herrn Doktors - das Bundeskanzleramt davon in Kenntnis gesetzt. Der Bundeskanzler bremste die ganze Angelegenheit in einer Form, die jene Beamten, die nur ihre Pflicht fleißig erfüllten, so umwarfen, daß sie sich von diesem Schock nicht mehr erholen konnten. Sie wurden, wie es heißt, jeder in eine andere Wüste verschickt. Der Politiker Dr. Högner aber, der seinen Segen zu der Aufklärungsaktion gab, wußte entweder nichts vom Bankrott dieses Unternehmens oder hatte nicht den Mut, sich vor seinen Untergebenen zu stellen. Dr. Nikolai hatte den ersten grossen Erfolg in der Bundesrepublik. Es gelang ihm dadurch, so manche seiner Untaten zu begehen, indem er zur Persona grata in diesen Kreisen werden konnte. Es soll ihm auch die Mitplanung die zum »spontanen Aufstand« vom 17. Juni 1953 in Ostdeutschland führte, zugeschrieben werden. Jene, die die wirklichen Führer der Bundesrepublik waren und im Hintergrund aktivierten, waren bestrebt, der Bundesrepublik ein Symbol zu verschaffen. So war dieser Tag der geeignetste, um den Tag der »Freiheit und deutschen Einheit« zu werden, die in Wirklichkeit keiner haben wollte.

Als der bereits erwähnte jüdische Schriftsteller Burg auch nur andeutungsweise in seinem "Schuld und Schicksal" vermerkte, daß die Planer und Durchführer des Adenauerschen Attentates Zionisten waren, wurde er von den angesprochenen Stellen als Irreführender, als Verleumder, Beschmutzer des eigenen Nestes und anderes mehr, angegriffen. Doch die Empörten vergaßen die Tatsache, daß früh oder spät die Sonnenstrahlen jedes Dunkel durchbrechen. Der Präsident der zionistischen Weltorganisation Nahum Goldmann erklärte in seinem Gespräch mit den Biographen Dr. Adenauer unter anderem, daß Zionisten es gewesen seien, die gegen Dr. Adenauer ein Attentat verüben wollten. Angesichts

dessen darf man ja hoffen, daß man im Falle des Brandes in der Münchner Reichenbachstrasse wenigstens des Gedanken sich erlauben darf, daß auch er von Ultrazionisten organisiert sein könnte.

Offene Worte an Doktor Goldmann.

Dr. Goldmann (am 10. Juli 1895 in Wischnewo geboren, seit 1900 in Frankfurt am Main, seit 1918 in Berlin), ist jenen kein Unbekannter, die sich mehr als ein halbes Jahrhundert mit Zionismus befassen. (Schreiber dieser Zeilen konnte ihn vor 35 Jahren als Ehrengast, obwohl nicht Zionist, sehen und hören bei einem öffentlichen Referat. Dr. Goldmann, Repräsentant der zionistischen Welrorganisation, war als Hauptehrengast bei der lokalen "Makkabide"-Veranstaltung 1935 in Czernowitz-Bukowina anwesend). Denn seit seiner frühesten Jugend ist er im zionistischen Weltbereich aktiv. Obwohl er »deutscher« Jude ist und wie anderwärts bewiesen wurde, man jeden Einfluß deutscher Juden aus der zionistischen Weltorganisation ausschloß, mußte man ihn aber nach der Gründung des Staates Israel, als Weizmann abtrat um Präsident von Israel zu werden, ihn als solchen der Weltorganisation wählen. Schon aus dem einzigen Grunde hatte er keinen Gegenkandidaten weil es keinen Ebenbürtigen gab. Bevor er noch Präsident der zionistischen Weltorganisation war, machte er sich so mancher Sünde gegen das Judentum schuldig. Gehört er ja auch zu jenen, die die verhängnisvolle Parole in den Dreißiger Jahren verkündet haben, daß, wenn es die Interessen Israels verlangen, die des Weltjudentums geopfert werden dürfen. Und als das Europäische Judentum als Opfer auserkoren wurde und die Auschwitze auf Hochtouren arbeiteten, erhielt auch er detailierte und authentische Berichte. Er unternahm nichts, wie die anderen seiner ideologischen Genossen auch. Trotzdem hielt er es nicht für richtig, einen seiner Sekretäre daran zu hindern, die weltweit aufgebauschte Verleumdungskampagne gegen den verstorbenen Papst Pius XII einzuleiten.

Eines aber muß als Positivum für Dr. Goldmann verbucht werden. Er brachte, wie es nach altjüdischer Sitte der Brauch ist, Mut zur Widdui-Selbstkritik auf, indem er bei passender Gelegenheit in New York und in Tel Aviv eingestand, daß er schuldig sei, nichts unternommen zu haben, um evtl. Rettungsaktionen für die in Todesnot befindlichen europäischen Juden einzuleiten, obwohl er über alles informiert war. Als nach dem Juni 1967 die israelische Regierung in eine wahnwitzige Siegesrauschstimmung verfiel und sich so benahm, daß es gefährliche Ausmaße auch für den ganzen Diasporazionismus annehmen konnte, fand er Mannesmut genug, seinem Gewissen zu folgen und warnte den vorherigen stellvertretenden Präsidenten der USA, Humphrey vor übertrieben politischen Forderungen der Israelregierung. Er fand somit zurück zur jüdischen Vernunft und Humanität, wie es vor ihm Dr. Herzl und insbesondere Dr. Weizmann tat, indem er allen radikalen Thesen absagte, denen er einst huldigte.
Das heutige israelische Volk ist bestimmt nicht das Volk seiner Träume.
Im Nachwort zu seinen ersten Palästina-Reiseeindrücken vom März/Juli 1913 empfahl er allen Zionisten nach dorthin zu fahren und schrieb unter anderem:

". . . für eine kurze Weile lebendiger Zeuge der Wiederverjüngung unseres Volkes in seinem Erez-Israel zu sein." Ausser der »kurzen Weile« hat sich für ihn nichts »verjüngt«. Unter dem Druck seines größten Kontrahenten, David Ben Gurion, der übrigens als Faschist in seinem Kibbutz befördert wurde, zog Dr. Goldmann 1964 nach Israel. Verließ aber, wie es heißt, vor kurzer Zeit diese Wohnstätte und lebt als schweizer Bürger in Genf.
Ein Großteil jener Israelis, die in Verräter nennen, schulden ihm Dank dafür, daß sie die Möglichkeit haben, dort zu leben.
Aber auch der Zionismus frißt seine besten Kinder.
Und damit hat er sich eine gerechte und wahre Beurteilung seiner Person und seiner Taten durch kommende Historiker gesichert. Ihm ist aber, im Gegensatz zu den zwei vorher Genannten, beschieden, das Glas mit dem »giftigen« Inhalt zu trinken, wie einst dem großen Denker, Sokrates. Als die Israelis von seiner »Schandtat« in Washington erfuhr, wurde er als »Verräter« von Thron der zionistischen Weltorganisation verjagt. Er wurde zum Trotzki des Zionismus, obwohl er das Schicksal des ersten nicht teilen muß. Schon deshalb nicht, weil man seine Dienste noch benötigt.

Die täglichen stürmischen und anhaltenden Ereignisse in und um Israel bereiten nicht nur dem westlichen Judentum Sorgen sondern auch der Mehrheit der zionistischen Führer und erst recht dem Fußvolk. Dr. Goldmann als ihr Repräsentant ist darüber am besten unterrichtet. Daher ist es ihm hoch anzurechnen, wenn er von Zeit zu Zeit gegen die Hasardpolitik der Israelregierung öffentlich Stellung nimmt. Dies geschah wiederum in einem Artikel, den er in der Aprilausgabe der Vierteljahreszeitschrift »For. Affairs« veröffentlichte. Darin brachte er den sensationellen Vorschlag zum Ausdruck, den je ein zionistischer Führer gemacht hat, nämlich der Israel-Staat solle neutralisiert werden und unter dem permanenten Schutz der gesamten Menschheit stehen. Dr. Goldmann meinte, daß die Neutralisierung Israels nach dem Muster der Neutralität der Schweiz gestaltet werden könne, die mit bleibendem Erfolg über 150 Jahre lang von den grösseren Staaten garantiert worden sei. Neutralisierung könnte nach Goldmanns Meinung auch heißen, daß eine ständige symbolische, internationale Streitmacht in Israel stationiert würde, sodaß ein Angriff auf Israel einem Angriff auf alle Garantiestaaten gleichkommen würde.
Darüber hinaus ist er auch für eine, wenn sogar bedingte Rückkehr der arabischen Flüchtlinge (Vertriebenen). In einer Artikelserie in der Tel Aviver Zeitung Haarez (Das Land), von den einstigen deutschen Juden der Dreißiger Jahre gegründet, greift er offen frontal die Politik der israelischen Regierung als »ungebührlich und eigensinnig an«. Er meint auch, Israel stelle den Arabern unannehmbare Friedensbedingungen. Außerdem »nehme die zionistische Bewegung in Israel das Problem der arabischen Präsenz im Nahen Osten und im jetzigen Israel zu leicht«.
Als er versuchte, mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Nasser in Kontakt zu kommen , um so evtl. Chancen für ein Friedensgespräch herauszufinden, lief man gegen ihn Sturm. Auf gröbste Art und Weise distanzierte sich von seinen Versuchen die Regierung in Jerusalem. Daß er aber für seine Friedensbemühun-

gen auch Anhänger -und nicht wenige- in Israel hatte, bewies die Tatsache, daß nach Bekanntwerden seines Vorhabens in allen grösseren Städten Israels, Pro-Goldmann'sche das soll heißen, Profriedensverhandlungs-Demonstrationen stattfanden. Goldmann, der seinen Wohnsitz Genf mit Jerusalem vertauschte, sah die verworrene Lage in Israel goldrichtig. Mit seinem Vorhaben versuchte er, die im Siegestaumel handelnde israelische Regierung aus den Sümpfen, in die sie hineingeschlittert war, durch die gestellte Falle der arabischen Partisanenkämpfe, herauszumanövrieren. Der alte Zionstratege weiß, daß Israel diesen Krieg nie gewinnen kann. Verlieren dürfen sie ihn aber auch nicht. Obwohl die Araber in so einem Fall bestimmt großzügiger handeln würden als die Zionisten es tun. Daher versucht Dr. Goldmann eine vernünftige Remisstellung zu erreichen. Dies allein wäre schon für Israel ein Gewinn. Das paßt der israelischen Regierung genauso wenig in ihr Konzept und alle anderen Friedensbemühungen. Wie alle Abenteuerpolitiker ist auch die israelische Regierung für alles oder nichts.

Dieser Vorschlag ist vom politischen Standpunkt aus einmalig. Er wurde bestimmt aus Sorge um die Zukunft des israelischen Staates und Volkes heraus geboren. Er wird aber bestimmt aus Empörung und beleidigendes Echo stoßen, weil die »Elite des auserwählten Volkes« die gradomanische Politik eines Großisrael führt, werden sie dies als unzumutbar ablehnen. Dadurch wird sich der Expräsident der zionistischen Weltorganisation noch zusätzliche Feindschaften von Seiten der Großisraelologen zuziehen, die eine Politik führen »nach uns die Sintflut«.

Die Israelis, die stets recht zielstrebig auf Erfolg aus sind und nicht viel fragen was danach kommt, handeln konsequent. Wehe aber, wenn der heutige hoffnungslose Zustand Dauerformen annimmt. Es wird nicht nur das westliche Judentum zu leiden haben. Die Israelis und ihre Fünfte Kolonne werden den Diasporajuden die Augen nur zum Weinen lassen. Und diese werden schlimmer daran sein als einst ihre Urahnen in Babylon (Psalm 137,1). Jene hatten wenigstens Hoffnungen.

So wurde Dr. Goldmann als Präsident des jüdischen Weltkongresses weiter im Amt belassen. Wie schon oben erwähnt, hatte er den Mut zur Aufrichtigkeit auch im Falle Attentat Adenauer aufgebracht, und damit einen unschätzbaren Dienst der Wahrheit und der nichtzionistischen Judenheit erwiesen, da man annehmen darf, daß er noch heute einer der Bestinformierten ist, was die zionistischen-politischen Belange angeht.

Würde er wohl auch wissen, ob das Feuerattentat in München von Zionisten durchgeführt wurde oder nicht? Sollte er es nicht wissen, dann wäre schon die Wahrheit eine Ehre gegeben, wenn er kundtun würde, daß er den agressiven Zionisten die Fähigkeit nicht abspricht, sowas zu tun, sowas tun zu können. Damit hat er noch immer nicht einen Zionisten direkt beschuldigt, aber den bundesdeutschen kompetenten Behörden, die sich mit diesem Fall befassen, den Wink gegeben, auch diese Tatsache nicht zu übersehen. Er würde mit seinem Eingreifen schwerwiegende Ereignisse verhindern können, die kommen können, wenn der Fall unaufgeklärt bleibt und in Flüstertönen herumposaunt wird, daß es Juden getan hätten (Zionisten sind auch Juden). Und deshalb müsse der Fall

unaufgeklärt bleiben. Das solche Ereignisse zu einem neuen Antisemitismus führen müssen, wird am allerbesten Herr Doktor Goldmann wissen. Und man darf hoffen und annehmen, daß Dr. Goldmann heute nicht dafür ist, daß man den Antisemitismus überall künstlich hervorrufen darf, um dem Zionismus die Lebensexistenz dadurch zu ermöglichen.
Nochmals, wir bitten Herrn Doktor Goldmann um Einsicht, Verständnis und die Bereitschaft, zum Thema Stellung zu nehmen.

Juden und die zionistische Bewegung in der Bundesrepublik.

Sofort nach Beendigung des zweiten Weltkrieges hatten die Spitzenfunktionäre der palästinensischen Zionisten mit jenen der zionistischen Weltorganisation den Plan, einen Zionstaat zu errichten und in die Wege zu leiten. Dazu gehörte in erster Reihe, wie bereits erwähnt, die Konzentrierung von hunderttausenden jüdischen Menschen in Bayern.
Unter allen Umständen und mit allen nur möglichen Kniffen wurden von palästinensischen geschulten Emissären immer mehr jüdische Jugend aus diesem bayerischen Gebiet nach Palästina infiltriert. Als der ersehnte glückliche Tag in der Geschichte des Zionismus herankam und am 14. Mai 1948 endgültig durch Gnaden der UNO der Israelstaat ausgerufen werden konnte, ging man offiziell daran, alle vier Besatzungszonen Deutschlands judenrein zu machen. Die jüdischen Massen, die auf diesem Gebiete angesiedelt worden waren, hatten ihre Statistenrolle beendet. Man traf die Anordnung, daß Vereinigungen jeder Art, sogar Kultusgemeinden sich auflösen müssten, um die deutschen Gebiete zu verlassen. Fast jede angesehene Vereinigung, Organisation und dergl. waren offen oder aus dem Hintergrund von Palästinaelegierten geleitet. Diese befolgten streng die Anordnungen Jerusalems und der zionistischen Weltorganisation. Es schlossen sich alle öffentlichen Institutionen, Schulen, Verlage, Gebetshäuser und dergleichen. Aber es passierte hier wie etwa drei Jahre vorher in Polen. Viele Juden, die sich auf deutschem Boden fester eingenistet hatten und des Wandern müde, darüber hinaus keine Zionisten waren, wollten nicht und fühlten sich auch nicht dazu verpflichtet, die Ukase aus Jerusalem zu befolgen. Dies widersprach den Taktiken Jerusalems. Daher war es kein Geringerer als der zionistische Veteran und Machthaber des Zionstaates David Ben Gurion, der die Losung in alle Welt hinausposaunte, daß es außerhalb des Israelstaates keinen Zionismus mehr geben kann und darf. Er erklärte unmißverständlich, daß jene, die außerhalb des Staates Israel weiterhin Zionisten sein wollen, »Heuchler sind und andere Juden zur Heuchelei erziehen und damit die Interessen des Israelstaates schädigen«. Wenn man diese politische Deklaration eines der kompetentesten israelischen Ideologen und Machthaber analysiert, kommt man zu dem Schluß, daß die Juden in den verschiedenen Militärzonen des deutschen Reiches erst recht unter diesem Cherem-Bann fielen. Dies bewirkte zwar, daß die wenigen auf deutschem Boden ansässigen Juden ihre vorhergefaßte Meinung änderten, aber einige politische Abenteurer sahen ihre Sternstunde darin, die Lücken der zionistischen Abstinenz in den verschiedenen Besatzungszonen Deutsch-

lands auszufüllen. Vorher, als es ein reges zionistisches Leben gab, waren die viel zu unbedeutend, um irgendwie sich bemerkbar machen zu können. Sie suchten ihre Chance wahrzunehmen, erkannten ihre Sternstunde und begannen mit Elan da und dort wieder zionistische Betätigung wachzurufen. Da wurden die höchsten politischen Kreise in Jerusalem alarmiert. Die Sochnuth ist die Dachorganisation aller Parteien Israels, alle zionistischen Richtungen, außer der kommunistischen sind in ihr vereinigt - auch solche, die in der Regierung nicht beteiligt sind.

Diese Körperschaft zusammen mit verschiedenen zionistischen Delegationen der westlichen Welt, trafen sich im Sommer 1950 in Jerusalem und berieten ausführlich auch über die Situation der Juden im deutschsprachigen Raum. Da man schon damals Deutschland und alle Deutschen mit dem Fluch der Kollektivschuld belastete, schlugen die Vertreter Israels eine Cherem-Bannresolution gegen die Juden, die in Deutschland geblieben waren, vor. Die Vertreter der USA konnten dies abmildern. Schließlich veröffentlichte die in Tel Aviv erscheinende Zeitung in deutscher Sprache "Jedioth Chadaschoth" am 7. August 1950 einen Artikel, der in seiner Deutlichkeit keinen Zweifel läßt. Es heißt darin unter anderem unter der Überschrift: "Sochnuth stellt Arbeit in Deutschland ein."

"Für ein Verbleiben der Juden in Deutschland gibt es keinen Grund mehr, außer dem Schwarzen Markt. 35 000 Juden sind noch in Westdeutschland, 10 000 warten auf ihre Ausreise. Der Rest genießt nicht mehr die Hilfe und Unterstützung der israelischen Behörden".

Wenn man auch übersieht, daß alle in Westdeutschland bleiben wollenden Juden mit dem Makel, nur Interesse am »Schwarzen Markt« zu haben, was nur für einen kleinen Teil zutraf, behaftet werden sollten, soll nicht die letzte Zeile aus Augen und Ohr gelassen werden. Und zwar: "Genießt nicht mehr Unterstützung und Interesse der israelischen Behörden". Hier ist einwandfrei und deutlich der Entzug jeder moralischen Plattform für kommende Zionisten in Westdeutschland zum Ausdruck gebracht. Diejenigen, die unbedingt zionistische Karriere machen wollten, um dies als Sprungbrett für private Karriere zu nützen, betrachteten diesen Sochnuth-Befehl nicht als »ins Gesicht spucken« sondern als herabfallende »Regentropfen«. Sie gingen fleißig, planmäßig daran, überall wo nur die Möglichkeit war, zionistische Grüppchen und Verbändchen zu gründen. Die Abneigung, um es gelinde auszudrücken, die man den Juden, insbesondere aber den Zionisten in Westdeutschland entgegenbrachte, kühlte sich nicht ab und änderte sich nicht. Als sich in Westberlin im Herbst 1960, also 10 Jahre nach der Bann-Resolution Jerusalems, eine zionistische Organisation mit der Benennung: "Bund von aktiven Alt-Zionisten" gründete, liefen auch die gemäßigten und religiösen Parteien Israels Sturm dagegen. Denn in Wirklichkeit kann man sich etwas Heuchlerischeres nicht mehr vorstellen: Sich »Alt-Zionist« zu nennen und nach Israel nicht ziehen zu wollen. Es gibt nichts geistig-politisch-seelisch Verkommeneres, wo Israel damals und erst recht heute nicht nur finanzielle und wirtschaftliche Hilfe benötigt, sondern auch lebende Einwohner. Doch nicht nur Israel hob den bösen Zeigefinger gegen die sog. bundesdeutschen Zionisten, sondern auch die kompetenten Vertreter der USA. Der bekannte Publizist und Rundfunkkommentator in den USA, Schlomo Ben Israel ver-

öffentlichte in der sozialdemokratischen jiddischen Zeitung »Vorwärts«, New York am 2. März 1960, einen Artikel "Juden haben schnell vergessen". Darin wird unter anderem bemerkt: "Die Juden in Deutschland haben schon eine zionistische Organisation geschaffen, und wahrscheinlich werden sie sich der zionistischen Weltorganisation anschließen und mit anderen Juden an zionistischen Weltkongressen teilnehmen". Sch. Ben Israel kritisierte diese Entwicklung heftig und verstieg sich dabei zu folgenden Ausdrücken: "Es darf keine jüdische Gemeinde mehr in Deutschland entstehen". "Die Juden, die sich wieder in Deutschland niederlassen, sind keine Ehre für das Weltjudentum". Er schloß mit der moralisch vernichtenden Feststellung: "Der größte Teil dieser Juden ist Müllabfall, eine Müllkiste des jüdischen Volkes".
Goldmann und Ben Gurion diskutierten geheim, über Möglichkeiten von der BRD Reparationen für Israel und Wiedergutmachung für die wirklich Betroffenen zu fordern. Sie waren besorgt, daß die in der BRD verbliebenen zu Quislingen Bonns werden würden und den Nimbus der Reparationsforderer im Namen aller Juden sprechen zu dürfen, ankratzen. Es entwickelte sich aber anders.
Die BRD-Zionologen wurden zur treuen 5. Kolonne Israels, obwohl man sie immer wieder wie Aussätzige behandelte. Ben Gurionisten verlangen nicht nur Sklavengehorsam, sondern in erster Linie das Umziehen nach Israel, das lebende Einwohner braucht und auf pharisäerische Zionisten in der Diaspora verzichtet. Seit der Gründung der zionistischen Weltorganisation in Basel 1897 werden deutsche Zionisten mit Antipathie behandelt. Man warf schon zu jener Zeit den deutschen Zionisten vor, sie wären »benommen von der deutschen Mentalität« und »statt jüdische Nationalpolitik zu betreiben, türkische Politik zu besorgen« und »welche Schmach, daß wir in den Reihen der neugeschaffenen Organisation auch die« zionistische Vereinigung für Deutschland »finden«. Dies und anderes mehr war in einem verbreiteten Flugblatt zu lesen des »zionistischen Vereins Theodor Herzl« in Zürich 1897.
Auch diese ehrenhafte Betitelung, die der amerikanische Publizist den bundesdeutschen Zionisten anheftete, störte die BRD-zionistischen Abenteurer nicht. Sie setzten ihre »Mission« wacker fort. Dadurch belogen und betrogen sie nicht nur politisch die zionistischen Juden, sondern auch die Behörden. Aber dies alles blieb nicht ohne Resonanz. Durch die Beschimpfungen kompetenter Personen und Organisationen in die Enge getrieben, wollten sie ihre Existenzberechtigung beweisen. Und dies Wollen trieb sie zu der Taktik, mehr Zionist zu sein als irgendeiner in einem nicht verfluchten Lande oder sogar mehr Zionist zu sein, als es ein Israeli ist. Es scheint genauso zu sein wie einer, der nicht einmal Durchschnittskatholik ist, aber unbedingt frommer sein will als der Papst. Dies brachte so manchen bundesdeutschen Zionisten dazu, sich noch mehr für israelische Interessen hervorzuheben, als dies ein Zionist in anderen Staaten tut. Die einen solidarisieren sich mit Israel, die anderen, insbesondere die Münchner und Berliner identifizieren sich sogar mit ihnen. Daß auch hier Demagogie und politischer Dilettantismus vorherrscht, kümmert sie wenig. Ihre Verlogenheit ist erst recht zu begreifen, wenn wir wissen, daß sich selbst der Präsident der zionistischen Weltorganisation, Dr. N. Goldmann, sogar nach dem Juni-Sieg von

1967 mit der israelischen Regierung weder solidarisiert noch identifiziert hat. (Er wurde auch deswegen als Verräter von diesem Thron verjagt. Man ließ ihn aber noch amtieren, da man seine Hilfe als Präsident des »jüdischen Weltkongresses braucht). Die verschiedenen Führer der bundesdeutschen Zionisten, die sich, was vorauszusehen war, als Berufszionisten herausbildeten, werden trotz ihres Talentes weiter und weiter im moralischen Morast versinken, indem sie nach Sklavendiensten, die sie für den aggressiven Zionismus leisten, immer wieder gebührende Ohrfeigen erhalten, deren Echo überall zu hören ist - nur nicht für ihre taubgewordenen Ohren. Wenn man die Sochnuth-Veröffentlichungen von 1950 mit denen des »Vorwärts« von 1960 vergleicht, darf man die Äußerung vom kompetentesten Vertreter des heutigen Israels, Abba Eban, nicht vorenthalten. Dieser erklärte, wie bereits einige Male vorgebracht, am 13.12.1969 einer Tel Aviver Zeitung zu seiner bevorstehenden Reise in die Bundesrepublik unter anderem: "Als Privatmann könnte ich mich aus moralischen Gründen zur Reise nach Deutschland nicht durchringen". Die Führungsspitzen der bundesdeutschen Zionisten, deren Hirnkästchen bereits verrostet ist und deren Seelen verschimmelt, können aus lauter Demagogie auch so eine Äußerung nicht mehr verstehen, daher nicht begreifen, daß sie in erster Reihe moralisch wieder mit der Nagaika nach echt israelischer Art eins ins Gesicht bekamen (Die bundesdeutschen, nichtjüdischen Prozionisten nicht ausgeschlossen). Bei dieser Gelegenheit darf man nochmals erinnern, daß trotz gezahlter Milliarden an Reparationen, Deutschland, die Bundesrepublik und die Bundesdeutschen von den echten Zionisten und von Israel nicht als gleichgestellt und lebensberechtigt anerkannt werden. Alle diese dokumentmäßig belegten Skizzierungen über die Juden in der Bundesrepublik und der Zionisten in der Bundesrepublik beweisen zur Genüge, welchen Kurswert sie in Israel haben. Wenn wir schon einige Male erinnern mußten, daß nach zionistischer Theorie und Praxix Weltjuden geopfert werden dürfen, wenn es die Interessen Israels verlangen, um so eher und mit leichterem Herzen würde man doch Juden opfern, die zum Abschaum und zum Müllabfall des Weltjudentums gehören. Und die in der Bundesrepublik wären ja doch nach Ansicht amerikanischer und israelischer Zionisten als opferwürdig zu betrachten.

Der israelische Außenminister kam einwandfrei deshalb in die Bundesrepublik um israelische Interessen zu verteidigen. Diesen Verteidigungsmöglichkeiten zum Sieg zu verhelfen, konnte ja auch der Brand im jüdischen Altersheim in München dienen. Dies nicht in Betracht ziehen zu wollen, heißt, die bedingungslose Aufklärung der scheußlichen Tat ernst zu meinen.

Israel und die BRD

Wir sahen, wie es zu einer Zusammenarbeit zwischen den Territorial-Zionisten, d.h. jenen Zionisten, die es mit der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina ernst meinten, und Repräsentanten des Dritten Reiches kam. Dies ist nicht als idealistisches-politisches Novum anzusehen. Finden sich doch stets Gleiche mit Gleichen zusammen. Als in Deutschland die Nationalsozialisten ans Macht-

ruder gelangten, wurde dies von den Territorialzionisten in aller Welt begrüßt. Einige von vielen vorhandenen Beweisen sollen hier angeführt werden:
Als der 18. Zionistenkongreß in Prag 1933 noch im Gange war, begann einer der Repräsentanten Rumäniens, Dr. M. Reifer, in der deutschsprachigen Prager Presse eine Artikelserie zu veröffentlichen, in welcher er zum Ausdruck brachte, daß das neue Regime in Deutschland den Zionisten helfen würde, den ersehnten Staat in Palästina zu errichten. Der Vorsitzende des »Verbandes deutscher Rabbiner« und der Loge B'nai B'rith, Rabbiner Dr. Leo Baeck, erklärte in Berlin zu Beginn des Jahres 1933 nicht mehr und nicht weniger, als daß die Ziele des Judentums mit denen des Nationalsozialismus identisch sind. 1945 wanderte der zionistische Rabbiner nicht nach Jerusalem, sondern nach London aus. Das Ungeheuerliche ist, daß die Zionologen stets vom Judentum sprechen, wenn sie Zionismus meinen. Daß sie damit das neue deutsche Regime international salonfähig machten, sei nur nebenbei bemerkt. Wie anderwärts bereits erwähnt, waren Vertreter des deutschen und des Palästina-Zionismus in Berlin politisch tätig und sprengten dadurch zugunsten des deutschen Nationalsozialismus den sich bereits im Laufen befindenen Antinaziboykott, der von den USA-Salonzionisten organisiert war.Die Beacksche pro NS-Erklärung ermöglichte die Pilgerfahrt der zionistischen Atamane Palästinas ins 3. Reich. Unter anderen ging Levi Schkolnik, der später als Ministerpräsident unter dem Namen Eschkol bekannt wurde, von 1933-1935 nach Berlin. 1935 beehrte auch David Ben Gurion die Reichshauptstadt mit seinem Besuch. Frau Golda Meyerson hielt es sogar noch für richtig, nach der grausamen Kristallnacht, ihre Visitenkarte 1939 in Berlin abzugeben. Als Ministerpräsidentin würde sie später unter dem Namen Golda-Meyr bekannt.
Jüdische und deutsche Chauvinisten-Rassisten fanden sich zu einer gemeinsamen Tätigkeit und wie so üblich versuchte jeder das Bessere für sich zu gewinnen. Der jüdische Nationalsozialismus, den die Zionisten verkörpern, ist die älteste Art und zugleich übelste Sorte, denn sein Spielraum ist in jeder Hinsicht begrenzter als alle anderen, die in grösseren Maßstäben arbeiten können. Wenn obige Behauptung noch eines Beweises bedarf, so folgt einer von vielen vorhandenen:
Einen Tag nach der Balfour-Deklaration verfaßten die siegreichen Zionistenführer ein »jüdisches Manifest«, unter anderen von dem langjährigen Präsidenten der zionistischen Weltorganisation und ersten Präsidenten des Staates Israel, Chaim Weizmann (1974-1952) und Nachum Sokolow (1861-1934) (bedeutendem zionistischem Politiker), der von 1931-35 Präsident der zionistischen Weltorganisation war. Einer der monströsesten rassistischen Wahnsinnssätze lautet: "Das edle Blut unserer Rasse ist noch frisch in euren Adern". 50 Jahre später, als die Salonzionisten in aller Welt nach dem Juni 1967 (Krieg im Nahen Osten) wieder mal im Siegesrausch jubeln durften, erinnerte das Londoner »hurrazionistische Blatt« »Jewish Chronicle« vom 3. November 1967 an den unglücklich formulierten Satz, der selbstverständlich auch im Namen des Judentums veröffentlicht worden war.
Auch der britische, prozionistische Multimillionär Sir Alfred Mond und geadel-

ter als Lord Melchett (1868-1930), dozierte auf dem 12. zionistischen Weltkongreß, der 1921 in Karlsbad stattfand, über Rassismus. Unter anderem erklärte er: "Die jiddische Rasse muß jene interessieren, die die Ehre haben, ihr anzugehören".
Seine Sodafabriken, Zeitungsverlage, Nickelbergwerke u.a. erwarb er nicht unter seinen Rassenangehörigen. Er hielt es weder für richtig noch für wichtig, nach Palästina zu ziehen oder dort wenigstens einen Teil seines Vermögens zu investieren. Auch fand er es bequemer, Wohlfahrtsminister bei Rassenfremden zu sein als bei seiner eigenen.
Man muß - erst recht nach Auschwitz - am gesunden Menschenverstand derer zweifeln, die solches und ähnliches Gedankengut sich zu eigen machen, noch dazu propagieren, insbesondere wenn es sich um Juden handelt. Man muß annehmen, daß es sich um kriminell veranlagte Individuen handelt, die sich mit dem Gelehrtentalar maskieren, um ihre verheerenden Stupiditäten »wissenschaftlich« zu verkünden. Diese abscheuliche und absurde Rassenideologie entspringt durchweg dem Minderwertigkeitskomplex von geistigen Habenichtsen. Wissenschaftlich wurden solche und ähnliche Behauptungen nie bestätigt. Bedeutendste wissenschaftliche Anthropologen sind sich einig, daß es reinrassige Völker zur Zeit nicht gibt, am allerwenigsten in Europa. Die Zionisten wie die deutschen Nationalsozialisten sind alle europäischer Abstammung.
Die in Europa seit etwa zweitausend Jahren ansässigen Juden gaben im Laufe der Zeit viele Hektoliter ihres Blutes anderen Volksangehörigen ab, genauso erhielten sie Blut in vielleicht noch grösseren Quantitäten durch Mischehen und durch jene, die zum Judentum übertraten. Und dies geschah nicht nur im deutschsprachigen Raum, wo sie seit der Vertreibung aus Judäa und Samaria die ersten und größten Judensiedlungen gründeteten. In Polen und der Ukraine, insbesondere im Kaukasus traten nichtjüdische Massen dadurch zum Judentum über, daß sie sich den mosaischen Glauben zu eigen machten. In Polen waren es viele adlige Familien, in der Ukraine Kulaken. Das im Kaukasus lebende, tatarische Volk, die Chasaren (viertes Jahrhundert - zwölftes Jahrhundert) ging, wie kompetente jüdische Historiker sich einig sind, mehr als zur Hälfte im Judentum auf. Wie kann man da von einer jüdischen reinen Rasse und von jüdischem Blut sprechen, um nicht als wahnwitzig zu gelten? Da Dummheit keine Grenzen kennt, gehen unsere Rassisten so weit und sprechen nicht mehr von einer semitischen, sondern von einer jüdischen Rasse. Welcher Menschentyp anerkannter Angehöriger der jüdischen Rasse sein soll, wagte noch keiner der neunmalklugen Rassentheoretiker zu verkünden. Denn dadurch würden er sich handgreiflich noch lächerlicher als ein Himmler machen. Denn im Judentum gibt es mehr nichtsemetisch aussehende Juden als semetische. Von jüdischen Eltern, wer weiß es schon? Jeder kann aber von der Absurdität obiger Theorien wissen, wenn man sich nur eine einzige bekannte Tatsache vor Augen hält. Von Seiten der Deutschrassenologen vernahm man stets, der Jude sei an seiner spezifischen Judennase zu erkennen. Diese müsse adlermäßig aussehen. So sieht aber fast jeder zweite Sizilianer aus. Der Jude müßte auch kleinwüchsig und dunkelhaarig sein. Wer aber den ersten Repräsentanten des Zionstaates in Bonn kennt oder mal sein Konterfei vor Augen hatte, wird ohne weiteres feststellen,

daß dieser echte Israeli dem Wunschbild entspricht, wie sich Heinrich Himmler den Arier wünschte. Nämlich: Hochgewachsen, breitschultrig, blaue Augen, blonde Haare und eine gerade Nase. Es werden sich wahrscheinlich auch wahnsinnige jüdische Rassenologen finden, die diese Entgleisungen als Ausnahmefälle erklären werden, wie es ähnlich bei den deutschen Rassisiten der Fall war. Würde man aber bei diesen zionistischen Rassentheoretikern eine Art Nürnberger Gesetze des Jahres 1936 anwenden, genauer gesagt, nach dem Esra-Paragraph 10/3 unter die Lupe nehmen, käme so mancher dieser Rassen-Adepten zu Fall. Denn so mancher dieser Führer, die ihre polnischen und russischen Namen ablegten um sie mit hebräischen zu tauschen und aus den osteuropäischen Staaten stammen, sind mit Bestimmtheit nicht rein (»Judenadel«). Weizmann und Ben Gurion z.B. waren genau so "reinrassige Juden" wie Hitler und Göring "reinrassige Arier" waren.

Man darf nicht müde werden, immer wieder zu erwähnen, daß es jeden Rassisten -erst recht unseren jüdischen- nicht darum geht, »wissenschaftliche« Theorien alter oder neuer Prägung in die Welt zu setzen. Rassisten aller Schattierungen bezwecken durch ihre Theorien, andere Völker als minderwertig, als nicht lebensberechtigt zu betrachten und auch so zu behandeln. Diese Rassenüberheblichkeit soll dazu dienen, ihre Angehörigen als Engel darzustellen und diesen das Recht einzuräumen, die anderen, wenn nicht zu versklaven, so doch als Teufel auszurotten. Beiblatt 4/5/6

Der größte Teil der Bibelbücher wie der Talmud waren Galut-Produkte. Im Zionland gab es gar keinen kulturellen Fortschritt, der irgendwie das von außen Mitgebrachte bereichert hätte. Die Talmudologen versuchten das Zionland jenen schmackhaft zu machen, die es vorzogen im Galut zu bleiben. Darum geriet so mancher Talmudschreiber ins Lächerliche oder sogar in geistige Onanie. So z.B. der Satz aus dem T. Tr. Kiduschin 49,b:

"Zehn Maß Weisheit sind in die Welt gekommen; neun davon hat das Land Israel genommen und ein Teil die ganze Welt."

(Daher der Volksmundausdruck "neunmal Klug")

Diese Supergrandomanie entspringt einem unheilbarem Minderwertigkeitskomplex gepaart mit Analphabetismus. Die größten Geister des Judentums kamen weder im Zionland zur Welt, noch gelangten sie dort zu Weisheit, denn Weisheit setzt Bildung voraus, und das gab es im Zionland niemals. Nur einige herausragende Anführer seien hier genannt; Esra, Autor des Bibelbuches das seinen Namen trägt, entstammt aus Babylon, Juda Halevi um 1080-1145 Dichter und Religionsphilosoph lebte in Cordova. Maimonides 1135-1204 kam in Cordova zur Welt und wurde in der Diaspora groß, (und das er später zum Islam übergetreten sein soll, wird peinlich übergangen). Achad Haam 1856-1927, Bialik 1873-1934 kamen beide aus Rußland und Dr. Herzl aus Ungarn.

Bibel und Talmud, sowie die heutige Staatssprache Israels sind ein Jargon-Sammelsurium. Kardinalworte, die ein politischer Kulturbegriff sind, wie Medina Staat und ihr Wappen der 7kerzige Leuchter Menora genannt, stammen aus dem arabischen Sprachschatz.

Aus geistiger Armut erklärten die Adepten des auserwählten Volkes diesen Kauderwelsch als "heilige Sprache" und um nicht zu profonieren, wird sie als

Tagessprache nicht benützt.
In den letzten 70-80 Jahren brachte Israel und das »Licht das aus Jerusalem leuchten« soll, nicht einmal Einen hervor, den man mit den obengenannten geistigen Trägern hebr. Kultur in einer Zeile nennen könnte. Es wird sich auch in späterer Zukunft nichts daran ändern. Das Zionland ist von Jehova in jeder Hinsicht stiefväterlich behandelt worden. Kulturreichtum und Kulturschaffen, ist noch niemals im Gettobereich entstanden, dies kann nur im Kontakt und Austausch mit anderen Kulturvölkern geschehen sonst führt es zum geistigen Inzest und zu Senilität. Rassismus führt durch Überheblichkeit und Vergettoisierung zur Abnormalität und zum Absterben vorhandener Kulturen und läßt auch kein Entstehen.
Etwa Ende der 60er Jahre wurde unter der Sabres-(Landesgeneration) Jugend eine inoffizielle Untersuchung durchgeführt um festzustellen, wie hoch in diesen Kreisen der Analphabetismus vorhanden sei. Es soll unter etwa 12-14% der im Lande geborenen Jugend Analphabeten gegeben haben.
Ein Reicher wird nie mit seinem Vermögen protzen und ein wahrer Weiser stets bescheiden sein. Ein Habenichts dagegen wird versuchen für sich (in diesem Fall der Zionstaat) Publicity zu machen. Daher schrieb schon einer unserer Urzinologen Jesaia in 2,3: "denn von Zion wird das Gesetz ausgehen und das Wort Jehova von Jerusalem" . . .
Bis jetzt kam und wird aus Jerusalem nur Gesetzlosigkeit übelster Sorte kommen. Die Bildung ist im Staate Israel nicht einheitlich. Jede politische Richtung hat auch ihre Bildungs- und Erziehungsmethoden. Einen Staat im Staate bilden die Mosaisch-Orthodoxen, obwohl sie seit Staatsgründung, zusammen mit den sogenannten Sozialdemokraten, (unter denen es auch Alteisten gibt) mitregieren, ist ihre Gesetzgebung maßgeblich theokratisch. Standesamtliche Gesetzgebung ist für sie nicht vorhanden. Es existiert eine private gesetzlose Rabbi-Oligarchie. Das gesamte Familienrecht ist in der Verwaltung des Rabbiners. Nur vor dem Rabbinat kann man in den Ehestand treten oder geschieden werden. Mischehen sind unmöglich, ja sogar das Erbrecht und die Verpflegungsangelegenheiten. Koscher oder terefa (rein oder nicht rein) bestimmt das Rabbinat, genau so wie wer Jude ist. Es existieren Rabbinatsdistrikte und Rabbinergerichte. Circa 500 relg. Ausschüsse verwalten etwa 6000 Synagogen.
Es gibt ungefähr 400 Rabbiner, beinahe mehr als Gläubige vorhanden sind. Durch raffinierte Spitzfindigkeit verstanden es die 780 Altrabbiner eine Monopolstellung zu schaffen und so kommt es oft vor, daß Handlungen von Diaspora-Rabbinern in Israel nicht anerkannt werden. Damit wurde jede Konkurrenz im Politischen und Mammonangelegenheiten ausgeschaltet obwohl die Bibel und der Talmud doch gleich für alle Rabbiner in der Welt bindend sind; aber nur allein die Stadt Jerusalem beherbergt Jehova. So erklärt es der israelisch-zionistische Klerikalismus, der weit entfernt ist von Theokratie; sodaß es auch in diesen Kreisen keinen, aber auch nicht den geringsten Fortschritt gab und auch keiner zu erwarten ist. Dies wissen auch die Ben Gurionischen Strategen, daß Israel ein geistiger Provinzialismus ist und erschreckt sein werden, wenn es in diesem Gebiet zu einer Schalom-Ära kommen sollte.
Schalom Friede, das wie mit dem Hitlergruß im 3. Reich zum Volksgruß

gemacht wurde. Dieser Gruß, der am Tag dutzendmal gebraucht wird, mag wohl der Wunsch des Aussprechers sein, in Frieden leben zu wollen. Das kann aber nicht das Ziel der Zionologen sein, denn ihr Odem ist der Krieg in allen Variationen. Schalom muß deswegen zeitgerecht gedeutet werden, und zwar nicht Friede sondern Unfriede.

Dieselbe Methamorphose machten auch andere Begriffe mit.

So das Wort Demagoge, was in griechisch eigentlich Volksführer heißt wird aber heute als Volksverführer angewandt. Den Pharisäern ging es ebenso, denn sie galten in ihrer Zeit als die Gesetzetreuesten und nach dem Drama mit Jesus wurden sie zum Heuchler. Es kommt nur auf die jeweilige Macht und politische Zweckmäßigkeit an. Es kommt darauf an, ob man in der Lage ist, diese verbrecherische Rassentheorie in die Praxis umzusetzen. Wenn die heutigen zionistischen Rassentheoretiker die Möglichkeit hätten, über eine Landesgröße zu verfügen, die das Dritte Reich 1942 hatte und über wirtschaftlich ähnliche Stärke, würden sie nicht nur Auschwitz für die Araber bauen, wie die deutschen Rassentheoretiker es gegen die Juden praktiziert haben. Man mag sich, wie auch immer wenden: Theorien sind dazu da, um sie in die Praxis umzumodeln. Dies müßten in erster Linie Bundesdeutsche zur Kenntnis nehmen. Denn in deren Namen bauten vor etwa einem Vierteljahrhundert Deutsche, die Rassisten waren, Auschwitze gegen Deutsche und Nichtdeutsche (Nichtarier).

Der französische Staatspräsident, George Pompidou, mit Gattin weilten zu Anfang des Monats März 1970 als offizielle Gäste des Weißen Hauses in USA. Er sollte unter anderem auch eine Unterredung mit Vertretern verschiedener zionistischer Gruppen und Grüppchen haben. Die zionistischen Berufsdemagogen (Israels 5. Kolonne) wollten nach ihren altbekannten Methoden den einstigen Angestellten des Pariser Bankhauses Rothschild, der als Präsident seines Staates die Israelpolitik seines Vorgängers de Gaulle weiterführt, unter Druck setzen, indem sie gegen ihn Demonstranten aufhetzten, die sogar tätlich zu werden drohten. Es scheint kein Zufall zu sein, daß dies in der Gangstermetropole Chicago stattfand. Nur dort war es wahrscheinlich möglich, ein halbdutzend bezahlter Berufsdemonstranten herbeizuschaffen. Pompidou konnte daraus nur die einzig richtige Konsequenz ziehen, er weigerte sich nämlich, die Deligierten trotz vorheriger Vereinbarung zu empfangen. Als diese auf echt zionistische Chuzpe-Art sich Zugang zu ihm verschafften, schleuderte er ihnen ins Gesicht: "Israel ist ein rassistischer Staat, der aus dieser Struktur durch Verbindungen mit seinen Anhängern (lies Fünfte Kolonne) aus aller Welt Nutzen zieht und sich nicht auf seine Grenzen beschränkt." (Eine Wohltat wäre es für die Bundesrepublik, wenn die bundesdeutschen prozionistischen Politiker sich die Auffassung des französischen Staatspräsidenten zu eigen machen würden). Wie wäre es, wenn Bonn sich die Worte Ben Gurions zu eigen machen würde?

Am 20. Febr. 1965 sagte er bei einem Interview mit einem DPA Reporter: "... es ist durchaus falsch Furcht zu haben. (West) Deutschland sollte keine Furcht vor Nasser, aber auch keine Furcht vor Israel haben!"

Israelologen belieben neuerdings nach alter Masche jene Regierungen, die nicht die israelische Politik billigen, des Antisemitismus zu bezichtigen. Dieser Logik

zufolge, ist der Israelstaat der antisemitistischste in der Welt, da alle seine Gefängnisse mit Juden zum Bersten voll sind wie in keinem anderen Staat.

Prozionismus ist nicht Philosemitismus, wenn auch Prozionisten der Überzeugung sein sollten. Darüber hinaus ist Philosemitismus nicht weniger schädlich als Antisemitismus. Daher ist Prozionismus, gewollt oder ungewollt, Antisemitismus. Der Kardinallehrsatz des Zionismus ist »heim ins Reich«. Wenn irgend ein Nichtjude sich diesen prozionistischen Satz zu eigen macht, dann heißt es doch deutlich und klar, daß er die Juden um sich nach Jerusalem wünscht. Jene, die sich diesem zionistischem Nimbus anschließen, schließen sich damit unweigerlich ver völkerverhetzenden und friedensstörenden Rassenungleichheit an, das zugleich auch Rassenbekämpfung heißt. Wer diese zionistischen Belange unterstützt, unterstützt einen neuen, von Zionisten gewollten Antisemitismus. Und so ein Antisemitismus kann sich in Zukunft genau so verheerend auswirken, wie der Antisemitismus vor einem Vierteljahrhundert im Dritten Reich. Daher ist jeder Prozionist und Anhänger und Propagandist des jüdischen Rassismus der potentielle Auschwitz-Architekt von Morgen.

Die Bundesdeutschen nichtjüdischen Zionisten befinden sich mit ihrem Prozionismus in einer ehrenwerten Gesellschaft. Der Eigentümer, Herausgeber und Chefredakteur des »Stürmer« Julius Streicher war auch ein Zionist. Bei einem seiner Plädoyes im Nürnberger Prozess erklärte er:

"Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger der Idee von Theodor Herzl, ich bin Zionist, ich war der Ansicht, daß den Juden nicht nur Palästina, sondern auch Syrien und Transjordanien übergeben werden muß. Man hat mich falsch verstanden."

Hoffentlich wird Bonn richtig verstanden!

Auch Benito Mussolini war ein Zionist! Das erklärte er im Jahre 1936 in einer Unterredung mit Dr. Goldmann: "Ich bin ein Zionist. Ich habe es Dr. Weizmann gesagt".

Die Balfour-Dekleration wurde vom britischen auswärtigen Amt wie schon erwähnt am 2. Nov. 1917 an die Adresse des bekannten jüdisch-britischen Finanzmagnaten Lord Rothschild adressiert. Mit dieser Demonstration allein schon wollte die englische Regierung durch ihren Brief zum Ausdruck bringen, daß sie dem Ganzen keine besondere politische Bedeutung zumaß, sondern ein national-philantropische Angelegenheit darin sah. Ansonsten würde sie dieses Schreiben an eine kompetente zionistische Persönlichkeit gerichtet haben. Der Inhalt des Briefes lautet: "Es ist mir ein großes Vergnügen, Ihnen namens seiner Majestätsregierung die folgende Sympathieerklärung mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen zu übermitteln, die dem Kabinett unterbreitet und von ihm gebilligt worden sind:

Seine Majestätsregierung betrachtete die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Errichtung dieses Zieles zu erleichtern. Klarheit soll darüber herrschen, daß nichts unternommen werde, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen

Lande beeinträchtigen könnte. Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Föderation zu bringen". gez. Arthur James Balfour.

Schon einige Tage nach Publikwerden dieses geschichtlichen Schreibens erklärte der 43 jährig und trotzdem jugendlich und voller revolutionären Elans wirkende Weizmann, daß Palästina »genauso jüdisch werden wird, wie England englisch ist«. Und seit diesem Tage wurde diese Vereinbarung des letzten Absatzes, nicht nur zum Leidwesen des Diasporajudentums, mit Füssen getreten. Am anschaulichsten werden diese Rassentheorien in die Praxis umgesetzt, seit der Israelstaat existiert. Und wenn er nicht so grausam ausartet, wie eine ähnliche Ideologie vor nicht allzulanger Zeit in Deutschland, so nicht aus Tugend, sondern aus Mangel an Bewegungsmöglichkeiten und Rentabilität. Ansonsten würde man auch in der Negevwüste, »Auschwitze« errichten. Mit dieser geistig-politischen Erneuerung zieht Israel an der Schwelle des 21. Jahrhunderts mit »aus Zion kommt die Lehre« ein.
Zionisten sorgten für den Antisemitismus viel früher, als in Deutschland der Nationalsozialismus kam. Sie lieferten den verschiedenen antisemitistischen Führern antijüdische Parolen frei ins Haus. Einer dieser unglaublichen und makabren Losungen leistete sich der anerkannteste Führer des polnischen Zionismus und spätere erste Innenminister des Staates Israel, der heute noch lebende, etwa 90jährige Dr. Grünbaum, 1928 vor der internationalen Presse in Warschau unter anderem: "Die Juden verpesten die Luft in Polen". Und bei anderen ähnlichen Eskapaden konnte sogar der Nürnberger »Stürmer« mit Lob nicht geizen und meinte: "Der Jude Grinbaum ist wirklich ein anständiger Jude". Wir lassen es dahingestellt, ob dieses Lob ihm Freude bereitete. Aber die geschichtliche Tatsache läßt sich nun einmal nicht wegretuschieren. Auch läßt sich nicht ungeschehen machen, daß sie sich negativ verhielten, als später die Hitlers und Himmlers vor Schluß des zweiten Weltkrieges im Kampfe um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes die Juden in ihrem Machtbereich als Staatsfeinde betrachteten und ihnen hart zusetzten. Dies war verständlich durch mehrmalige Kriegserklärungen seitens höchster Zionführer im Namen des Weltjudentums, soweit es in ihren Machtbereich geriet. Sie verfolgten weiterhin, obwohl sie genauestens informiert waren, was in Auschwitz oder anderswo vor sich ging, eiskalt ihre zionistischen Ziele, einen Zionstaat zu errichten, obgleich der bekannte Religionsphilosoph und Prozionist Martin Buber im Frühjahr 1944 zum Thema Auschwitz in Jerusalem eine Anklageschrift veröffentlicht hatte. Er verurteilte aufs schärfste die Führer der zionistischen Bewegungen, die aufs genaueste unterrichtet wurden, was auf den Vernichtungsschauplätzen vor sich ging. Sie ließen aber die Berichte heimlich in ihren Schubläden verschwinden und gingen zur Tagesordnung über. Für den humanen Buber war es unverständlich, daß die einzelnen Führer die Ereignisse in Europa für ihre verschiedenen Parteizwecke sich zunutze machten. "Es gibt Parteien, die eine kochende Volksseele brauchen, um ihren Sud zu sieden. Ihre beste Chance, und manchmal ihre einzige, ist die Radikalisierung der Situation: Sie sind bereit, diese Chance, auch die Rettung (von Menschenleben) zu opfern" . . . schrieb er. "Und hier erst geschieht wirklich das Entsetzliche: Die Ausnutzung unserer Katastrophe! Was

hierbei bestimmt ist nicht mehr der Wille zur Rettung, sondern der Wille zur Ausnutzung". Dieser eine Ausdruck aus der anprangernden Anklageschrift Bubers beweist auch, daß er den richtigen Zionismus nie begriffen hat. Obwohl Zionist konnte er sich nicht vorstellen, daß Zionisten so kannibalisch sein können, wie diese es eben in der grausamsten Zeit des jüdischen Volkes in den letzten Jahrhunderten bewiesen haben. Daß diese Ereignisse dem Weltzionismus gelegen kamen, ist die Tatsache, daß es zu einem Zionstaat kam, und daß das Verhalten der zionistischen Führer der jüdisch-europäischen Katastrophe gegenüber auf keinen Fall eine politisch-menschliche Entgleisung sondern eine taktische Einstellung ist, die schon viel früher gelehrt worden und die dem grünen Tisch-Zionisten Martin Buber entgangen war. Daher seine menschliche Enttäuschung. Wir haben das bereits kennengelernt mit dem Zitat: "Wenn es zu einer Kollision zwischen den Interessen des Judentums und dem jüdischen Staat kommen sollte, dann würde das Judentum geopfert werden". So wurden eben die »6 Millionen« Juden in Europa geopfert. Und daß die Radikalität den Zionisten gedient hatte, ist in der Tatsache zu sehen, daß der Zionstaat entstehen konnte. Der Religionsphilosoph Martin Buber war viel zu viel mit der Erforschung des Chassidismus beschäftigt und hat daher wohl keine Zeit gehabt, die Kampfliteratur seiner zionistischen Bewegung im früheren Deutschland zu studieren. Hätte er es getan, wäre ihm so manche Enttäuschung erspart geblieben. Denn schon in der Nr. 7, 1918 brachte die »jüdische Rundschau«, das Zentralorgan der zionistischen Bewegung, die zweimal wöchentlich erschien und 1896 als Folge der Herzl'schen Anstrengung den ersten zionistischen Weltkongress eröffnen zu können in Berlin gegründet wurde, unter anderem: ". . .in jahrelanger, zielbewußter Arbeit, die Erfolge vorzubereiten, die die Situation des Krieges zu flicken gestattet". In verständlicher Sprache heißt dies doch, daß die während des zweiten Weltkrieges ermordeten »6 Millionen« Juden die »Situation« schufen, daß die Zionisten aus ihrer »zielbewußten Arbeit« den Israelstaat »flickten«. Es mag wohl in diesem Zusammenhang eine Anekdote nicht passend sein, eine Anekdote sagt aber oft mehr, als ein philosophischer Lehrsatz. So gesehen müßten die Zionisten eigentlich in Jerusalem eine Monumentalstatue Hitlers errichten und nicht die des Dr. Theodor Herzl. Die Ausnützung der Radikalität für Parteizwecke und nicht die Rettung der Menschen, wie Prof. Buber richtig bemerkte, kristallisierte sich später heraus in der Unmünzung »6 Millionen« ermordeter Juden in Reparationszahlungen an Israel.
"Errette" heißt es im Buch der Sprüche 24,11: -"die zum Tode geschleppt werden und die zur Würgung hinwanken . . . " Die von Martin Buber Angeprangerten rührten keinen Finger im kalten Wasser um auch nur einen ihrer »Brüder und Schwestern« zu retten Sie sind alle durch die Bank Mördertypen. Rabbi Akiba sagt in T.Tr.Nedarim 40,a:
"Wer sich weigert einen Kranken beizustehen, wird als ein Mörder betrachtet".
Die jüdischen Auschwitzinsassen waren physisch und seelisch krank. Die Zion-Atamane verweigerten bewußt dem erkrankten europäischem Volk ihre Hilfe, nachdem sie zur errichtung der K.Z. beigetragen hatten und die Regime als Vorexerzierung zionistischen Lebens betrachteten. Auf die Dauer wird dies der talentierteste Zionmaler nicht mehr überpinseln können. Wie der spätere, bereits

erwähnte Eichmann-Prozeß, der wiederum mit Milliarden DM aufgewogen werden konnte. Wenn diese Beweise noch nicht genügen, daß Himmler und Auschwitz eine Sternstunde für den Zionismus darstellte, was dann?
Diese enorme wirtschaftliche wie auch politische Hilfe, die die Bundesrepublik Deutschland an Israel leistet, hat nicht die gewünschten Erfolge. Weder für den Gebenden noch für den Nehmenden. Der Geber verfiel der illusorischen Überzeugung, mit der bedingungslosen Unterstützung, die er dem aggressiven Zionstaat Israel angedeihen läßt, würde er sich dadurch ein »Vergeben und Vergessen« einhandeln. Die Nehmenden dagegen erst recht, ess- und trinksüchtig geworden, verlangen immer mehr und mehr, da sie zu einem Faß ohne Boden geworden sind. Der einzige Bonner Minister, der den Mut aufbrachte die Interessen seines Landes zu vertreten, war der Finanzminister Dr. Fritz Schäffer. Goldmann versuchte ihn mit einer Rothschild-Anekdote gelaunter zu stimmen. Ein Schnorrer deutete dem Finanzmagnaten ein aram. hebr. Wort, das in mehreren Variationen zu gebrauchen ist. Nach jeder Erklärung trug der Schnorrer ein neues Anliegen vor. Als er dann noch einmal dieses »Zauberwort« vortrug fragte ihn Rothschild erstaunt, was dies jetzt bedeute; war die Replik des Schnorrers "Gebt mehr, Herr Amschel". (Der Name bezieht sich auf den Gründer der Rothschild-Dynastie, der von 1743-1812 in Frankfurt a.M. lebte).
Die Forderung des zionistischen Schnorrers »gib noch mehr« wird Bonn noch viele Generationen zu hören bekommen. Der Zionstaat, in einer unglücklichen Region in Tränen und Blut geboren, wird nie zu einer gedeihlichen Friedensära kommen, wie dies auch vor vier - fünf- und mehrtausenden Jahren der Fall war. Um die geschichtliche Chance, die Bundesrepublik als den dukatenproduzierenden Esel für Israel sich nicht entgehen zu lassen, würde daher Israel alles versuchen, eine Lockerung oder gar eine Loslösung der Bundesrepublik von Israel nicht zuzulassen. Wurden sie doch reichlich von den verschiedenen»christlichen Politiker«, die in Bonn in den letzten zwanzig Jahren regierten, verwöhnt. Als bei den letzten Bundespräsidentenwahlen in Berlin auch für Jerusalem unvorhergesehen der SPD-Kandidat in das höchste Amt des Staates gewählt wurde, wurden sie hellhörig. Besorgt wurden sie, als sie erfuhren (haben sie doch Informanten in den höchsten Kreisen aller Bonner Parteien), daß sich ein Regimewechsel in Bonn anbahne. Daher unternahmen sie, was sie für richtig hielten, diesem Ereignis einen Riegel vorzuschieben.
Als die Bundestagswahlen in vollem Gange waren, durfte sich der israelische Gesandte in Bonn erlauben, was seit der Existenz der Bundesrepublik sich noch kein ausländischer akreditierter Diplomat je leistete: am rein innerdeutschen Wahlkampf teilzunehmen. In München empfahl er den altbewährten Zionfreund, den CSU-Führer Franz Josef Strauß zu wählen. Einem anderen Kanidaten der CSU-Partei war es sogar gestattet, in seiner Wahlzeitung das Konterfei des mächtigsten Politikers in Bonn, Ascher Ben Nathan, zu bringen mit der Bemerkung, »daß dieser ihn den Wählern anempfehle«. Da Herr Nathan mit seiner neuen NPD-Erklärung, »Die Angelegenheit sei ein innerdeutsches Problem«, neue Konturen abzeichnete, machte sich der Versuch bemerkbar, jene zionfreundlichen Richtungen, die Israel schon längst als Transparent benützt,

unter einem prozionistischen Banner zu vereinigen. Daher war es schon längst fällig, daß der offizielle Israelvertreter, zum Leidwesen der Bundesdeutschen Zionisten, die NPD gekaschert (von koscher-recht-tauglich) hatte. So wurde auch dem Führer der »neonazistischen und antisemitistischen« Partei der Weg geebnet, salonfähig zu sein. Denn umgehend gaben der noch amtierende Bundeskanzler K.G. Kiesinger und Bundestagspräsident v. Hassel, NPD-freundliche Erklärungen ab. Darüberhinaus wurden von Thadden Verbindungen mit den britischen Massenmedien und sogar mit einer in Israel erscheinenden hebräischen Zeitung verschafft. Es soll versucht worden sein, eine zionfreundliche Koalitionsregierung unter Führung von Franz Josef Strauß ans Ruder zu bringen. Dieser sollte Jerusalems Pontius Pilatus in Bonn sein. Zum Leidwesen der Zion-Israelologen war ihnen in der Bundesrepublik mit diesem Vorhaben Fortuna nicht zur Seite. Das hieß aber nicht, daß die vorskizzierten Pläne der Zionologen durch den gesamten Wechsel Israels in Bonn ad akta gelegt wurden. Es heißt, daß es Herrn Ben Nathan gelang, vor seiner Rückkehr nach Jerusalem mit der »neonazistischen« und »antsemitischen« Zeitung einen zionistischen Schalom zu vereinbaren. Dies soll verursacht haben, daß der kulturpolitische Berater dieser Zeitung, der international bekannte Mosche Menuhin, Vater des Geigenvirtuosen Yehudi Menuhin, seine Mitarbeit aufgekündigt hat. Herausgeber und Chefredakteur obiger Zeitung soll zu Beginn der 60ger Jahre mit dem Herausgeber und Chefredakteur der »Allgemeinen unabhängigen jüdische Wochenzeitung« Karl Marx ein Agreement getroffen haben. Nach dem Tod von Karl Marx, wurde die Zeitung von den neuen Machthabern mit einem großen Zionsstern versehen und das Wort »unabhängig« verschwand genauso wie die Vereinbarung, gegenseitige Angriffe zu unterlassen.

Mit dem Ereignis in der Bundesrepublik beschäftigte sich daher Israel mehr als so mancher ausländische Staat, denn, wie bereits angedeutet, ist die Bundesrepublik für Israel der Kardinallebensnerv. So brachte die in Tel Aviv erscheinende Abendzeitung »Maariv« bereits im Oktober 1969 zum Ausdruck, daß Jerusalem ein Exnazi als Bonner Kanzler lieber sei, als ein ehemaliger antinazistischer Emigrant. Und so ist unter anderem zu lesen: "Regimewechsel aus Überdruß. Nach 20 Jahren an der Macht gingen die Christ-Demokraten in Westdeutschland in die Opposition und im Laufe dieser Woche wird die neue Regierung gebildet werden - auf der Grundlage einer Koalition der Sozialdemokraten und Freien Demokraten". Und weiter ist zu lesen: "Gut oder schlecht für Israel" (Überschrift). Selbstverständlich gibt es die ewige Frage, ob der bevorstehende Wechsel in Bonn zum Nutzen oder zum Schaden Israels sein wird. Allein die Tatsache, daß diese Frage aufgeworfen werden kann, wenn der Exnazi Kurt Kiesinger durch den einstigen antinazistischen Flüchtling Willy Brandt ersetzt wird, ist ein nützlicher Hinweis darauf, daß es eine seltsame chemische Substanz gibt, die, mit anderen sogar sehr stabilen Substanzen in Verbindung gebracht, viele ihrer Eigenschaften verändern kann. Was auch immer Kiesingers Vergangenheit gewesen sein mag, fest steht die Tatsache, daß seine Regierung mit den Zielen Israels stark sympathisiert hat und daß ihre Handlungen in den letzten schweren und ereignisreichen Jahren dies unter Beweis gestellt hat. Und nach einigen dozierten Meinungen hat es eine besondere Bewandtnis, wie der Star-

korrespondent dieser Zeitung speziell aus den USA nach der Bundesrepublik beordert wurde und nicht die in Bonn akkreditierte, aggressive Zionistin Deutschkron. Erst recht, wenn wir wissen, daß jeder israelische Patriot, der sich im Ausland befindet, mit einer besonderen Mission beauftragt ist.

Im Maariv-Artikel, der von Philipp Ben gezeichnet ist, erlaubt sich dieser, die neuen Bonner Regierungsinhaber zu belehren, indem er in seinem Schlußsatz sagt: "Wenn aber die neue Bonner Koalition die deutschen Belange schlecht vertritt und eine Rezession verursacht würde, und wenn politische Rückschläge hinzukommen, so ist durchaus möglich, daß ein Prozeß der Neubelebung nationalistischer Gefühle mehr oder weniger dem einstigen Nazitum ähnlich eintritt. Dieser Prozeß kann auch ohne Hilfe alter Exnazis, die heute für wichtige Posten zu alt sind, entstehen." Bei dem hier Zitierten soll man richtig zwischen den Zeilen lesen und die an Bonn gerichtete Drohung herausfinden.
In gut informierten Kreisen wird verlautet, daß Angehörige der CIA und Mossad an einem Putschplan brauen. Bei passender Gelegenheit soll die Bonner Regierung, Brandt - Scheel, von ihren Regierungspflichten »sanft« entbunden und eine Regierung der Existen eingesetzt werden.
Ein Triumvirat bestehend aus Exvizekanzler Erich Mende, Exverteidigungs- und Finanzminister Franz Josef Strauß und Exgeneral Moll sollen die BRD vor ihrem »Untergang« bewahren, indem sie eine Kontaktaufnahme mit Ostblock- und Araber-Staaten verhindern wird. Insbesondere scheint Herr Erich Mende für die ihm zugedachte Aufgabe distinguiert zu sein. Mit seiner Zugehörigkeit zur IOS-Gesellschaft bewies er seine demokratische Gesinnung und Treue zum Fußvolk. Er half kräftig mit, X-Tausende Vermögensbildungssparer durch die in den letzten Monaten anhaltenden katastrophalen Niedergänge der »Wertpapiere« obiger Gesellschaft den ehrlich- und schwer arbeitenden um sein Geld zu bringen.
Wie sagte der Begründer des rabbinischen Judentums,Rabbi Akiba: "alles schon mal dagewesen".
(Als F.J. Strauß von diesem makabren Plan informiert worden war, reagierte er skeptisch). Um diesen wichtigen Komplex besser zu verstehen, sei es gestattet, etwas weiter auszuholen.
Bis zur Formierung der BRD hatte jede Zone die deutsche Partei, die der Militärregierung genehm war, was sich einige Jahre nach Bestehen der BRD radikal änderte. Als man alles soweit vorbereitet hatte, daß Washington die alleinige Führung in der BRD übernehmen konnte, wurde alle zwischen Truman, Stalin und Churchill getroffenen Vereinbarungen am 2.8.1945 in Potsdam nach Wallstreet-Art zerfetzt. Washington bereitete mit Einverständnis Paris und London die endgültige Volks- und Territorial-Teilung vor. Da dieses Unternehmen ohne kräftige Mithilfe Bonns nicht gelingen konnte, schickte Washington einen zionfreundlichen Vertrauensmann der Wallstreet als Hochkommisär nach Bonn. Dieser Mann hieß John Mc Cloy und war »zufällig« mit dem ersten bundesdeutschen Kanzler Dr. Konrad Adenauer verschwägert. Nur so konnte man die BRD als Giftpfeil gegen Moskau gerichtet aufbauen und Adenauer war ein wiederspruchsloser Mit-Architekt dieses BRD-Wallstreet-Staates. Um auch die Sympathien des Fußvolkes zu gewinnen, wurden Möglichkeiten geschaffen,

die Nachkriegswehen großzügig zu glätten. Man konnte fast alles, was zum täglichen Gebrauch notwendig war, bekommen, vor allen Dingen Brot, und da man in Hungerjahren bekanntlich von Brot allein leben kann, war man damit zufrieden und jeder Funke von Patriotismus erlosch. Die einzigen die dagegen anrempelten waren die KPD und die SPD. Der national und patriotisch gesonnene damalige Führer der SPD Dr. Kurt Schumacher verstand sehr wohl, was Adenauer hier für ein Anti-Volks- und Staatsschauspiel unterstützte und donnerte mit Emotion, die einmaligen bereits historisch gewordenen Protestworte in den Bundestagsaal: "Kanzler der Alliierten" und "Wer diesen Vertrag unterschreibt, hört auf ein Deutscher zu sein". Der Bonner Staatsvertrag mit den Alliierten wurde unterzeichnet und die Spaltung Deutschlands damit für viele Generationen besiegelt. Dieser patetischer Zornesausbruch von Dr. Schumacher wurde in Washington mit großem Ärger registriert. Auch fanden sich die SPD-Spitzen mit der gegebenen Situation nicht zurecht und ihre gestellten Prognosen konnten sich alle nicht erfüllen. U.a.m. die, daß nicht Adenauer, sondern der langjährige KZ-Häftling Schumacher Bundeskanzler werden sollte, und so mußte sich die SPD nolens volens an die Oppositionsrolle gewöhnen. Nach dem Hinscheiden Kurt Schumachers übernahm sein Stellvertreter Erich Ollenhauer die Führung der SPD und setzte getreu seinem Vorgänger die Anti-Adenauerpolitik, was zugleich Anti-USA-Politik heißt, fort. Dies wiederum führte zu Stimmenverlusten bei einigen Bundestagswahlen, denn das Fußvolk stellte Adenauer gleich mit den USA, was wiederum Wohlstand bedeutete. Und den Wohlstand wollte keiner aufs Spiel setzen. Als Ollenhauer von der Bonner Politik Abschied nahm, ging mit ihm auch der letzte eingeschworene alte Haudegen gegen die USA-Politik. In Washington wurde inzwischen ein Tapetenwechsel vorgenommen und man versuchte, mit der Hasardpolitik bis zum »Rande des Abgrunds« Schluß zu machen und das hieß, mit Moskau ein Einverständnis erzielen. Diese Tatsache erleichterte den Spitzenmanagern der SPD ihre bisher regierende adenauerische Aussenpolitik zu revidieren.
Fritz Erler und Herbert Wehner, die die Kandare in ihrer Partei fest in ihren Händen hielten, beschlossen es zu wagen und als dritter im Bunde wurde der Berliner OB Willy Brandt hinzugezogen. Letzterer sollte auch bei den herannahenden Bundestagswahlen als Kanzlerkandidat in Erscheinung treten. Öffentlich erklärten Erler wie Wehner, daß sie die Außenpolitik Adenauer unterstützen wollen. Adenauer akzeptierte dieses Angebot schmunzelnd, während man in Washington skeptisch reagierte, obwohl Brandt als Berliner OB die Herren des Weißen Hauses persönlich kannte. Um ihrem Vorhaben Potenz zu verleihen, mußte man einen Purzelbaum machen und mit einer Wendung um 180 Grad, die SPD von einer »Arbeiterpartei« in eine Volkspartei umstrukturieren. Die Erlers und Wehners wollten ihre Hühneraugen vom langen Sitzen auf der Oppositionsbank loswerden und versuchten durch Anschlußmöglichkeiten an die Regierungsmacht heranzukommen.
In vielen wichtigen internen Entscheidungen ging die SPD Hand in Hand mit der Regierung. So z.B. wenn es nach Bonner demokratischer Art darum ging, politische Gegner mundtot zu machen bzw. durch Prozentklauseln oder Parteiverbot auszuschalten, wie es mit Rechts- und Linksparteien der Fall war. Ihre

Kalkulation war, daß die Anhänger der Rechtsparteien der »Christlichen« und die der Linksparteien der SPD zu fallen würden und man befürchtete auch, daß durch die Verwässerung der SPD viele Anhänger zur KPD abspringen würden. Mit dem Verbot der KPD war diese berechtigte Sorge gebannt.
Obwohl aus den SPD-Paulussen Washingtoner Saulusse geworden sind, erreichte der SPD Bundeskanzlerkandidat Willy Brandt nicht die erforderlichen Stimmen, denn die Wählermassen befolgten den schlauen adenauerischen Trick »Keine Experimente«!
Am 22.2.1967 verstarb Fritz Erler und Wehner blieb der alleinige Motor seiner Partei. Zielstrebig und verbissen tat er alles, um seine Partei auch einmal in den Genuß von Ministersesseln kommen zu lassen. Einige Jahre vorher, als zur Debatte stand, die SPD in eine Massenpartei umzuwandeln und die Washingtoner Politik zu unterstützen, versuchte man herauszufinden, wie man das Wohlwollen des Weißen Hauses erreichen könnte. Man schickte einen vielversprechenden jungen intelligenten Abgeordneten aus dem Kreise um Dr. Heinemann nach Washington. Der »Auskundschafter« erhielt die Gelegenheit, ausführlich mit dem Havard-Professor Henry Kissinger, der damals schon die Außenpolitik seines Landes beeinflußte, spezifische Fragen zwischen USA und SPD zu erörtern. Die Replik des Professors war, daß im Falle eines Wahlsieges der SPD ihr Kanzlerkandidat nach dem Winde Wehners segeln müsse und das wollte Washington nicht zulassen, denn Wehner war für sie kein Gesprächspartner. Als Wehner davon erfuhr, ließ er sich nicht davon abbringen, seine Partei regierungsfähig zu machen. Mit dem CSU-Baron von und zu Guttenberg verhandelte er geheim mit der Zustimmung Adenauers ohne Wissen seines Parteichefs F.J. Strauß über die Möglichkeit einer Koalition SPD-CDU-CSU. Es ging dabei auch um die "Zünglein an der Waage" Partei FDP, die Primadonnaallüren annahm und den Christdemokraten mit ihrer Unfalltaktik auf die Nerven ging.
Die Annäherung zwischen Kennedy und Chruschtschew zwang die Giftpfeil-Schützen in der BRD gegen die SU zum Umdenken, der DDR gegenüber aber wollte ihr Geschrei nicht verstummen und so wurde am 1. August 1961 mit Einwilligung des Hauptmieters im Weißen Haus der Bau der Berliner Schutzmauer begonnen. Dies trug mit dazu bei, daß es bei den Kontrahenten SPD und »Christliche« Parteien zu einer Annäherung gekommen ist. Die letzteren haben zwar an Wert für Washington verloren, die Ersteren aber noch nicht gewonnen und so wollte man das Washingtoner Mißtrauen der SPD gegenüber durch eine Koalitionsregierung unter der Kanzlerschaft Kurt Georg Kiesingers beschwichtigen. Während Washington mit Zurückhaltung reagierte, gab Jerusalem, das seit dem 21. Mai 1952 fest in der Bonner Außenpolitik mitmischte, seine wohlwollende Zustimmung.
Auf Anraten des »Adenauerfreunds« Goldmann beugte sich der Bonner Kanzler einem Jerusalemer Diktat und verlas ein von Goldmann verfaßtes Schreiben im Bundestag, damit es vor aller Welt publik wurde: "Daß die Bundesregierung die Forderung der israelischen Regierung, die 3,5 Milliarden Reparationszahlungen verlangt, akzeptierte." Seit dieser denkwürdigen Stunde ist Israel und seine 5. Kolonne in Bonn und in der BRD zu Hause. Da der Exnazi Kiesinger, wie

Goldmann bestätigte, jede »Bitte« Jerusalems erfüllte, war man mit seiner Kanzlerschaft zufrieden und das Weiße Haus gewöhnte sich auch an ihn. Als in Jerusalem ruchbar wurde, daß die Wehnerianer Kiesinger verlassen wollten und eine Koalition mit der FDP im Visir hatten, nahm sich der Vertreter Israels in Bonn das Recht, in Bayern für seinen »Freund« F.J. Strauß Wahlpropaganda zu machen. Wie bereits erwähnt setzte er durch, daß die NPD, von der 5. Kolonne als »Neonazis« und »antisemitisch« verschrieen, gekaschert (gereinigt, genießbar gemacht) wurde, um einen Wahlsieg der SPD zu verhindern. Asher Ben Nathan, um den es sich hier handelt, war angeblich Sozialdemokrat, aber es ging ja hier um die Interessen Israels, für die eine Sozial-liberale Koalition ein zu großes Experiment bedeutet hätte. Wie bereits angeführt, plädierten maßgebende israelische Presseorgane, für das Verbleiben des Exnazi Kiesingers statt einer Regierung des Exilisten Brandt, der mit ihnen zusammen Mitglied einer Sozialistischen Internationale ist. Sie witterten Gefahr, daß Brandt Bonn nicht mehr als die von Israel zu melkende Kuh betrachten könnte, was Israel den lebenswichtigen Odem vergiften würde. Einige beherzte Mossad-und CIA-Leute kamen überein, daß man gegen die Brandt-Scheelregierung etwas unternehmen müsse. Etwas Unreparables, um sie aus dem Sattel zu heben. Unter dem Aspekt, ist der Brand vom 13. Februar 1970 im Altersheim der israelischen Kultusgemeinde in der Münchner Reichenbachstr. zu sehen.
Wer die Ereignisse des Februarmonats in der Bundesrepublik nicht in Vergessenheit geraten läßt, insbesondere das grausame Feuerattentat in der Reichenbachstrasse in München, soll bitte solange den Schlußsatz der Ben'schen Bemerkung zwischen den Zeilen lesen, bis er einen Zusammenhang findet. Denn ein Zusammenhang ist vorhanden. Den neuen Bonner Herren mußte man das regieren so bitter wie nur möglich machen. Eine Lawine von legalen und illegalen Ereignissen sollen dazu unternommen werden. Es galt, mit allen nur möglichen Mitteln, die Ankündigung der Bundesregierung, sie wünsche mit allen Ostblockstaaten freundschaftliche und nachbarliche Beziehungen und mit den arabischen Staaten ein Modus vivendi, zu verhindern. Dieses Positivum für die Bundesrepublik und für das bundesdeutsche Volk müßte sich nach Lage der Dinge für Israel als Negativum auswirken. Sogar aus diesem einzigen Standpunkt, daß die Regierungen der Ost-Staaten die aggressive israelische Politik, die sogar mehrmals die höchste Instanz der UNO verurteilte, nicht mitmachen und antizionistisch eingestellt sind. Diese Regierungen wissen den Unterschied zwischen Zionismus und Judentum sehr wohl, was man von den Regierungen der westlichen Welt leider nicht behaupten kann. So soll das neue Bonn unter Druck gesetzt werden. Daher erschien Ende November 1969 der Generalsekretär der alleinherrschenden israelischen Gewerkschaft »Histadrut«, Herr Aharon Becker in Bonn. Er »beauftragte« nicht nur seinen »Kollegen« des DGB Vetter bei seiner Reise nach Moskau dort israelische Belange vorzutragen. Nämlich, die Kreml »Antisemiten« sollen jene Juden, die danach lechzen, nach Israel zu ziehen, ausreisen lassen. Der Repräsentant des DGB, Vetter, machte sich die »echten gewerkschaftlichen Anliegen« Israels zu eigen. Denn die Hauptsorge des bundesdeutschen organisierten Arbeiters ist es ja, den sowjetischen Juden behilflich zu sein, ins gelobte Land der Väter reisen zu können. Der Gewerkschaftler Becker

erhielt auch die Möglichkeit, mit dem neuen Bundeskanzler und mit dem Generalsekretär der SPD Wischnewski zu »verhandeln«. Man darf annehmen, daß Letzterer dem Besucher bestimmt nicht vorenthalten hat, daß von Seiten offizieller Zionisten gegen ihn eine miese Kampagne in Bewegung gesetzt wurde. Er wird als »Ben Wisch«, der Araberfreund, tituliert.
Becker soll auch dem Bundeskanzler die Besorgnis seiner Untertanen über die »echte« gewerkschaftliche Frage der bundesdeutschen Neutralität im Nahost-Konflikt zum Ausdruck gebracht haben, die Bonn in ihrer ersten Regierungserklärung der Weltöffentlichkeit bekannt machte mit den Hinweis, daß sie den Beschluß der Vereinigten Nationen vom 22.11.1967 voll und ganz akzeptiere. Und dieser Entschluß bringt bekanntlich eine Verurteilung Israels und fordert Jerusalem auf, bedingungslos alles wieder so herzustellen, wie es vor dem 6. Juni 1967 war.

Die israelisch-deutschen Beziehungen sollten sich erst recht nach dem Besuch des israelischen Außenministers in Washington zuspitzen, da Nixon, wie kein anderer Herr des Weißen Hauses, eine freiere zionistische israelische Politik entfalten kann. Die zion-israelische Politik artete an und für sich in dem letzten Jahrzehnt antiamerikanisch aus. Die anderen amerikanischen Präsidenten fielen auf zionistische Wählerverkaufsschwindel herein, indem sie glaubten, die USA-Zionistenführer verfügten wirklich über die jüdischen Wählermassen dieses Landes. Auch diese Demagogie der USA-Zionistenführer kam bei der letzten Präsidentenwahl in USA ans Tageslicht. Die Zion-Führer gaben bei den letzten Präsidentschaftswahlen die Parole aus, die jüdischen Wähler sollen Richard Nixon deshalb nicht ihre Stimme geben, weil dieser vor der Wahl sich weigerte, proisraelische Erklärungen abzugeben. Daß diese Aufforderung der zionistischen Führer in überwiegender und imposanter Art nicht befolgt wurde, bewies die Tatsache, daß Nixon im »USA-Palästina« überwiegend jüdische Stimmen erhalten hat, wie schon erwähnt. War doch Jerusalem voller Sorge, daß die Nixon-Administration nicht ihre Wünsche so erfülle, wie die vorhergehende. Die Aufgabe Abba Ebans war daher in Washington, so manches Verbogene für Israel geradezubiegen. Daß ihm das auf der ganzen Linie mißlang, wußte auch das bereits zitierte Massenblatt »Maariv« bekannt zu geben. Ihr Starkorrespondent in der USA, der bereits erwähnte Philipp Ben, weiß in der Ausgabe vom 18./19. Dezember 1969 unter anderem zu telegraphieren: "Rogers riet Israel zu einer Überzeugungskampagne in den europäischen Ländern".
"Israel muß besondere Anstrengungen machen, um seine Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern zu verbessern und sie zu überzeugen, daß sie Israels Stärke unterstützen - dies ist der endgültige Rat, den Herr Außenminister Abba Eban vom amerikanischen William Rogers bei seiner dieswöchigen Begegnung in Washington erhalten hat.

Israelische Offizielle erkennen die Tatsache, daß in den letzten Monaten einige westeuropäische Länder versucht haben, allzustarke Bindungen mit Israel zu vermeiden. Es ist den israelischen Kompetenten klar, daß die Notwendigkeit diese Tendenz der westeuropäischen Staaten zu ändern, von grosser Wichtigkeit und Dringlichkeit ist.

Der Ratschlag des Mr. Rogers beweist wahrscheinlich auch, daß die Organe der amerikanischen Politik sich nicht ganz wohlfühlen angesichts des Eindrucks, der in der Welt in Bezug auf die besonderen Bindungen zwischen der USA und Israel besteht".
Wie in den vorherigen Ben'schen Zietierungen sei es angebracht, die Bitte zu äußern, daß auch hier mit Sorgfalt auf »zwischen den Zeilen« der gebrachten Zitate zu achten ist.
Man wird dann ohne weiteres feststellen können, daß die USA ihre schwere Last Israel auf die Bundesrepublik abzuwälzen gewillt sind. Und wenn von westeuropäischen Ländern die Rede ist, so kann nur die Bundesrepublik gemeint sein. Und wenn es heißt, die westeuropäischen Länder zu überzeugen, dann ist die israelische Pädagogik allzugut bekannt. Kniebeugen und Bitten waren nie die Stärke israelischer Politik. Um am allerwenigsten wird ein zionistisch-israelischer Politiker so je in Bonn erscheinen. Denn wozu auch. Er ist doch im Besitze so mächtiger Waffen wie »6 Millionen« ermordeter Juden, »Neonazismus«, »Antisemitismus«, umgeworfenen Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen, nicht explodierende Bomben in Garderoben jüdischer Kultusgemeinden und Brände in israelischen Altersheimen. So war es ganz und gar nicht überraschend, wenn am Neujahrstage 1970 den bundesdeutschen Fernseh- und Rundfunk-Hörern und -Sehern die Meldung bekannt gegeben wurde, der israelische Außenminister hege die Absicht, die Bundesrepublik zu besuchen und warte auf eine diesbezügliche Einladung. Auch dies ein Novum, in den internationalen diplomatischen Gepflogenheiten, daß sich nur Israel, das im Ganzen als »Novum in jeder Hinsicht« aufzufassen ist, erlauben kann. Herr Abba Eban hatte auch erklärt, als gewöhnlicher israelischer Bürger würde er die Bundesrepublik nicht besuchen. Anscheinend widerspricht es dem Ultrazionisten, Herr Eban, Deutschland zu besuchen, weil er noch der Gefahr ausgesetzt werden könnte, dem »Judenmörder« Brandt die Hand reichen zu müssen und dem im »Sold« der Araber stehende Wischnewski sowie anderen markanten »Urnazis« der neuen bundesdeutschen Regierung. Aber als Außenminister ist es schon ganz was anderes, vertritt er doch die non olet Taktik. Diese Selbsteinladung kam zu einer Zeit, als der Bundeskanzler seinen Urlaub in einem nordafrikanischen Lande verbrachte. Am selben Tage lud Außenminister Scheel den israelischen Außenminister offiziell in die Bundesrepublik ein. Der blau-weiße Teppich ist damit gelegt worden. Und was für die Bundesrepublik und für das bundesdeutsche Volk der Besuch eines israelischen Außenministers bedeutet, wird wohl jeder wissen, da es um Kontaktaufnahme mit der neuen bundesdeutschen Regierung geht, die in jeder Hinsicht einen Bonner Regimewechsel bedeutet, noch dazu beim erstmaligen Erscheinen des Führers der israelischen Außenpolitik auf bundesdeutschem Boden. Daß diese Begegnung für Israel lebenswichtige Bedeutung hat, werden Kenner der israelisch-zionistischen Verhältnisse nicht abstreiten können. Von zionistisch-israelischer Seite versuchte man daher, dem Repräsentanten Israels eine überaus günstige Verhandlungsbasis zu schaffen. Dazu gehörte auch die Ankündigung, daß sein erster Gang, den er hier tue, nach Dachau bei München sein solle. Obwohl weder er noch irgendeiner seiner Familie unter einem Dachau-Regime zu leiden hatte und obwohl seine Lehrer und politischen Wegberei-

ter das viel größere Dachau, Auschwitz, für Zionzwecke mißbraucht haben, wie aus dem Buber'schen Manifest klar zu ersehen ist. Man muß aber der Bundesrepublik gegenüber »rangehen«, wie nach der anderwärts erwähnten Weizmann'schen These von »in Gärung bringen«, deren Prinzip er schon 1920 ankündigte: "Bist Du nicht gewillt, so brauch' ich Gewalt".
Andererseits bemühten sich einige Vertreter der in Bonn vorhandenen Parteien mit einer Kniebeuge zum Empfang des israelischen Außenministers beizutragen. So die Abgeordneten Martin Hirsch, SPD, Franz Josef Bach, CDU und William Borni, FDP, in einer Presseerklärung, in der sie äußerten: "Die Bundesregierung soll die Aufmerksamkeit der UNO-Menschenrechtskommissiom auf die schweren Bedrückungen lenken, denen die Juden in Ägypten, Syrien und im Irak ausgesetzt sind".

Postwendend wurde den Herrn Ignoraten Mores gelehrt. Die Flammen im Gebäude der IKG in München Reichenbachstrasse, die an einem Freitag den 13. Febr. 1970 hell loderten, bewiesen, wie es in der BRD mit »Menschenrechte« bestellt ist. Wenn ein Jerusalemer Außenminister als Geschäftsreisender nach Bonn kommt "Sieben verbrannte Jüdische Menschen als Handelsobjekt vorlegt, kann man dafür schon ein Sümmchen verlangen! Oder? Natürlich sind »6 Millionen« ertragreicher, aber immerhin ein roter Teppich für den Handelsreisenden. Die Zionhutzieher werden schon dafür sorgen, daß der Gast nicht übers Ohr gehauen wird".
Den Herren kann man leider den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich der zionistisch-israelischen Demagogie angeschlossen haben und insbesondere müßte man den Vertretern der SPD und FDP vorhalten, mit ihrer ungerechten Demonstration eindeutig die Neutralitätserklärung der von ihr getragenen Regierung zu desavouieren.. Man darf bezweifeln, ob diese Herren mit dieser Tat den Willen ihrer Wähler zum Ausdruck gebracht haben, die bestimmt eine ehrliche Neutralität in der tragischen Nahost-Auseinandersetzung wünschen, und ob sie nur ihrem Gewissen gefolgt seien. Ihr Vorhaben war schon deshalb unaufrichtig, weil es den Tatsachen der Wahrheit widerspricht. Denn am gleichen Tage, als die bundesdeutsche Presse diese unglaubliche Meldung brachte, konnte man einen Bericht lesen, der mit der Überschrift beginnt: "Israel verweigert Untersuchung".
"Israel hat seine Weigerung wiederholt, Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen in die von ihm besetzten arabischen Gebiete einreisen zu lassen. Der UNO-Sonderausschuß versuchte auf Grund einer Resolution der UNO-Vollversammlung aus dem Jahre 1968 den Menschheitsverbrechen Israels nachzugehen".

Dies allein würde genügen, den Herren, die sich mit angeblicher Judenverfolgung in den arabischen Staaten befaßt haben, zu raten, dies zu überdenken und revidieren, wenn sie nicht schuldig werden wollen, bewußt israelische Demagogie mitzumachen, die einzig und allein dazu dient, das menschenunwürdige Benehmen den Arabern gegenüber zu vertuschen. Mögen nicht nur die oben genannten Zionfreunde zur Kenntnis nehmen, daß sogar die bundesdeutschen Massenmedien am 23. März 1970 zu melden wußten, die Menschenrechtskom-

missionen der UNO habe Israel wiederum verurteilt, weil es arabische Untertanen eines arabischen Staates unmenschlich behandelt. Von einer ähnlichen Verurteilung eines arabischen Staates von Seiten der UNO-Kommission, daß Juden in ihren Ländern menschenunwürdig behandelt werden, hört man bis heute nichts.

Man darf annehmen, daß die Herren prozionistische Bundestagsabgeordneten für deutsche Belange und für das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen eintreten. Sie sind bestimmt auch dafür, daß alle Deutschen, die nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches aus ihrer alteingesessenen Heimat vertrieben worden waren, das Recht erhalten müßten, selbst darüber entscheiden zu dürfen, ob sie in ihre alte Heimat zurückkehren wollen oder dort verbleiben möchten, wo sie sich zur Zeit befinden. Dieser Gedankengang ist das politische Programm aller bundesdeutschen Regierungen. Wie können Sie daher, bundesdeutsche Politiker, anderen verweigern und streitigmachen, was sie für sich selbst in Anspruch nehmen? Das nämlich tun sie den Arabern gegenüber, wenn sie zionistische Schützenhilfe leisten, indem sie die Bundesregierung auffordern, gegen ewaige Judenverfolgungen in Araberstaaten vorstellig zu werden. Was erhoffen sich eigentlich die prozionistischen Bundestagsabgeordneten, die Unrecht und politische Verlogenheit für ihn Volk und ihr Land unterstützen? Von seiten Zion-Israel werden sie für geleistete Hilfe nie Dank erhalten, sondern zusätzlich noch mehr Milliarden als jetzt zahlen müssen. Sollten sie noch nicht erfahren haben, daß Israel den Arabern gegenüber eine Rachekriegspolitik angewendet und diese aus ihrer Jahrhundertealten Heimat bar ihres erworbenen Eigentums verjagt hat - genauso, wie es einige Staaten, die gegen das Dritte Reich kämpften, gegen Deutsche angewendet haben. Daß dies geschichtlich wahr ist, dürfen die Herren prozionistischen Bundestagsabgeordneten vom kompetenter jüdischer Stelle und zionistischer dazu zur Kenntnis nehmen. Zwei Vertreter des besseren israelischen Volkes, die humanen und geistigen Persönlichkeiten von weltweitem Ruf, die Professoren Magnes und Buber, nahmen sofort nach 1948 gegen die Grausamkeiten von Ultrazionisten aller Schattierungen und in allen Parteien Stellung. Ihren Unwillen brachten sie in der Öffentlichkeit dadurch zum Ausdruck, daß sie unter anderem schrieben:

"Wir hatten kein Recht, das Haus eines Arabers zu okkupieren, wenn wir dafür nicht einen angemessenen Gegenwert geleistet haben. Das gleiche gilt für die Felder, Gärten, Läden und Werkstätten. Wir hatten kein Recht, mit anderer Leute Eigentum Siedlungen zu errichten. Haben wir das getan, dann war es Raub. Wir haben eine Menge Geld aufgebracht und haben es für die verschiedensten Zwecke verwendet. Anstatt dessen hätten wir weniger Einwanderer in das Land bringen und das Geld dazu verwenden sollen, den arabischen Flüchtlingen zu helfen".

Nochmals: dies schrieben Zionisten, die im Lande lebten und nicht mit heuchlerischen zionistischen Parolen herumspielten und außerhalb Israels blieben. Dies wurde geschrieben viele Jahre vor 1956 und Juni 1967.

Beide Herren des oben zitierten Manifestes erlebten nicht im Sinne des Wortes Grausamkeiten zionistischer Prägung, die man der arabischen Bevölkerung in

den okkupierten Gebieten zuteil werden ließ. Würden sie heute leben, dann wäre ihr Protest-Ausdruck den Realitäten entsprechend ausgefallen. Mögen jetzt wenigstens die prozionistischen Bundestagsabgeordneten begreifen, daß der erhobene Zeigefinger gegen angebliche Judenverfolgungen in jenen Staaten, die nicht gewillt sind, der israelischen Abenteuerpolitik Folge zu leisten als »Haltet den Dieb«-Taktik dient. Darüber hinaus werden sie sich von den Zionisten in Israel kein Lob einhandeln. Sie werden auch die noch immer vorhandene »deutsche Kollektivschuld«, von Zionisten-Israelis geprägt, nicht ändern. Jeder Deutsche, Prozionist oder nicht, bleibt für den braven ehrlichen Zionisten weiterhin ein Nazi und Judenmörder, und somit Mitschuldiger an der Ermordung der »6 Millionen« Juden, - die Herren Bundestagsabgeordneten, die mit ihrer Haltung vor dem israelischen Außenminister Abba Eban eine Kniebeuge machen wollten, nicht ausgeklammert. Wenn die Herren noch irgendwelche Beweise zu obiger Behauptung wünschen, sollen hier zwei von jeder Menge vorhandener angeführt werden.

Vor etwa zwei Jahren weilte der bekannte SPD-Schriftsteller Günter Grass in Israel. Er fand es richtig, bei einem Vortrag in Tel Aviv die Zuhörer zu fragen, warum sie nicht gegen den Bundeskanzler, den Exnazi Kurt Georg Kiesinger protestierten (er vergaß gleichzeitig zu sagen, daß sein Freund und Parteichef des Exnazis Stellvertreter sei. War dies Naivität oder Demagogie?). Diese Verbeugung brachte ihm keinen Applaus ein. Nächsten Tages aber müßte sie ihm eine Belehrung über zionistische Politik und Praktik eingebracht haben, denn obwohl Antinazi, verweigerte ihm der Schriftstellerverband in Jerusalem, ihn als offiziellen Gast zu empfangen. Seine prozionistischen Trommeleien haben nichts genützt, denn er ist Deutscher.

Ein ähnlich gelagerter Fall ereignete sich vor einigen Wochen, als ein in Jerusalem abgehaltener Friseurkongreß zu Ende ging. Alle Delegationen der Teilnehmerstaaten sollten vom stellvertretenden Jerusalemer Oberbürgermeister empfangen werden.

Der Vizebürgermeister von Jerusalem, Joschua Maza, erschien am 3. Februar auf dem internationalen Treffen der Damenfriseure in Jerusalem, um die Begrüssungsansprache zu halten. Bereits im Saal erfuhr er, daß sich unter den Deligierten auch Deutsche befänden. Er kehrte mit der Erklärung um, hätte er gewußt, daß sich Deutsche unter den Damenfriseuren befänden, hätte er sich von Anbeginn geweigert zu erscheinen. Möglicherweise wolle man ihm sogar zumuten, dem Leiter der deutschen Friseur-Delegation die Hand zu geben. Sein Gewissen erlaube es nicht, Deutsche zu begrüssen.

Den Bundesdeutschen Philozionisten ins Stammbuch

"Die Ehre ist das äußere Gewissen

und das Gewissen die innere Ehre".

Schrieb Schoppenhauer in Parerga Paralipomena.

Die Bundesrepublik Deutschland ist durch den modernen Kolonialvertrag, der Deutschlandvertrag heißt, an die Kette gelegt. Vor Vertragsunterzeichnung warnte der SPD-Führer Kurt Schumacher mit dem scharfen Satz: "Wer diesen Vertrag unterzeichnet, hört auf, ein Deutscher zu sein". Wie bereits erwähnt. Die SPD, die heute die Regierungsgeschäfte der Bundesrepublik führt, müßte

logischerweise, wenn sie »Deutsch« bleiben will, den nicht mehr zeitgemässen Vertrag aufkündigen. Gemeint ist hier konkret der Artikel 7,2 aus obigem Vertrag, der durchweg geschaffen wurde als Abschirmung gegen den Osten. Er läßt Bonn noch Spielraum, und dieser würde genügen, prozionistische Politik auszuklammern. Erst recht, wenn Frankreich und sogar die Nixon-Administration wegweisend ist. Für die Bundesrepublik ist prozionistische Politik viel gefährlicher, als wenn andere Staaten sich diesen Luxus erlauben. Denn Prozionismus muß als Antisemitismus gedeutet werden. Dies immer wieder zu unterstreichen, darf man nicht unterlassen. Und so einen Luxus darf sich wahrlich die Bundesrepublik nicht erlauben.

Obwohl sich in der genannten Delegation kein einziger Exnazi befand, ist daraus hier deutlich zu ersehen, daß für Zionisten kein Unterschied darin besteht, ob es sich um einen profilierten Politiker gleich welcher Richtung handelt oder um einen Vertreter eines Berufes, der mit Politik garnichts zu tun hat.

Es geht nur darum, daß er Deutscher ist, Vertreter der Nation, die von den Zionisten mit dem Cherem-Bann belegt worden waren.
Bei den Zionisten ist der Bundesdeutsche der Amalekiter unserer Zeit.
In Moses 2.17,16 heißt es:
"Und Krieg führt Jehova wider Amalek
von Geschlecht zu Geschlecht".
Darüber hinaus, wie schon bemerkt, traten die bundesdeutschen prozionistischen Bundestagsabgeordneten die Neutralitätserklärung der Bundesrepublik gegenüber den Nahen Osten mit Füßen. Und sollten sie wirklich geglaubt haben, daß sie mit dieser antiarabischen Demonstration die angeblichen Friedensbemühungen der israelischen Regierung unterstützt und einen Dienst geleistet haben, muß man gelinde ausgedrückt sagen, sie sind politisch sehbehindert. Denn sogar in dieser Kardinalfrage, »Friede im Nahen Osten« sind so manche Erklärungen von israelischen Politikern in dieser Richtung nur heuchlerische Lippenbekenntnisse. Sie dienen als Feigenblatt für die wahren Absichten der israelischen Regierung. Denn wie sich die israelische Regierung einen Frieden im Nahen Osten vorstellt, ließ der »Verteidigungsminister« Mosche Dajan einigemale verlauten, ihm assistierte der Askenasische Oberrabbiner Israels. Ersterer erklärte unmißverständlich: "Eine Lösung kann nur in der Anerkennung der Realitäten bestehen".
Diese Äußerung müßte erst recht einem Bundestagsabgeordneten so manches erklären. Der politisierende Oberrabbiner dagegen sagte:
"Es ist durch die Thora allen Juden - auch der Regierung Israels - verboten, auch nur einen Zoll des Gebietes des Erez Israels zurückzugeben, das sich jetzt in unseren Händen befindet".
Dieser Satz ist sogar für politische Analphabeten deutlich. Wie läßt sich dies mit der UNO-Resolution vom 22.11.1967 in Einklang bringen?
Wie man sieht, fanden sich in josuaischen-samuelischen, säbelrasselnden Atheisten und Mosaisch-Orthodoxen in Eintracht zusammen. Es ist zu hoffen, daß nicht nur die Herren prozionistischen Bundestagsabgeordneten ihre bisherigen Einstellungen zum Problem Zionismus, Arabertum und Judentum, ebenso wie

alle anderen bundesdeutschen Prozionisten, überdenken und revidieren, um nicht der politischen Chuzpe beschuldigt zu werden, und ihrem Volk und Vaterland einen Bärendienst zu erweisen.
Jene, die den Interessen Zion-Israels dienen, stellten sich zur Aufgabe, dem in der Bundesrepublik zu erwartenden Außenminister einen ansehnlichen, blau-weißen Teppich zu unterbreiten. Dies machten sie sich erst recht zur Aufgabe, nachdem Herr Eban selbst ihnen den Weg gezeigt hatte, indem er am 13. Februar in Tel Aviv der bereits vielzitierten Zeitung »Maariv« unter anderem wie bereits erwähnt erklärte, daß er mit »gemischten Gefühlen« nach Deutschland reise und er würde als privater jüdischer Bürger nicht in die Bundesrepublik gehen. Er tue es als offizieller Staatsmann, da es die Staatsräson erfordere. Obwohl er damit erst recht all jenen, die sich Juden in Deutschland nennen und Zionisten sind, moralisch-politiscl ins Gesicht schlug, fühlten sich die Geschlagenen noch immer als Diener dieses Staates. So darf man annhmen, daß einige Tage vor seinem Erscheinen in der Bundesrepublik schwerwiegende Unruhen auf dem jüdischen Sektor in der Weltpresse Schlagzeilen lieferten. Man kann nicht umhin zu bemerken, daß dies alles fast nach Maß zielstrebig und gut organisiert für bestimmte politische Interessen vorgenommen wurde. So z.B. in der kleinen Ortschaft Schwetzingen neben Mannheim wurden auf dem Gelände des jüdischen Friedhofes Grabsteine umgeworfen oder durch Beilhiebe zerstört und einige Marmorplatten beschädigt. Man wußte nur mit »Sicherheit« zu veröffentlichen und zu berichten, daß dies von »antisemitischen Hetztiraden neonazistischer Kreise« angestiftet wurde. Ansonsten wie stets bei solchen Angelegenheiten fehlte jede weitere Spur. Und welchen Nutzen, darf ein Laie fragen, hätten ausgerechnet die oben beschuldigten Richtungen, wenn sie wirklich in der Bundesrepublik existieren sollten, an solchen »Demonstrationstätigkeiten« welchen moralisch-politischen Nutzen hätten sie davon zu erwarten? Cui bono!
Genauso der weit abscheulichere Fall in der israelitischen Kultusgemeinde in München? Auch in diesem schwerwiegenden Fall scheint keine andere Richtung moralisch-politischen Nutzen erwartet zu haben als jene Kreise, die gewillt waren, dem israelischen Außenminister in der Bundesrepublik eine positive Verhandlungsbasis zu schaffen. Es mag, wenn man die ganze Angelegenheit oberflächlich und mit blau-weißen Scheuklappen betrachtet, unglaublich klingen. kann aber wahr sein. Mit diesen abscheulichen Taten war auch die Möglichkeit gegeben, dem neuen Bonner Regime eins auszuwischen und mitzuhelfen, die amtierende »antizionistische Regierung« aus dem Sattel zu heben.
Man darf auch von Vorbereitungen sprechen, wenn gewisse zionistische Presseorgane in der Bundesrepublik Wochen und Monate vor Erscheinen Herrn Ebans in der Bundesrepublik begonnen haben, das »antijüdische Sündenregister« der SPD auseinanderzusetzen. Insbesondere fällt ein Fünfte-Kolonne-Blättchen auf, das nicht in deutscher Sprache erscheint und sich stets dadurch auszeichnet, daß es feststellt, wer Antisemit sei und wer nicht, und so zu Felde zieht. Nach aller politischen Logik konnte der zu erwartende israelische Gast alle Ereignisse des ereignisreichen Monats Februar 1970 für sich buchen. Bei gutem Willen und Interesse allerseits, die Ereignisse zu klären, sind auch nicht nur sachliche,

logische Beurteilungen zu hören. Daß man von Vorbereitungen sprechen darf, wußten einige nichtzionistische sowie antizionistische Juden. Sie wußten, was alles noch passieren würde, bevor der sich selbst einladende Eban in Bonn erscheinen würde. Einer dieser Herren dachte seiner menschlichen Pflicht zu entsprechen wie auch einer Gewissensnot zu entgehen, und kam so zum Entschluß, sein wichtiges Wissen kompetenten Stellen mitzuteilen. Er handelte auch nach dem bekannten Talmud-Lehrsatz, der sagt: "Wirf keinen Stein in die Quelle, die deinen Durst gelöscht hat".
(Talmud Traktat Baba Kama 92,b)
Er hielt es erst rrecht für richtig, zu verstehen, daß es ein unverzeihliches Vergehen sei, den Brunnen zu verunreinigen, aus dem man immer noch trinkt. Denn daß ein doppelte Loyalität nicht nur wahnwitzig ist, sondern zu einem Verrat an allem was heilig sein müßte, führen kann, ist auch hier gegeben, wenn wirklich die wahnsinnige Tat in der Reichenbachstrasse in München von Exjuden und Juden geplant und von diesen durchgeführt worden wäre.

So sprach der gut informierte, nichtzionistische Jude am Freitagvormittag am 12. Dezember 1969 mit einer bundesdeutschen politischen Persönlichkeit. Er schilderte ihm, was nach seinem Wissen geplant sei. "Man wird versuchen, verschiedene ungeheuerliche Tatsachen zu schaffen, die die Bundesrepublik auf den Kopf stellen sollten, und gezielte Spuren zu hinterlassen, die der Ablenkung dienen sollen. Man würde auch nicht, im Bedarfsfalle, von Attentaten gegen führende Politiker des neuen Regimes zurückschrecken".
Daher sei nach Meinung des Sprechenden in erster Reihe die Herren Brandt, Scheel und Wischnewski dieser Gefahr ausgesetzt. Dies und anderes mehr wurde sinngemäß ge- und besprochen. Es ist anzunehmen, daß dies Gespräch von einer Sekretärin des oben erwähnten Politikers im Nebenraum mitangehört wurde und sie es in Steno aufnahm. Der Herr gehört der Bonner Koalitionspartei FDP an. Er versprach, baldigst seinen persönlichen Freund, dem Bundesinnenminister Genscher, dem er in einigen Tagen bei einer wichtigen Parteibesprechnung begegnen wird, über alles Vernommene zu berichten.
Angesichts der Tatsache, daß sich leider so manches, was angekündigt wurde, tatsächlich zugetragen hat, darf die Frage gestellt werden:
Hat der Herr FDP-Politiker sein Versprechen gehalten und seinem Freund, Herrn Genscher, Bericht erstattet? Wenn nein, warum nicht? Hatte er doch erklärt, daß es sehr informationsreich und wichtig sei. Wenn ja, dann ist die Frage erst recht berechtigt. Was hat der Herr Bundesinnenminister Genscher alles unternommen? Selbstverständlich konnte man nicht vorher allen jüdischen Friedhöfen und Institutionen Sonderschutz gewähren. Auch konnte vorher von konkreten Fällen keine Rede sein. Die Frage war und ist auch noch trotz krimineller Vorfälle eine rein politische Angelegenheit. Teilt der Bundesinnenminister diese Meinung? Oder ist auch er ein Adept der Verschwörung des Verschweigens? Und wenn auch die Bundesrepublik, das bundesrepublikanische Volk und auch seine eigene Regierung moralisch und politisch durch die antijüdischen Ereignisse, die vorkamen, vor die Hunde kommen?
Am Montag dem 19. Januar 1970, nachmittags, suchte ein anderer nichtzioni-

stischer Jude, der auch informiert worden war, was man alles noch vorhabe, um die Bonner Regierung dank ihrer neuen Ostblock- und Araber-Politik zu schädigen, einen SPD-Bundestags-Abgeordneten auf. Dieser, ein wenig mehr in jüdisch-zionistische-arabische Fragen eingeweiht als der vorherige Politiker, meinte sogar, daß ihn so manches nicht überrasche, weil er es für möglich halte und über einiges sogar informiert sei. Auch wurde dem Bundestagsabgeordneten u.a. mitgeteilt, daß sich Wirtschaftskriminelle syndikatartige Untergrundbewegungen gegründet haben, um die finanzierung der Nachrichtengruppen in Europa zu gewährleisten. Da diese Herren die Möglichkeit haben ihre Geschäfte am hellichten Tage abzuwickeln, die noch dazu in die Millionen gehen darf man von einer »Oberweltorganisation« sprechen. Nach ausgiebiger Unterhaltung versprach der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, alles sinngemäß Vernommene schriftlich seinem Fraktions-Chef, Herrn Wehner, zu berichten. Hat er sein Versprechen nicht eingehalten? Und warum? Wenn ja, dann ist auch hier die Frage berechtigt, was hat der Mächtigste in der Regierungspartei, obwohl nicht der Exekutive angehörend, zu unternehmen für richtig befunden? Er, der bestimmt mehr als so mancher andere in jüdisch-zionistischen und arabischen Fragen zuhause ist. Herr Wehner weiß bestimmt, daß dies ausschließlich eine politische Angelegenheit ist, wenn auch ein glühendes Eisen. Gehört er deshalb auch den Verschwörern des Verschweigensd an? Warum wurden jene, die Monate vor den Ereignissen des 13.2.70 warnten, nicht zu näheren Erläuterungen irgendwohin eingeladen? Wenn schon nicht vorher, warum auch nicht nach dem Ereignis?

Liegt hier nicht offenkundige Pflichtverletzung vor?

Oder wurde unbewußt vielleicht bewußt mitgespielt?

Da Tag um Tag in den gut informierten, nichtzionistischen Kreisen weitere Informationen genereller Art über Vorhaben prozionistischer Gruppen einliefen, beschloß ein jüdischer Michael Kohlhaas am 25. Januar 1970, in Verbindung mit den kompetenten Repräsentanten einer "Seriösen" Illustrierten zu treten. Man beabsichtigte im Rahmen des Gegebenen, politisch dahin zu wirken, vielleicht kommende Ereignisse (die doch später eingetreten sind) zu verhindern. Eine persönliche Aussprache erwies sich schwieriger als eine Audienz beim Bundespräsidenten.

Nach dem EL AL-Überfall im Flughafen München-Riem wurde bei der verantwortlichen »mutigen« Illustrierten angefragt, was noch passieren müßte, um Gelegenheit zu erhalten, zu einer Aussprache zu kommen. Es mußte das Zentralgebäude der israelischen Kultusgemeinde fast in Flammen aufgehen, bis ein Repräsentant den Juden, der die Deutschen und die Bundesrepublik vor moralisch-politischen Erniedrigungen verteidigt, aufsuchte. Nachdem er in einigen wenigen Worten erfahren hatte, um was es eigentlich geht und was man von der Illustrierten verlangt (an materielle Dinge wurde nicht gedacht), versprach der Vertreter dieser Illustrierten, noch von sich hören zu lassen. Man ersuchte um die Erlaubnis, einmal im Monat auf eine halbe Spalte feigenblattfrei alles was mit dem Ereignis zu tun hat, schreiben zu dürfen. Es scheint aber, daß er einer Vergesslichkeitskrankheit erlegen sei. Es ist bequemer, »anständig und echt demokratisch« zu sein, wenn man sich in Verschwörung durch Verschweigen

übt. Angesichts dessen, daß das Echo des Februarmonats dieses Jahres noch längst nicht verklungen ist und dies als bewährtes Mittel bei jeder passenden Gelegenheit wieder erklingen wird, seien die Herren, die vorher nicht namentlich genannt wurden, höflichst ersucht, von ihrer Schweigepflicht insofern Abstand zu nehmen und der Öffentlichkeit bekannt zu geben, mit wem sie gesprochen haben und erklären, ob oben Angeführtes wahr sei oder nicht. Nicht zionistische Juden sind an und für sich in der Bundesrepublik Freiwild. Mögen die Herren, die oben angesprochen sind, dies berücksichtigen und weiterhin die Namen jener Personen, die sie informiert haben, laut gegebenem Versprechen nicht nennen. Hier geht es weder darum, Helden zu spielen noch um Drückebergerei. Zur Aufklärung der grausamen Februarereignisse wäre es von unschätzbarem Wert, wenn oben genannte Herren auf nochmaliges Ersuchen, dazu Stellung nehmen würden.

Israelische Finanznot

Seit Menschengedenken dienen alle politischen Auseinandersetzungen den jeweiligen Wirtschaftsinteressen. Dies war und ist eine Binsenwahrheit. Das gilt erst recht für den jungen Israelstaat, der, wie noch kein anderer Staat der Welt, nur durch auswärtige Luft atmen kann, die dem Land eingepumpt wird. Als es noch keinen Zionstaat gab, konnte die zionistische Weltbewegung schlecht und recht von den Schnorrergeldern leben. Kritische Existenzgefahren konnten schon deshalb nicht aufkommen, weil es keinen Zionstaat gab. Dies änderte sich mit der Gründung des Staates Israel. Erst recht, als es zu dem geträumten Frieden mit den Nachbarländern nicht kam. Einerseits verursachte die Existenz Israels in so manchen Araberstaaten proggressive nationapolitische Emanzipation. Diese wiederum schaffte im Kreislauf den Israelis den Zwang, in politisch-militärischer Hinsicht mehr zu rüsten, was Unsummen verschluckt. Die porösen Taschen Israels konnten wegen der notwendigen militärischen Ausgaben nie gefüllt werden. Die immer währenden provozierenden Kriegshandlungen, die Israel durchführt, sind nicht nur in militärischer Hinsicht ein Hazardspiel. Den Lebensstandard des eigenen Volkes muß man den Umständen entsprechend so lassen, daß er nicht am Patriotismus nagt. Denn bekanntlich wird man mit leerem Magen ein Vaterland nicht verteidigen, mag der Kopf noch so mit Ideologien gefüllt sein. "Begeisterung" schreibt Goethe in Frisches Ei, gutes Ei,
"Ist keine Heringsware,
die man einpökelt auf einige Jahre".
Die immer währenden militärischen Siege Israels und die künstliche Erzeugung von Neonazismus und Antisemitismus in aller Welt läßt zwar vorübergehend das Herz des prozionistischen Juden höher schlagen, aber die Geldspenden hören langsam und sicher auf. Es nützen auch die verschiedenen Organisationen nichts, die in der westlichen Welt existieren und sich mit Geldsammlungen für Israel befassen. Die Leitenden dieser Geldsammlungen sind längst keine Zionidealisten mehr. Sie sind Berufssammler und für diese Sammlungsorganisation und Personen werden fast bis zu 40% des gesammelten Geldes einbehalten. Mit dem Abnehmen der Spendenfreudigkeit stiegen die Terrormaßnahmen der

Sammler. Es sind keine raren Erscheinungen, daß man mit Gangstermethoden Geld eintreibt. Derartige Fälle haben sich sogar in der Bundesrepublik Deutschland zugetragen. Man darf nicht müde werden, immer wieder zu unterstreichen, daß Zionisten sich alles erlauben dürfen. Die Geldsammler verstehen es, schlauerweise ihre Tätigkeit mit Zionidealismus zu koppeln. Charakteristisch für die USA ist, da dort eine Roosevelt'sche Bestimmung noch immer gültig ist, daß gesammelte Ziongelder nicht steuerpflichtig sind, und trotzdem ist das Volk müde geworden, für den Israelstaat ihre ehrliche und schwer erworbenen Dollars zu geben, der es doch nur mit seiner Abenteuerpolitik verpulvert. Von den Millionären und Supermillionären schon gar keine Rede. Deren Prozionismus ist pure Heuchlerei, denn wer von diesen wäre entschlossen, ein Großteil ihres Vermögens in Israel zu investieren? Zwei, drei dieser Millionäre wären in der Lage, Israels Finanzen zu sanieren. Diese Frage könnte man auch den verschiedenen Rothschild-Familien stellen. Aber all diese wollen doch keine Zionisten sein und werden der Forderung der Territorial-Zionisten, "die Juden in aller Welt, insbesondere die Zionisten, müssen sich den Interessen Israels unterordnen", nie nachgeben. Die Diasporajuden, insbesondere jene in der Bundesrepublik, zählen, wenn sie von den Israelologen anerkannt werden, nur als zu melkende Kuh. Erst recht wird Geld von jenen verlangt, die der Meinung sind, daß, wenn sie Zionisten sein dürfen, sie nur die Interessen Israels vertreten müßten, und wenn man von Interessen spricht, dann ist damit nur Geld gemeint. Bei jeder Möglichkeit werden ihnen moralische Prügel versetzt und sie werden zurechtgewiesen, wenn sie glauben, mit zionistischer Phraserei dem Israelstaat dienen zu können. So fand es der verstorbene hessische Landesrabbiner, Dr. Lichtigfeld richtig, als er 1960 Israel besuchte, der Tel Aviver deutschsprachigen Zeitung »Jedioth Cadaschoth« ein Interview zu geben, in dem er unter anderem sagte: "Obwohl die Juden in Deutschland in den Logen und den zionistischen Organisationen wieder ein kulturelles Leben beginnen, leisten sie für Israel gar nichts, obgleich sie wirtschaftlich dazu in der Lage wären".

Auch diese Erklärung des bestimmt nicht schlecht informierten Rabbiners wird den Betroffenen die Schamröte nicht ins Gesicht steigen lassen. Andererseits merkt aber der Rabbiner selber nicht, daß sein Schäflein sich von anderen praktischen Lehren leiten lassen als von seinen Predigten, mehr Geld für Israel zu geben. Er hätte doch, wenn er ein ehrlicher Zionist wäre, in Israel bleiben müssen, denn womit können er und alle anderen amtierenden Rabbiner in der Bundesrepublik ihr Hiersein motivieren? Die wie die anderen zionistischen Juden in der Bundesrepublik sind Prozionisten und Proisraeli nur mit Blabla-Geschwätz. Am 10. - 13. April 1970 wurde in der Metropole Kanadas der schon lange fällig gewordene "World Jewish Congress", der jüdische Weltkongreß, eine befehlsempfangene Körperschaft der zionistischen Weltorganisation, abgehalten. Mit besonderem Glockengeläute und Pomp wurde der diesjährige Kongreß im Rampenlicht der Welt eröffnet. Dies soll der noch immer anhaltenden Siegesrauschstimmung vom Juni 1967 zum Goldmünzenummodeln dienen. Daher unterstrich dieser Kongreß fast ausschließlich seinen finanziellen Charakter, da sich Israel bekanntlich in schweren finanziellen Schwierigkeiten befindet. Denn auch Israel kann nur von Schofar-posaunenden Siegesmelodien allein

nicht existieren. Dieser Kongreß wurde von einem etwa achtzigjährigen Salonzionisten, dem reichsten Mann Kanadas, etwa acht-Milliarden DM schwer, eröffnet. Sein Vermögen erwarb er sich mit »ehrlicher Alkoholschmuggeltätigkeit« zwischen 1918 und 1933, als in der USA Alkoholverbot bestand. Sein Name ist auch vom jiddischen Wort Schnaps abgeleitet. Daß dieser Kongreß zum ersten Mal nicht von einer profilierten politischen, zionistischen Persönlichkeit, sondern von einem Finanzmagnaten eröffnet wurde, soll zusätzlich die Bedeutung und die Zielrichtung dieses Kongreßes unterstreichen. An diesem Kongreß nahmen etwa tausend Vertreter aus aller Welt, wo zionistische Organisationen existieren dürfen, teil. Die Bundesrepublik Deutschland durfte natürlich nicht fehlen. Sie war durch zwei »Abgeordnete« vertreten. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war das: »Tischlein deck dich«. Genauer, behandelt wurden: "Die weitere Zahlung der deutschen Regierung an den Kongreß und an die Regierung Israels". Aus diesem Gesichtspunkt allein schon maß man den Vertretern der »Juden in Deutschland« grosses Interesse bei. Müssen die doch mehr als alle anderen Deligierten in ihrem Lande als Sachverwalter israelischer Interessen auftreten und als solche trugen sie dies auch beim Kongreß zur Schau, um nicht beschuldigt zu werden, im verfluchten Deutschland zu leben und »für Israel nichts zu tun«. Obwohl das trotz kriechender Verbeugung immer wieder geschieht. Nicht zu übersehen sei, daß der Kongreß von der deutschen Regierung Zahlungen nicht nur an die Regierung Israels, sondern für sich selbst verlangt habe. Diaspora-Salonzionisten vergessen aus lauter Israelpatriotismus ihr eigenes Portemonnaie nicht.
Die immer wieder aufgewärmten tatsächlichen und erdichteten Greueltaten, von den Nationalsozialisten von 1933 - 1945 dem europäischen Judentum zugefügt, mögen sie noch so kunstvoll rezitiert werden, haben ihre magnetische Kraft eingebüßt. Es erweicht nicht mehr die Herzen der jüdischen Massen, um ihnen dadurch mehr Geld für Zionspenden zu entlocken. Es hat langsam aufgehört, jene Staaten, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, knieweich gefügig zu machen und dadurch israelische Forderungen zu akzeptieren.
Insbesondere scheint die neue bundesdeutsche Regierung gegen solche Druckmittel immun zu sein. Daher mußten sich die aktiven Zionologen etwas Zeitgemässeres einfallen lassen, womit man Geld machen kann.
Ereignisse, die heute passieren,müssen selbstverständlich mehr Eindruck machen und mit denen kann man mehr Druck ausüben, als mit solchen, die vor 30 Jahren und mehr über die Bühne rollten. Dies ist nicht nur in sentimentaler Hinsicht zu verstehen, sondern auch in nüchterner finanzieller und politischer. Wir haben in mehreren anderen Abschnitten darauf hingewiesen und bewiesen, daß Zionisten es recht gut verstehen, aus antijüdischen und antizionistischen Ereignissen harmloserer Art, insbesondere aus solchen, die tatsächlich jüdische Menschenopfer verursachten, politisches und erst recht Finanzkapital zu schlagen.
Warum also soll die Frage nicht aufgeworfen werden: Sollte das Feuermassaker vom Februar 1970 im Münchner jüdischen Altersheim nicht als Werbung und Zugkraft für die zionistischen Geldschnorrer dienen?
Da es Dr. Nahum Goldmann vorzieht im »Galut« zu leben und nicht in Israel,

muß er von Zeit zu Zeit seine politische Existenzberechtigung in der Diaspora unter Beweis stellen. Obwohl er sich stets mit Ben Gurion auf Kriegsfuß befindet, besteht seine Haupttätigkeit darin die kämpfenden aggressiven Ben Gurionisten mit passenden Parolen zu füttern. Parallel dazu aber übt er als Reparations- und Wiedergutmachungsgenie, fleißig Inkassogeschäfte für Israel aus. Jede kriegerische Auseinandersetzung, mit seinen Nachbarn, die Israel zu seinen Gunsten entscheidet. erweist sich wendent zu einem Pyrrhussig, vor allen Dingen im monetären Bereich. Goldmann weiß, daß Israel ein Faß ohne Boden ist und sieht sich daher gezwungen durch Anstrengungen, Abhilfe zu leisten was ihn am laufenden Band zu Überstunden nötigt. Daher seufzte er auch einmal laut denkend:

"In dieser Sicht komplizierte sich die jüdische Weltlage durch die Errichtung des Staates (gemeint ist Israel, Burg) um noch mehr."

Israels Finanzappetit ist nicht zu stillen und das Weltjudentum wird immer weniger »Spenden« freudig. 85% des israelischen Etats wird von Kriegsausgaben aufgefressen. Kein Staat der Welt, kann sich solch einen Luxus leisten, noch dazu auf Kosten anderer. Der Finanzmediziner Goldmann stellte daher folgende Diagnose:

". . . der nachlassende Antisemitismus keine solche einigende Wirkung mehr ausübt wie ehdem."

auf Grund dessen:

". . . fließt heute nicht mehr so reichlich wie in den Zeiten brutaler Verfolgung."

Konklusion???

Die gewinnbringende brutale Verfolgung muß wieder her und jeder der noch nicht von der Verdummungspädagogik veridiotisiert worden ist wird verstehen, daß man all das wieder schaffen muß, was »einigend« wirkt. Am einfachsten zu erreichen ist es, wenn man den »nachlassenden Antisemitismus« neue Impulse gibt, damit eine »brutale Verfolgung« wieder aufkommt. Da Jehova nicht mitspielt,muß da und dort nachgeholfen werden und ein Brändchen wie in München, wo sieben jüdische Menschen verkohlten, entstehen, damit der nachher anreisende Schnorrer leichter »Reparationsschulden« kassieren kann.

In den USA ist das »Inkasso« von »Spenden« zu einem einträglichen Beruf für einige Tausend »Kassierer« geworden, da die »Inkassobüros« 40-50% der vereinnahmten Summe einbehalten können. Diese Tätigkeit ist durchwegs nur mit Gangstermethoden zu bewältigen und in einer Untersuchung heißt es darüber u.a.:

"Vier Milliarden Dollar preßten zionistische Organisationen seit 1948 aus jüdischen Geschäftsleuten und einfachen jüdischen Bürgern der westlichen Länder für den Staatshaushalt Israels, der zu 85% vom Kriegsgeschäft aufgefressen wird."

Und weiter geht es mit der Überschrift:

"Blut und Geldbesteuerung der Diaspora"

Der nun folgende Text wird ungekürzt wiedergegeben:

"Das feinmaschige Netz der Geldeintreiber wird von der »Jewish agency« in

Jerusalem geleitet. Ihre Unterorganisation »Keren Hajessod« kassiert über 34 Länder ab. Israel nennt das »Besteuerung der Diaspora«. Der »United Jewish Appeal« (UJA) in einem Wolkenkratzer in Manhattan ist die größte israelische Einzahlungskasse im Ausland. Druck auf die Teilnehmer von Spendenveranstaltungen in USA wird dadurch ausgeübt, daß Zusagen öffentlich gemacht werden müssen. Weigerung oder zu kleine Beträge bedeuten gesellschaftlichen Boykott. Nachfolgender Abbruch von Geschäftsbeziehungen können auch den wirtschaftlichen Ruin bringen."

Der New-Yorker Rabbi Berger (Antizionist, Burg) erklärte: "Es ist unvermeidlich zu zahlen." Der US-Zionistenführer Hammer erklärte:

"Wenn das Blut fließt, fließt auch das Geld".

Die Hammerschen Halunken genießen in den Wallstreet-Ländern Immunität, damit sie ihrer Piratentätigkeit frei und ungehindert nachgehen können. Israel wird als Bremse für Völkerversöhnung und Kriegstreiber benötigt. (In Bezug auf Ben Gurion schreibt sogar Goldmann: "In jeder normalen Situation ist er ein Störenfried".) All jene, die diese verdammenswerten Treibereien unterstützen aber auch dulden, sind bewußte Auschwitz-Architekten von Morgen.

Ein Zionstaat nach Weizmanns oder Golmanns Ideen, aber erst recht keiner nach buberischen Vorstellungen, würde mit keinem Deut von den philozionistischen »demokratischen« Regimen unterstützt werden.

Daher, darf auch das Münchner Brandattentat vom 13.2.1970 nicht aufgeklärt werden. Bonn kann sich mit der Gewissheit trösten, daß sich in der BRD noch weitere ähnliche oder grausamere repartionsbringende Vorkommnisse ereignen werden. Für den Montrealer Schnorrerkongreß war es eine Selbstverständlichkeit, die Münchner Ereignisse vom 13. Februar 1970, als ihr Transparent zu verwenden.

Es fanden sich auf dem Montrealer Kongreß Finanzexperten, die die Münchner Altersheimbrandtat anatomisch behandelt und für jedes Gramm übriggebliebener Reste der verbrannten Opfer angemessene Millionen Entschädigung, d.h. Reparationen von der Bundesregierung für Israel verlangt haben, weil die Überreste der Verbrannten ja nach dorthin zur ewigen Ruhe überführt worden waren. (Reparationen von reparieren. Was soll an sieben Verbrannten und "6 Millionen vergasten" Juden repariert werden?) Makabre Angelegenheit und makabre Betrachtungen. Wenn aber ein Mensch wie auch ein Staat unbedingt am Leben bleiben will, wird er rigoros die makabersten Mittel dazu anwenden. Und warum sollen Zionisten, Israelis, die ehrliche Patrioten sind, eine Ausnahme machen? Wie schon erwähnt, war die Vorbereitung des Gastbesuches Herrn Ebans in der Bundesrepublik mit Posaunen und Schalmeien in die Wege geleitet worden. Auch wurde vermerkt, mit welchen »gemischten Gefühlen« der selbst sich einladende Gast in die Bundesrepublik kommen werde. Der israelische Außenminister erklärte am 13. Februar 1970 der Lieblingszeitung der Regierung, dem Tel Aviver »Maariv«, er würde als privater jüdischer Bürger nicht in die Bundesrepublik Deutschland reisen, wie schon zitiert. Die »Staatsräson« erfordere doch den Besuch, den er am 23. und 24. Februar der Bundesrepublik abstatten würde. Es gehe darum »Die Sicherheit Israels zu gewährleisten«. "Die blosse Tatsache aber" sagte Herr Eban, "Daß der Aufenthalt in Deutschland mit dem Besuch

eines Todeslagers (Dachau) beginnt, genügt, die Eigenart unserer Beziehungen mit Deutschland zu illustrieren". Daraus folgert, "daß er mit gemischten Gefühlen in die Bundesrepublik reise". "Als Privatmann könnte ich mich zur Reise nach Deutschland nicht durchringen", sagte der israelische Außenminister ganz undiplomatisch und für jeden deutlich zu verstehen.
Wenn hier wiederum von der Eban'schen Deutschlandreise gesprochen wird, so nur deswegen, um besonders darauf aufmerksam zu machen, daß er erklärt habe, mit seiner Reise gehe es darum, »die Sicherheit Israels zu gewährleisten«. Man beachte bitte genau, was diese Worte von einem Außenminister, der aggressive Politik seiner Regierung zu vertreten hat, bedeuten. Man nehme sich auch Zeit und man bringe den Mut auf sich vorzustellen, was fanatische Zionisten-Israelis imstande sind zu tun, wenn das Unternehmen ihres Außenminister Erfolg haben soll, in dem es um »die Sicherheit« Israels zu gewährleisten geht. Und Bonn soll und muß den Hauptanteil zur Sicherheit Israels beitragen. Und da man nicht gewillt sei, die Vogel-Strauß (Franz Josef) - Politik weiter mitzumachen, indem man Millionenwerte in Waffen als Geschenk an Israel veräußert, soll man neue Milliardenzuwendungen geben. Bonn muß der golddukatenspendende Esel für Israel sein und die Last des Zionstaates auf seinem Rücken herumschleppen. Von Bonn wird verlangt, es soll ein zweites Wirtschaftswunder möglich machen, um nämlich Israel, das Faß ohne Boden, mit dem Ertrag des Fleißes der bundesdeutschen Schaffenden zu füllen.
Auf dem 12. zionistischen Weltkongreß, der 1921 in Karlsbad stattfand, wiederholte Prof. Weizmann an die Adresse jener, die den Zionisten nicht willig sind, ähnliche Drohungen, wie er vor einem Jahr in Jerusalem zum Besten gab. In einem seiner Referate erklärte er unter anderem: "... daß die Judenfrage wie ein Schatten über die Welt herumspaziere und zu einer ungeheuren Kraft des Aufbaues und zu einer ungeheuren Kraft der Zerstörung werden kann".
Die Zionologen entwickelten sich zu wahren Meistern der Propaganda. Vor dem 14. Mai 1948 sorgten sie, daß die Palästina-Frage nicht von der Tagesordnung der Weltmassenmedien kam und nach der Gründung des Zionstaats war Israel permanent im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Zusätzlich sorgten sie dafür da und dort ein politisches Attentat, ein Pogrömchen, Hackenkreuzschmiereerien, Brandstiftungen und Kidnappings a la Eichmann.
Hauptschlachtarena bleibt weiterhin die BRD.

Der Zionstaat befindet sich zur Zeit seines Siegesrausches von Juni 1967 in einer ungeheuren Kriese wirtschaftlich-militärisch und politisch. Daher werden die israelischen Ultras gegen all jene, die ihnen nicht bedingungslos helfen wollen, den »Schatten der ungeheuren Kraft der Zerstörung herumspazieren« lassen. Es kommt daher auf das Stehvermögen der Anderen an, solche und ähnliche Drohungen zu parieren oder aus Feigheit wie hypnotisiert zu reagieren.

Somit darf man wenigstens wagen zu fragen, diente nicht die Brandkatastrophe Reichenbachstrasse in München der Mission des israelischen Außenministers als Mittel? Vorläufig weiß die Öffentlichkeit, daß Herr Eban in Bonn einen winzigen Erfolg für sich buchen konnte. Denn er hatte Gelegenheit, was nicht vorgeplant war, eine »Besprechung« auch mit dem Handels- und Finanzminister zu

führen. Und wenn man mit Repräsentanten dieser Ministerien Besprechungen führt, kann sich jeder vorstellen, worüber man spricht. Diesen Besprechungen praktischen Erfolg zu bescheren und eventuell getroffenen Vereinbarungen zu zementieren, wird Aufgabe des Montrealer Kongreßes sein. Und auf diesem Kongreß hörte man aus berufenem Munde: "Gibst du nicht willig, »Willy«, so kommt alles in Deinem Machtbereich in Gärung". Auch diese hier erwähnten Gedanken frei zur Diskussion in aller Öffentlichkeit stellen zu dürfen, ohne ein Opfer der Verschwörung Verschweigens zu werden. wäre als positive Leistung für Wahrheit und Gerechtigkeit zu vermerken.

Den Israelologen ist dieser Werdegang nicht unbekannt. Hatten die doch schon längst, wie bereits erwähnt, die Theorie aufgestellt, wenn es den Interessen Israels entspricht, so müssen die Interessen des Judentums geopfert werden. Und danach wird gehandelt. Parallel versucht Israel auch mit seinen Finanzsorgen allein fertig zu werden. Aber wie, ist die große Frage. Erst recht nach dem »6-Tage-Sieg« von 1967.

Das erhoffte Canossakriechen der besiegten Araberführer nach Jerusalem fiel aus. Nach zionistischer Gnade und solchem Frieden sehnen sie sich nicht. Die von der israelischen Napalmstrategie nicht einkalkulierten, aufgezwungenen, langanhaltenden Partisanenkämpfe traten ein. Und dieser zermürbende Kampf verschlingt dem Staate Israel mehr an Ausgaben, als ein kurzer heißer Krieg. So soll jede »siegreich beendete Flugstunde«, die die israelische Presse täglich zu berichten weiß, tausend Dollar kosten. Der israelischen Devisenreserve mußte man den Aderlaß der Kriegsanstrengungen, täglich um eine Million Dollar, abzapfen und im Februar 1970 betrugen die Reserven noch 370 Millionen Dollar. Einer der bekanntesten Wirtschaftswissenschaftler einer Tel Aviver Universität, der wahrscheinlich nicht genannt werden will, sowie der Gouverneur der Bank von Israel, David Horwitz, der die Larve der Anonymität nicht anlegen kann, klagen, daß das Sanierungsprogramm der Regierung unzureichend sei. So beschloß die Regierung Jerusalems daher, drei Jahre nach dem »siegreichen« Kriege, am 7.3.1970 eine Kriegsanleihe in Höhe von 7% des steuerpflichtigen Einkommens eines jeden Israeli. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, wenn die Regierung von Jerusalem zugestimmt hat. Der Krieg gegen die arabischen Länder kostet den israelischen Staat täglich 10,5 Millionen Pfund. Diese Anleihe würde sich, wie alle anderen vorherigen Maßnahmen dieser Art, bestimmt genauso ungünstig auf die israelische Wirtschaft auswirken. Aber die müssen halt probieren und aus eigenen Kräften herausschinden, was sich herausschinden läßt. Die segensreiche Hilfe aus dem Ausland wird natürlich aus der Kalkulation gelassen, d.h. Ankurbeln der Geldsammeltätigkeit im Weltjudentum und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn es nicht in gütlicher Form geht, wie mit privaten Spenden oder staatlichen Zuschüssen in Form von »Entwicklungshilfe« und dergleichen, ist man nicht zimperlich, hilfreiche Druckmethoden anzuwenden. Geht es doch um Sein oder Nichtsein des Israelstaates. Man unterliegt nicht der Gefahr der Wiederholung, wenn man nochmals bemerkt, daß »6 Millionen« Juden geopfert wurden um einen Zionstaat zu bekommen. Da wird man, um diesen Staat erhalten zu können, notfalls nicht nur 6

Millionen Juden opfern. Die geschichtliche Chance, die Bundesrepublik als ewig zu melkende Kuh für Israels Interessen zu erhalten, will sich Israel nicht nehmen lassen. Sie ist einfach lebenswichtig. Sie wird gemolken nach der bereits erwähnten Weizmann'schen alten Methode, wenn man nicht gutwillig unterstützt, dann wird man die Welt in Gärung bringen. Die Bonner christlichen Regierungen unterstützen Israels Forderungen mehr als genügend. Sie entgingen dadurch der Gefahr, »in Gärung« zu geraten. (Wenn man von dem geplanten Attentat auf Adenauer absieht und einen rückgängig gemachten Versuch, gegen Franz Josef Strauß genauso vorzugehen, außer Acht läßt. Anderwärts wird ausführlich darüber berichtet.)
Die neuen Herren in Bonn dagegen haben, wenn sie die vorherige »christliche Politik« Israel gegenüber nicht fortsetzen wollen, mit Gärungsstimmung zu rechnen.

Wie die Zionisten die Macht an sich reißen.

Zionisten waren stets im Judentum, immer mit dem Unterschied des Landes und politischer Konjunktion, in der Minderheit. Dies war so vor der Gründung des Israelstaates und später hat sich auch nicht viel geändert. Auch nicht nach den Napalmsiegen der Israelischen Armee. Dies hindert die zionistischen Berufspolitiker nicht, bei jeder nur gebotenen Möglichkeit im Namen der Mehrheit ihres Volkes zu sprechen, obwohl ihnen hierzu jede Legitimation fehlt. Durch die immer währende kritische Lage des Israelstaates und in Hervorhebung der Existenzberechtigung der Diasporazionisten, machten sie sich daran, - diese im Auftrag jener - mit allen nur möglichen Mitteln die Macht im Judentum an sich zu reißen. Die Berufszionisten drangen in jeden Verein, Club, jede Organisation und insbesondere in die Kultusgemeinden ein, um sich in führende Stellungen zu bringen. Bekanntlich hat einer von Tausend, der mit Schlawinermethoden sich bemerkbar macht, mehr Aussicht auf Erfolg, wenn er zielstrebig ist, als die anderen 999, die sich ruhig, passiv, interessenlos verhalten. In diesem Falle ist die »schweigende Mehrheit« nicht das Zünglein an der Waage. Diese Tatsache lieferte die Möglichkeit, daß zionistische Führer die Spitzenfunktion in verschiedenen Massenorganisationen ergattern um alle Tätigkeit zugunsten Zion und Israel zu lenken. Nach Bedarf verschacherten sie auch zweckentfremdet bewegliches und unbewegliches Vermögen. Sie setzen mit der Täuschung, daß sie im Namen der jüdischen Mehrheit sprechen und handeln dürfen, verschiedene Politiker unter Druck und gewannen diese für ihre Ziele. Labile Politiker und solche, die von zionistischen Machenschaften nichts verstehen, waren die Opfer. In USA z.B. ging es soweit bis zu den letzten Präsidentenwahlen. Der Kandidat Humphrey, der sich bei den zionistischen Führern Stimmen einhandeln wollte, verriet denen, daß der Präsident der zionistischen Weltorganisation, Dr. N. Goldmann, bei ihm als Vizepräsident der USA vorgesprochen und ihn ersucht habe, dahingehend einzuwirken, daß die USA-Administration die übertriebene Forderung der israelischen Regierung nicht unterstützen möge. Da der zweite Kandidat, Richard Nixon, zionistisch-israelisch-freundliche Erklärungen nicht abgeben wollte, um sich damit nicht für seine ganze Legislaturperiode festzule-

gen, verlor er die Sympathie und Neutralität der Berufszionisten der USA. Diese gaben die eindeutige Parole aus, daß alle jüdischen Wähler dem Präsidentschaftskandidaten Humphrey ihre Stimme geben sollten. Und da geschah, was die zionistischen Regisseure in ihrer Verblendung nicht voraussahen. Die überwiegende Mehrheit jüdischer Wähler, müde geworden am Gängelband zionistischer Taktik geführt zu werden, stimmten für den nichtzionistischen Kandidaten, für Nixon. Eindeutig konnte das in New York, wo die Mehrheit des USA-Judentums lebt, festgestellt werden. War es ehrenhaft von Humphrey, diskret geführte Gespräche auszuplaudern? Die Kniebeuge vor den Berufszionisten hat sich nicht gelohnt. Auch diese Tatsache verschaffte den neugewählten Herrn des Weißen Hauses von Washington die Möglichkeit, amerikanische und nicht israelische Politik zu führen. Eine Politik, die in erster Reihe die Interessen des ganzen USA-Reiches vertritt und nicht allein die der Zionisten. In der Bundesrepublik ging es nicht anders zu wie in den USA.

Zu Beginn der fünfziger Jahre machte sich in München ein Mann ansässig, der aus Breslau kam und aus Galizien stammte. Nachdem sein Bemühen, irgendwo Fuß zu fassen, fehlgeschlagen war, erblickte er die Lücke auf politischem Gebiete und sah seine Sternstunde kommen. Er mißachtete alle Verbote, wie bereits zitiert, seitens der zionistischen und israelischen Behörden, da die Bundesrepublik-Juden frei sein müssen. Er verschaffte sich Zutritt zu kleineren Funktionen verschiedener Institute der israelischen Kultusgemeinde. In mühevoller Kleinarbeit setzte er sich zielstrebig durch und gründete zionistische Clubs, Logen, Gruppen, Vereinigungen und anderes mehr, denen er selbstverständlich vorstand. Und wenn bei gegebenem Anlaß die wiederentstandenen Lokalredaktionen zionistischer Presse Berichte oder Begrüßungen von allen diesen zionistischen Vereinigungen brachten, sah sich bestimmt der überall anwesende Vorsteher und Präsident in schizophrener Selbstbefriedigung figurieren.
Nach einigen Jahren hegte er die Meinung, über genug Fußvolk zu verfügen und wagte einen großen Coup, nämlich die Führung der Münchner israelischen Kultusgemeinde zu erobern. In der Wahl seiner Mittel, »Zion zuliebe«, war er nicht kleinlich. Er schaltete zuerst jene nichtprofilierten zionistischen Aktivisten, die die Führung in der Kultusgemeinde innehatten, aus, obwohl er einigen dieser Leute so manches zu verdanken hatte. Als bei den Kultusgemeinde-Wahlen zu Beginn des Jahres 1965 dieser zionistische »Erneuerer« in Bayern nicht den gewünschten Erfolg für sich buchen konnte, ging er am 28. März 1965 bei der Stichwahl aufs Ganze. Es hieß, daß man in seinem Auftrage Wahlschwindel mit einigen hundert Stimmzetteln vornahm. Dies jedenfalls behaupteten die Kandidaten einer anderen Liste, die das Geschehen in Form eines Briefes brachten und an alle Mitglieder der israelischen Kultusgemeinde in München sandten. Ohne darauf näher einzugehen, soll hier der Brief ungekürzt als Abschrift des Originals gebracht werden.

Abschrift

(1. Seite)

An die Mitglieder der israelischen Kultusgemeinde München

Sehr geehrtes Mitglied!

Warnung: Am 28. März 1965 fand in der israelischen Kultusgemeinde die Stichwahl zur Wahl des Vorstandes statt. Auf Veranlassung des Herrn Maximilian Hellmann wurden drei Personen veranlaßt, mehrere 100 Stimmzettel zu entwenden, diese zu Gunsten der Liste Herrn Maximilian Hellmann auszufüllen und heimlich in die Wahlurne zu praktizieren.
Mit diesen gefälschten Stimmen wurde dann die Liste des Herrn Maximilian Hellmann gewählt. Als einige Zeit später Herr Oskar Mühlrad die Mitglieder der Kultusgemeinde über den vorgekommenen Wahl-Schwindel unterrichten wollte, verbot ihm Herr Maximilian Hellmann durch einstweilige Verfügung des Landgerichtes München I die Behauptung aufzustellen, der Vorstand sei durch einen organisierten Wahlbetrug gewählt worden. Nach kurzer Verhandlung im einstweiligen Verfügungsverfahren mußte dann Herr Maximilian Hellmann auf Grund des vorgelegten Beweismaterials seine einstweilige Verfügung zurücknehmen. Genauer Bericht über den Vorfall wird bei der Versammlung vorgetragen.
Wir, die Unterzeichner dieses Schriftstücks, haben uns zum Initiative-Komitee der gesamten israelitischen Kultusgemeinde München zusammengefunden, um auf diesem Wege die Folgen des Wahlschwindels bei der Stichwahl am 28.3.1965 aus der Welt zu schaffen. Wir rufen hiermit alle Mitglieder der israelitischen Kultusgemeinde zu einer Generalversammlung auf, welche am 11. September 1966 um 10 Uhr im Bürgerbräukeller (Bayernsaal) Rosenheimer Straße 29, stattfindet.
Wir stellen hiermit ausdrücklich fest, daß nach den Statuten der israelitischen Kultusgemeinde die Gemeindeversammlung das oberste Organ ist und berechtigt ist, jeden Beschluß zu fassen. In der einzuberufenden Gemeindeversammlung soll an erster Stelle festgestellt werden die Ordnungsgemäßheit der Einberufung dieser Gemeindeversammlung, des weiteren sollen sämtliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Folgen des Wahlschwindels vom 28. März 1965 dahingehend zu beseitigen, daß der immer noch amtierende, durch Schwindel an die Macht gekommene Vorstand beseitigt wird.
Dies soll auf dem Wege geschehen, daß die Versammlung kurzfristig eine Neuwahl des Vorstandes beschließt.

Bis zu dieser Neuwahl, soll die Mitgliederversammlung einige Herren wählen, die mit dem Geschäftsführer, bis zur Neuwahl eines Vorstandes, die Geschäfte der Gemeinde führen sollen.

Anträge zu dieser Versammlung können der israelitischen Kultusgemeinde zugeschickt werden oder auf der Versammlung gestellt werden. Sollten die Mitglieder von irgendeiner Seite angesprochen oder angeschrieben werden, daß die

Generalversammlung nicht stattfindet, so sollt Ihr Euch nicht irreführen lassen. Die Versammlung findet statt und ist beschlußfähig.

Abschrift Seite 2

Gedalie Feder	Paul Fischbein	Benno Bornstein
Judtka Besser	Walter Weiss	Hermann Schustermann
Abraham Spira	Moritz Landwirt	Mayer Silberschatz
Haskel Abrahamowitz	Heinrich Bornstein	Leon Reisler
Isidor Presser	Jacob Nowotny	Henrik Schilet
Mordka Einwohner	Julius Schochet	Jacob Mintz
Salamon Paperle	Josef Rakovski	

Wie es auch immer sei, es kam wahrscheinlich zu einem Vergleich und die Zionisten mit ihrem Anführer, der zum Berufszionisten geworden ist, konnte sich zu alleinigen Führern der israelischen Kultusgemeinde etablieren. Und da es Listenwahl war, konnte man nach Belieben schalten und walten. Und so wurde im Laufe der Jahre so manches bewegliche und unbewegliche Vermögen der Gemeinde, bestehend aus nicht kargen Zuschüssen aus der Tasche des Steuerzahlers und von Generationen weitervererbte Ersparnisse, von früheren deutschen Juden, zweckentfremdet verschachert. Wollen sich doch die zionistischen Führer bei jenen in der zionistischen Weltorganisation und in Israel Sympathie einkaufen in der Hoffnung, nicht wieder moralisch geohrfeigt zu werden. Daher kann man in der Presse von Zeit zu Zeit zur Kenntnis nehmen, daß diese und jene größere Summen nach Israel geschickt werden, anstatt dieses Geld für lokale Bedürfnisse zu verwenden. Gelinde ausgedrückt war es ungeheuerlich, als vor einigen Jahren das Anwesen hinter dem Stachus einem der größten Kaufhäuser überlassen wurde, sodaß es sein Gebäude verlängern konnte. Dieser in die Millionen gehende Wert wurde, wie es heißt, in 24-stündiger Verhandlung und so, wie man sagt, unter dem Tisch zu Ende geführt. Auch soll ein Anwalt aus Israel dabei eine Rolle gespielt haben. Ob dieser Verkauf notwendig war, statutengerecht und vom ganzen Vorstand gebilligt, bleibt dahingestellt. Dahingestellt aber darf folgende Frage nicht werden:

Welcher normal handelnde Besitzer eines Anwesens im Herzen Münchens würde ein Grundstück veräußern, wenn, im Sinne des Wortes, jeder Quadratzentimeter unbezahlbar ist? Das allein schon läßt doch die Anormalität des ganzen Handelns erkennen. Denn diese heutigen Zionisten, die hier gegen alle Direktiven ihrer höchsten Gremien ihr gesellschaftlich-politisches und praktisches Leben organisiert haben, müßten doch, wenn der Grundstückhandel normal verlaufen wäre, für die Zukunft sorgen, d.h. dieses Grundstück hätte doch verpachtet werden können, wie es in so einem Fall Usus wäre. Nach fünfzig, neunzig oder mehr Jahren würde dieser Besitz wieder als Eigentum an die Gemeinde zurückgehen. So und nur so wird eine Gemeinde reicher. Da es nicht so ausging, darf

man, wie zu Beginn schon vermerkt, von verschachern sprechen. Nach diesem Prinzip handelnd, wurde im letzten Jahrzehnt das Vermögen der jüdischen Gemeinde nicht vergrößert, obwohl es an Möglichkeiten nicht fehlte. Von moralisch-politischer Seite kann auch nur Null plus Minus festgestellt werden. So sind z.B. bei den zionistisch geführten Gemeindeverwaltungen Juden, die Halb- und Voll-Bordellbesitzer sind und andere "ehrenhafte" Berufe ausüben, nach dem non olet Prinzip ehrenhafte Mitglieder. Andere wiederum, die in ideologisch-politischer Richtung tätig sind und in ihrem zionistischen Gebaren nicht einig gehen, werden aus der Gemeinde ausgeschlossen, obwohl es mit Kultus, wie auch der Name der Gemeinde sagt, und mit der Tätigkeit des Ausgeschlossenen nichts zu tun habe. Zionisten sind »Demokraten« besonderen Typs. Wenn sie nicht gleichschalten können, dann wird geköpft. Moralisch und auch physisch.
So gesehen, hatte die Führung der Münchner Kultusgemeinde, wie alle anderen zionistisch geführten der Bundesrepublik, weder Sympathie in den eigenen Massen noch bei den kompetenten jüdischen Stellen in aller Welt. Dies brachte mit sich, daß eingetragene Mitglieder vielleicht ein Viertel der wirklich in der Bundesrepublik Lebenden sind. Auch in München, in der Zitadelle des aggressiven Zionismus, wo die Führer bei jeder nur passenden Gelegenheit in die Welt hinausposaunen, daß sie sich mit Israel identifizieren, im Gegensatz zu ihren ideologischen Genossen außerhalb Bayerns, die sich nur solidarisieren, ist man dieser Art Führung müde. Bei der letzten Gemeindewahl, die zu Beginn des Monats März des Jahres stattfand und wo zum erstenmal nicht Listen- sondern Personenwahl abgehalten werden konnte, brachte es der Veteran und Organisator des bayerischen Zionismus und Dominierender im fast ganzen zionistischen Leben in Bayern und auch gewesener Präsident der israelitischen Kultusgemeinde auf den neunten Platz. Der neugewählte deutsche Jude gehört zwar auch zu den »Juden in Deutschland« und ist in seinem geistigen Schaffen hier und da prozionistisch, aber er wird, was zu hoffen ist, saubere Luft in die Kultusgemeinde eindringen lassen, und kein zionschabbes Goi sein.

Man darf hoffen, daß der neue Präsident nicht parteigebunden und daher zu objektiver Handlungsweise fähig ist. Die Ereignisse vom Februar d. Jahres, die die israelitische Kultusgemeinde schwer getroffen haben, gehen auch alle jene an, die nicht Mitglieder der Gemeinde sind. Eine restlose Aufklärung der Geschehnisse wird wohl auch dem neuen Präsidenten am Herzen liegen müßen. In diesem Sinne sei die Bitte auch an ihn gerichtet, er möge Kraft seiner Eigenschaft als Präsident der israelitischen Kultusgemeinde in München die nötige Initiative ergreifen und nicht zulassen, daß dies der Verschwörung des Verschweigens verfällt.

Menora

Zu der ganzen traurigen Angelegenheit sei erlaubt, ein Ereignis am Rande nicht unbeachtet zu lassen. Am 17. Februar 1970 brachte die Süddeutsche Zeitung auf Seite 15 größere Berichte und Bilder über den Werdegang der Kondolen-

zeintragungen zu Ehren der sieben Opfer, die im Büroraum der Kultusgemeinde vor sich gingen. Das erste größere Bild zeigte eine Gruppe von Personen stehend, andere sitzend vor einem größeren Tisch. Unter diesem Bild ist zu lesen: "Die drei Münchener Bürgermeister waren die ersten, die mit ihren Unterschriften ihr Beileid bekundeten. Nach ihnen trugen sich die Mitglieder des Vorstandes der Kultusgemeinde ein". Auf dem Tisch rechts ist ein großer Leuchter zu sehen, hinter diesem der Kopf des amtierenden Gemeinderabbiners, Hans I. Grünewald. Hinter dem zweiten Bild der selben Seite beginnt ein größerer Bericht, betitelt: "In Gedenken und zur Ehrung". Der Text beginnt: "Der neunarmige Leuchter - Staatssymbol Israels - steht auf dem schwarz abgedeckten langen Tisch im Sitzungssaal der israelitischen Kultusgemeinde in der Reichenbachstrasse 27". So gut, so schön. Dieser abgebildete und zitierte Leuchter, der auch angeblich das Staatswappen Israels sein soll, nennt man Menora, und das darf mit Licht, Leuchter, Kerze, Lampe und sogar mit Röhren übersetzt werden. Die Gestaltung dieses Licht-Leuchtkörpers wird in der mosaischen Gesetzgebung auf das genaueste angegeben und ist daher Gebot, wie alle anderen einschlägigen Geräte, die für den Tempel Johovas angeordnet worden waren, auch. Und so heißt es in 2. Moses 25/37: "Und du sollst seine sieben Lampen (Röhren) machen", und in 4. Moses 8/2 ist zu lesen: " . . . so sollen die sieben Lampen gerade vor dem Leuchter hinscheinen".

Wir sehen aus diesen zwei Auszügen der Gebotsbücher Moses, daß die Rede von nur sieben war. Von neun, wie sie in der israelitischen Kultusgemeinde in München exitiert und abgebildet ist, und die sogar, wie der Öffentlichkeit bekanntgegeben, als Symbol des Staates Israel figuriert, ist nichts zu finden. Die Zahl des neunarmigen Leuchters sagt nichts. Die Zahl neun spielt in der jüdischen Mythologie gar keine Rolle und wird daher auch nirgends hervorgehoben. Die Zahl sieben dagegen ist eine der häufigsten Zahlen, die genannt wird und ist auch symbolisch zu sehen. So wissen wir z.B., daß es sieben Himmel, sieben Planeten, sieben Klimate, die Heiligung des siebten Tages, Sabbat, das siebte Jahr ist Sabbatjahr, sieben Wochen sind zwischen Pessach und Wochenfest, sieben Trauer- und sieben Hochzeitstage gibt, die Pessach- und Sukkotfesttage sind sieben und noch eine Vielzahl von sieben läßt sich aufzählen. Daher ist der siebenarmige Leuchter eben nicht neu, wenn man offiziell von Menora spricht. Es werden auch hie und da acht- und neunarmige hergestellt, können aber nicht als repräsentativ und für allgemeine offizielle Gebäude- und Feierlichkeiten dienen. Eine Änderung eines mosaischen Gebotes könnte im Notfall evtl. ein Sanhedrin, ein Ältestenrat aus 70 anerkannten Schriftgelehrten, ändern. Und das auch nur, wenn es um Lebensrettung gehen würde. Aber einen siebenarmigen Leuchter durch neun Kerzen zu ersetzen, hat mit lebensgefährdenden Interessen wahrlich nichts zu tun. Es bleibt ein unlösbares Rätsel, warum die Metropole der Kultusgemeinde Bayerns, die viele Jahre von »reinrassigen Juden« geführt wird und von einem prozionistischen Rabbiner, der sich sonst in politischer Hinsicht mit Israel identifiziert, ausgerechnet in Angelegenheit Menora jüdische Gebote und Tradition mißachtet und dem wahren Israelwappen, das siebenarmig ist, nicht die gebührende Ehre zuteil werden läßt und ein neunarmi-

ges benützt. Man darf annehmen, daß einer mit »profundem« mosaischen Wissen, der Vorsteher der israelitischen Kultusgemeinde, dem Berichterstatter der Süddeutschen Zeitung die Mär aufgehalst hat, daß der Leuchter, der auf dem Kultusgemeindetisch zur Schau gestellt wurde, Staatssymbol Israels sei. Wie in Wirklichkeit das israelitische Staatssymbol aussieht, hätte doch der amtierende Rabbiner der Zeitungsredaktion eine Berichtigung zugehen lassen müßen. Aber ein politisierender Rabbiner kann keine Zeit für Kultusprobleme haben.
Man darf annehmen, daß dieser neunarmige Leuchter nur in der israelitischen Kultusgemeinde in München als mosaisches Symbol verehrt wird und sonst in keiner anderen in der Bundesrepublik. Von den Vorstehern der israelitischen Kultusgemeinde, die auch zionistisch aktiv sind, könnte man verlangen, daß sie etwas von mosaischen Vorschriften und jüdischer Tradition verstehen. Wie aber der Fall beweist, muß es nicht unbedingt so sein. Aber von einem Gemeinde-Rabbiner? Er ist, wie oben vermerkt, hinter der Menora abgebildet. Sieht er nicht die neun Kerzen? Er ist täglich in diesem Haus, hat aber bislang dies nicht bemerkt? Es ist vielleicht ein Fehler, daß sich dieser Gemeinderabbiner mit solchen »Lapalien« beschäftigen soll. Es ist zwar ein reiner Ritusfall, aber damit scheint er sich wenig zu befassen. Aktiv befasst hat er sich aber, als es darum ging, ein Mitglied der Kultusgemeinde auszuschließen, weil er nach Meinung der zionistischen Vorstandsführung gegen Dinge verstoßen habe, die mit der Ritus-Kultus nichts zu tun hatten. Er als Gemeinderabbiner hat durch seine bedingungslose Ausschlußzustimmung nicht nur talmudische Vorschriften, sondern auch rabbinische mit Füßen getreten, sodaß man einem solchen Rabbiner verzeihen muß, wenn er sehbehindert ist.

Zum Leidwesen dieses Rabbiners und des ehemaligen Vorstandes der israelitischen Kultusgemeinde sei ein Beweis erbracht, daß der neunarmige Leuchter nicht zum jüdischen Symbol gehört. Ein Beweis, der von echt zionistischer Seite her stammt, und zwar: Die zionistisch orientierte Loge B'nai B'rith veranstaltete vom 15.3 bis 15.4 d. Jahres im Münchner Stadtmuseum eine Buchausstellung »Werke jüdischer Autoren deutscher Sprache«. Auf diesen Werbeplakaten, die an allen Litfaßsäulen in der Stadt angebracht wurden, ist oben rechts eine Menora zu sehen und diese hat sieben Kerzen. Das in München erscheinende Ultra-Zionistenblättchen in jiddischer Sprache, die »Neue Jüdische Zeitung«, vom 8. Mai 1970 brachte in ihrer Sonderausgabe anläßlich des Israelischen Nationalfeiertags, dem Tag der Unabhängigkeit, auf Seite 1 eine Abbildung des israelischen Staatswappen, einen siebenarmigen Menora-Leuchter, was in diesem Fall richtig war.
Darüber hinaus darf man erinnern, daß Rombesucher das Relief auf dem Titusbogen den siebenarmigen Tempelleuchter gesehen haben, das nach dem Original aus dem Salomontempel zu Jerusalem gemeißelt wurde. Es läßt sich noch ein Vielfältiges zu diesem, angeblich am Rande des traurigen Geschehens, bringen, das noch kein Geschehen am Rande ist. Es macht sich jeder nach seiner Bildung, Intelligenz und seinem Talent lächerlich, wie er kann. Auch dieser Fall wirft gehörige Lichtstrahlen auf alle, die für diese Bagatelle verantwortlich zeichnen.

Bei dieser Gelegenheit soll nicht verschwiegen werden, daß die siebenarmige Menora, die im Heiligtum eines der Symbole des Judentums darstellt und darüber hinaus als Wappen des Zionstaates Israel dient, nicht dem »heiligen« und »reichen« hebräischen »Wortschatz« entnommen ist.

Es ist aus dem arabischen manara entstanden, wie die Worte minora und Minarett, Leuchter, Leuchtturm, sowie das hebräische ner =Licht, auch. Dies ist zusätzlich ein Grund, daß unsere Chauvinisten sich rühmen dürfen »aus Zion stammt die Lehre« und mit ihrer Rassenlehre den Araberhaß, um jene, die 1967 dem Napalmtod entgingen, 1970 zu morden, wie es in den ersten Apriltagen passierte, als man Arbeiter und Kinder tötete, indem man eine Fabrik und eine Schule mit Bomben belegte.
Eine Plakation in der ganzen Bundesrepublik und im benachbarten Auslande startete am 26.2 d. Jahres die Sonderkommission zur Aufklärung des Brandattentates auf das israelitische Altersheim in München, Freitag den 13. Februar d. Jahres. Es wurden 15 tausend Exemplare gedruckt und auf allen Aushängen an öffenlichen Gebäuden und in größeren Betrieben wie auch an Lichtfaßsäulen angebracht und die Bevölkerung um Mithilfe gebeten. Der Inhalt ist in sieben Sprachen gedruckt, deutsch, englisch, französisch, italienisch, türkisch, serbokroatisch und griechisch. Sieben, eine am häufigsten vorkommende, symbolische Zahl im Judentum tritt auch hier unwillkürlich in Erscheinung. Die jiddische und hebräische Sprache wurde ausgeklammert, obwohl es sich um eine ganz und gar jüdische Angelegenheit handelt. Wenn schon, hätte man das hebräische auslassen können, denn jiddisch verstehen alle Juden aus dem Osten, denn die sind doch hier in der Mehrheit.

Ist das purer Zufall?
Auf dem Plakat ist außer dem viel umstrittenen Kanister auch die große Zahl Hundertausend DM zu sehen. Eine wohl berechtigte hohe Summe, die wie man annehmen darf, doch zu keinem Erfolg führen wird, wenn man nicht mit Sondermethoden diesen Sonderfall behandelt. In dieser Summe sind 25 tausend Mark enthalten, die der bundesdeutschen Pressezar Axel Caesar Springer stiftete. Mit dieser seiner Tat hat, darf man annehmen, der Prozionist Springer zum Ausdruck bringen wollen, daß es ihm ein Anliegen sei, die ganze unheimliche Tat aufgeklärt und evtl. Schuldige der gebührenden Strafe zuführen zu können. Da die ersten Rummelwochen um diese Angelgenheit resultatlos vergangen sind und man annehmen darf, daß es ganz einschlummern könnte, wie wäre es, wenn Herr Springer im Interesse der Aufklärung dieser Sache sich der hier gemachten Vorschläge, nämlich die öffentliche Erklärung des Bundesinnenministers und die Ernennung einer Sonderkommission zu eigen machen würde? Darüberhinaus einen verläßlichen Publizisten dieser Kommission beifügt, der wortgetreu alles der Öffentlichkeit bekannt machen soll?
Um nicht auf »Kommissarzufall« warten zu müssen, wie die »Bildzeitung« unlänst schrieb: "werden nichtzionistische und antizionistische Juden kräftig mithelfen". Herr Springer hat hier die einmalige Gelegenheit, seinen Widersachern zu beweisen, daß er ehrlich bestrebt ist, wahrheitsgemäß und lückenlos die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu informieren. Oder will er die 25.000 DM

wieder zurückhaben?
Herr Axel Springer, der profilierteste nichtbeschnittene Philozionist in der BRD bringt seine konservativ-bourgeoise Einstellung in seiner Presse in Einklang mit den Superkommunistschen Kibbuzim-Kollektiven. Mit Eifer und 25.000 DM Belohnung zusätzlich zu den staatlichen 75.000 DM forderte er lauthals, die Täter zu ergreifen und vor den Kadi zu bringen. Der Staatsanwalt dagegen war nicht seiner Meinung, und stellte die Verfolgung einfach ein. Gegen diese Maßnahme hatte auch Herr Axel Springer nichts einzuwenden. Hatte er vielleicht erfahren, daß die Schuldigen im Hause Israels zu finden sind? Hat er sich deswegen der Verschwörung des Verschweigens angeschlossen? Wie immer es auch sei, die bedingungslose Unterstützung des aggressiven Zionismus ist schädlich für sein Land. Mit seinem Verschweigen des zionistischen Terrors macht er sich schuldig beim anwachsen des Antisemitismus.
Am 8. Mai wurde von kompetenter Seite öffentlich die Auflösung der Mammut-Kommission mitgeteilt.
Die Sonderkommission zur Ermittlung der Täter, die am 13. Februar das jüdische Altersheim in München in Brand steckten, ist aufgelöst worden. Dies erklärte in der vergangenen Woche der Leiter der Münchner Mordkommission, Hans Fischer. Bei dem Brand waren sieben Menschen ums Leben gekommen. Nach Mitteilung Fischers hat bereits am 6. April die Mordkommission die Aufgaben der 80köpfigen Sonderkommission übernommen. Die Ermittlungen würden auch weiterhin »in jeder Richtung« weitergeführt. Es sei nicht zu sagen, in welchem Personenkreis die Brandstifter zu suchen seien. Da die »Hauptarbeit« bereits geleistet ist, sei der Einsatz der Sonderkommission nicht mehr gerechtfertigt gewesen.
Zwischen den Zeilen lesend heißt es, um eine gewisse Richtung »in jeder Richtung« nicht zu ermitteln. Somit wurde die ganze Angelegenheit auf Eis gelegt und der Verschwörung des Verschweigens anvertraut.

Mit zweierlei Maß.

Man hätte die Ereignisse in der Münchner Reichenbachstrasse dadurch aus der Welt schaffen können, daß man erklärt hätte, das Feuer sei durch einen elektrischen Kurzschluß entfacht worden oder durch andere stichhaltige Verlautbarungen. Welchen gesellschaftlichen oder politischen Ärger hätte dies erspart! Die Bundesregierung wäre nicht in die mißliche Lage gedrängt worden, die Bundesdeutschen wären vor zusätzlichen Reparationskosten verschont geblieben. (Man darf annehmen, daß wir welche zahlen müssen). Dies war aber nicht im Interesse der Zionisten und auch nicht so mancher bundesdeutschen Behörden und Politiker. Es ging genauso vor sich, wie es die Regisseure des Brandattentates geplant hatten, Groß aufgezogen und mit würdigem Pomp beschäftigen sich mit dem Brandfall die Weltmassenmedien. Man feierte förmlich Kondolenzveranstaltungen und dann beim provisorischen Begräbnis bot die Bundesrepublik auf, was sie nur an erlauchten Persönlichkeiten aufbieten konnte. Der Durchschnittsbürger, Angehöriger des Fußvolkes stellt, wie oft in solch einem

Fall berechtigte Fragen, unter anderem, was wäre, wenn ein ähnlicher Brand in einem nichtjüdischen Altersheim in der Bundesrepublik passierte. Nichts, muß man sagen. Man würde in so einem Fall unauffällig alles niederwalzen und es der Verschwörung des Verschweigens überlassen. Genauso wie man bei anderen Ereignissen, die mit Volskzugehörigkeit und Politik zu tun haben, je nach Hausbedarf reagiert. Wenn ein Nichtjude etwas »gegen« einen Juden unternimmt, dann wird sofort scharf reagiert. Wenn aber ein Zionist-Israeli gegen einen Deutschen was unternimmt, ist niemand vorhanden, hier einzuschreiten. Obwohl es ein Strafgesetzbuch gibt, das einen berühmten Paragraphen 130 hat, und auch mit diesem Paragraphen wird nach Belieben Schindluder getrieben, in einer Art, die eines Rechtsstaates unwürdig ist. Ein parallel gelagerter Fall von vielen anderen soll hier illustriert werden:

Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 1966 feierten, wie üblich bei solchen Anlässen, alle Parteien Wahltriumphe. Die SPD z.B. brachte auf ihrem Plakat auch den Namen des Hauptkandidaten. Ein aus Mannheim stammender Schlosser erlaubte sich, auf einen Streifen Papier das Wort Jude zu schreiben und dies auf so einem SPD-Plakat vor den Namen des Hauptkandidaten zu kleben, der in Wirklichkeit Jude ist und von diesem nicht geleugnet wird. Wenn man dies überklebte Plakat gelesen hat, dann hieß es, wählt den Juden Sowieso. Die Röntgenaugen der Behörden konnten dies nicht übersehen und schritten ein. Der Schuldige wurde verhaftet, vor den Kadi zitiert und bekam die Höchststrafe, 9 Monate ohne Bewährung, dank des oben erwähnten Paragraphen. Am 15. Januar 1968 bestätigte Karlsruhe dieses scharfe Urteil, obwohl das Gesetz Spielraum hat von drei Monaten bis . . . (Ich meine, daß Prof. Weichmann, um ihn handelt es sich hier nämlich, das Oberhaupt der Hansestadt Hamburg, in diesem Fall nach dem bereits zitierten Motto des Oberrabbiners Dr. Goldstein »meine Rache ist Versöhnung« hätte handeln können.)

Zu Beginn des Monats Februar wurde ein anders gearteter Fall, aber auch mit antisemitischen Hintergrund, der Öffentlichkeit bekannt, der aber anders zu Ende gebracht werden konnte als der obere. Am 17.2.1970 las man in einigen bundesdeutschen Presseorganen, daß der Vorstand der CDU-Fraktion des Landtags Nordrhein-Westfalen einstimmig beschlossen habe, »aus antisemitischen Äußerungen« des Fraktionsgeschäftsführers Günter Gerken keine weiteren Konsequenzen zu ziehen, sondern es bei einer scharfen Rüge des Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Lenz gegenüber dem Geschäftsführer zu belassen. Gerken hatte auf einem Empfang des Landtagspräsidenten John van Nes Ziegler (SPD) im Hinblick auf einen Redakteur des Westdeutschen Rundfunks, dessen Vater Jude war, erklärt, man stelle immer wieder unterschiede »zwischen uns Christen und diesem Juden« fest. Nach einer Beschwerde des Journalisten hatte der Landtagspräsident den Geschäftsführer von künftigen Einladungen ausgeschlossen. Eine Entschuldigung Gerkens hatte der Redakteur nicht akzeptiert.

Wie man sieht, kann und darf das Gleichheitsprinzip nicht eben gleich angewendet werden. Ein Schlosserarbeiter ist eben kein Parteipolitiker. Das soll nicht heißen, daß der glimpflich Davongekommene auch nach Paragraph 130 philo-

semitisch gebügelt hätte werden sollen.

Ein anderer entgegengesetzter Fall mit entgegengesetzten Resultaten verschwand nach Halbbekanntwerden wieder als Nichtgeschehen durch die Verschwörung des Verschweigens. Es ist hier die Rede von Abraham Reichstad alias Abi Ofarim. Als die Adolf Eichmann-Schau in Jerusalem vor besetzten Häusern, Rundfunk- und Fernsehschirmen vor sich ging, da fanden jene, die sich das Bemühen um eine deutsch-jüdische und jüdisch-deutsche Versöhnung zum Beruf gemacht haben, heraus, daß man diese Schau mit einer anderen verbinden könnte. Sie holten ein »Künstlerehepaar«, das in Israel unbekannt war. Die Massenmedien sorgten schon dafür, daß diese bald als einmalige Künstler gefeiert wurden. Dies verhalf dazu, daß in den letzten 10 Jahren »künstlerischen Wirkens« das Ehepaar weltberühmt wurde und zu einem ansehnlichen Vermögen gelangen konnte. In den letzten zwei Jahren brachten zwar das Auftreten dieses Künstlerpaares spürbare Verluste für ihre Manager, da die sich täuschten in ihrem Vermuten, der bundesdeutschen Zuhörer und Zuseher »weiß was er will«. Das Auftreten vor halbleeren Sälen hinderte das Ehepaar, insbesondere Herrn Abi nicht, sich weiterhin nach Siegesrauschveranlagung zu benehmen. Siegesrausch wird bekanntlich bei labiler charakterlicher Veranlagung verhängnisvoll. Siegesrausch führt auch, wie notorische Trunkenheit, zu unberechenbaren Handlungen. So benahm sich Herr Ofarim in so einem Zustand nach dem jüdischen Sprichwort: "Was bei den Nüchternen auf der Lunge, ist bei dem Besoffenen auf der Zunge". Bei solchen berauschten Anfällen beschimpfte er jene, denen er alles zu verdanken hat, seit er in der Bundesrepublik weilen darf mit: »Scheißdeutsche« und »Saunazis«. Es fanden sich unter jenen welche, die die Ehre hatten mit diesen Kosebeschimpfungen bedacht zu werden, die Charakter und Ehrgefühl besaßen, um sich dagegen im Rahmen des Möglichen zur Wehr zu setzen. Zionisten-Israelis befinden sich zwar in der Bundesrepublik unter Denkmalschutz, aber Lücken sind auch hier vorhanden. So brachten eine Illustrierte wie auch eine Zeitung Berichte über diesen Vorfall. Ein bayerischer Rechtsanwalt, war der Meinung, in einem demokratischen Staate zu leben, wo Gesetze gegen jeden einzelnen Bewohner dieses Staates Gültigkeit haben. Er wollte bestimmt nicht Herrn Ofarim persönlich hinter schwedischen Gardinen bringen, obgleich dieser nach seiner Meinung den Paragraphen 130 des deutschen Strafgesetzbuches verletzte, indem er mit seinen Schimpfkanonaden nicht nur seine Zuhörer traf sondern alle Bundesdeutschen. Und so reichte der Nürnberger Rechtsanwalt Eberhard Engelhardt am 11. April 1968 Anklage gegen Herrn Ofarim wegen Volksaufhetzung, Volksbeschimpfung und ähnliches ein. Er wurde im Laufe der Zeit zum Spaziergänger aller juristischen Instanzen, die die Bundesrepublik hat. Keine einschlägige Behörde oder politische Persönlichkeit fand sich dafür zuständig oder konnte den oben erwähnten Paragraphen 130 so deuten, wie jeder Laie, wie jeder ehrliche objektive Bundesbürger und Einwohner es tut.

In der Bundesrepublik Deutschland, wie man sieht, kann man zu harter Gefängnisstrafe verurteilt werden, wenn mal einen Juden an seine Volkszugehörigkeit erinnert, was Zionisten immer wieder verlangen. Man kann gerügt werden.

Wenn aber ein Israeli das ganze bundesrepublikanische Volk mit »Scheißdeutsche« und »Saunazi« betitelt, nimmt man das hin, als wäre dies selbstverständlich. Die Hetmanen aller Richtungen fanden sich in dieser nichtsauberen Angelegenheit in aller Eintracht zusammen. Die zionistischen und bundesdeutschen Propagandaapparate hörten zu ticken auf. Man will den Nürnberger Anwalt höchstwahrscheinlich auf die Probe stellen, wie lange er das Rennen mit der Mappe »Gleichheit und Gerechtigkeit für alle« von Pontius Pilatus zu Herodes durchhalten wird. Zu einem wird ihm die ganze Angelegenheit doch nützlich sein, nämlich, daß er in seiner Juristerei noch viel zu lernen hat. Aber diese Angelegenheit kann auch unliebsame Folgen zeitigen, wenn das bundesdeutsche Fußvolk durch diese und jene Ereignisse zur Überzeugung gelangen würden, daß man hier nach zweierlei Maß mißt und daß die Justitia (nach dem Lateinischen Gerechtigkeit) nicht nur blind, sondern auch noch taub gemacht wurde, und sich Gedanken macht. So ist auch hier recht deutlich zu sehen, daß unvernünftiger Philosemitismus, erst recht Philozionismus sich in Antisemitismus verwandeln muß. Daß im Fußvolk solche Regungen spürbar sind, soll ein Leserbrief, der in einer Wochenzeitung vom 20. März 1970 kommentarlos gebracht wurde, zeigen:

"Zweierlei Maß". "In München wurde ein Anschlag auf ein jüdisches Altersheim verübt (wahrscheinlich Brandstiftung), dem sieben Insassen zum Opfer fielen. Über das Abscheuliche dieser Untat herrscht allgemein Empörung und dies mit Recht. Angenommen, das Verbrechen wäre in einem Altersheim für christliche Münchner Bürger geschehen und hätte die gleichen Folgen gehabt, wären dann der Bundespräsident und der Bundesinnenminister auch zum Begräbnis nach München gekommen? Hätte man für die Ergreifung der Täter die ungewöhnlich hohe Summe von 100.000 DM ausgesetzt? Wäre das Bundeskriminalamt eingeschaltet worden? Hätten der Bundesinnenminister und der bayerische Ministerpräsident Grabreden gehalten und wäre eine Trauerbeflaggung sämtlicher öffentlichen Gebäuden angeordnet worden? Hätte die Presse in langen Leitartikeln darüber berichtet, desgleichen Rundfunk und Fernsehen? Oder wollten Maßgebliche eine Kollektivschuld des deutschen Volkes demonstrieren, die sie sonst leugnen?

J. Bürger, Linz"

Das Publikwerden des Falles Ofarim brachte dem »Delinquenten« in der Bundesrepublik keinen Ärger, in seinem Heimatland aber Erfolge. Als er vor etwa 11 Jahren in die Bundesrepublik kam und auf die Frage eines Publizisten, der zu diesem Team gehörte, um den »großen Künstler« der Öffentlichkeit bekannt zu machen, über seine Eindrücke, die er von der Bundesrepublik und über deren Einwohner gewonnen habe, gab er harmlos stereotype Antworten. Dies war nicht befriedigend für die politische Leitung des israelischen Staatsrundfunks Kol Israel (Stimme Israels). Da diese erwarteten, daß er schon damals mit echt israelischem Mut die Deutschen mit den Worten »Scheißdeutsche« und »Saunazis« hätte bombardieren müssen, wurde er von oben genannten Rundfunk boykottiert. Als die israelische Öffentlichkeit von seinen Heldentaten erfuhr, verkündeten die Pressemeldungen, daß der etwa 11 Jahre lange Antiofarimboy-

kott des israelischen Rundfunks aufgehoben würde, da nach meinung der Leitung Herr Ofarim sich dadurch rehabilitiert habe, daß er das ganze bundesrepublikanische Volk beleidigte.

Wie schon erwähnt, brach in der Weihnachtswoche von 1959 in der Domstadt Köln eine Hackenkreuzschmiererei-Woche aus. Diese Aktion sollte als Vorbereitung zur Einführung Eichmanns dienen um noch zusätzliche Milliarden Reparationen von Bonn fordern zu können. Die Kölner Vorkommnisse erbrachten nebenbei noch die Möglichkeit, Bonn auch juristisch-politisch unter Druck zu setzen und die Zionquerulanten verlangten von Bonn, angesichts der Hackenkreuzschmierereien im Strafgesetzbuch einen Härteparagraphen einzuführen. Wie stets, fügte sich auch diesmal Bonn, den Jerusalemer Forderungen und der Bundestag beschloß am 30. Juni 1960 den Volksverhetzungsparagraph 130 zu erlassen und prompt in Kraft zu setzen.
Wie die Nürnberger NS-Gesetzgebung, so hat auch der § 130 nicht allgemeine Gültigkeit, sondern wird nur gegen Deutsche angewandt. Beweis für diese Behauptung liefert der Fall Ofarim. Herr Ofarim hielt es für angebracht sein Brötchengeber (und noch mehr) mit den Auszeichnungen »Scheißdeutsche» und »Saunazi« zu titulieren. Im Juli 1950 wagte der Arabische Abgeordnete Tewfik Tubbi in der Knesset-Parlament die Regierung zu kritisieren worauf ihn der Ministerpräsident Ben Gurion zurief:
"Du darfst nicht vergessen, du ißt israelisches Brot".
Hat wenigstens ein Bundesdeutscher Politiker Herrn Ofarim eine ähnliche Belehrung erteilt?
Es fand sich, was in ähnlichen Fällen sehr selten ist, eine Illustrierte und die veröffentlichte den ganzen Vorgang. Ein Nürnbeger Rechtsanwalt erachtete es für seine Ehrenpflicht gegen Ofarim die Anwendung des §130 zu verlangen. Dr. Engelhardt, als Michael Kohlhaas, spazierte hin und her, von Pontius Pilatus zu alle Herodese, bis er resigniert aufgeben mußte. Wie verhält es sich aber mit dem »freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat« in Bonn? Fühlen sich die Herrn, die über die Anwendung des § 130 das Sagen haben nicht betroffen? Wie oft und wie stark muß denen noch ins Gesicht gespuckt werden bis sie endlich merken, daß es keine Regentropfen sind? Ein Bundesdeutscher, der es wagen würde in Israel die Bewohner dieses Landes als »Scheißisraelis« oder »Sauzionisten« zu insultieren, würde mit Sicherheit todgeprügelt werden und nur wenn er Glück hat, käme er durch ein ordentliches Gericht 10-12 Jahre hinter Gitter. Dort haben sie nämlich Anstand und Ehrgefühl, was man von vielen Bonnern nicht behaupten kann. Darf in der BRD ein israelischer Lump nicht verurteilt werden? Was müßte er tun um in den Genuß des Gleichheitsprinzip zu kommen? Warum die Angst und wie lange noch???

Am 20.2.1965 sagte Ben Gurion wie bereits zitiert in einem Interview zu einem der Reporter u.a.:
"Es ist durchaus Falsch, Furcht zu haben. (West) Deutschland sollte keine Furcht vor Nasser, aber auch keine Furcht vor Israel haben!"
Das ist für die BRD ein vielsagender, nicht gerade schmeichelhafter Ausspruch,

kein Israeli ob Ofarim oder Mirafo wird Bonn je für ihre Zionkniebeuge danken. Diese leidige Angelegenheit hat noch ein Spektrum. Die Verschonung nämlich der Zionistischen Gesetzverletzer führt in der BRD unweigerlich zum Anwachsen des Antisemitismus. Bonn sollte nicht vergessen, daß derartige Vorfälle schon zur Unterminierung der Weimarer-Republik beigetragen haben. Will Bonn wirklich jene unterstützen, die an neuen Auschwitzen interessiert sind? Schreiber dieser Zeilen ist kein Adept von »Auge um Auge«, aber ein Landesverweis für den »Scheißdeutschen« und »Saunazi« »Künstler« wäre angebracht und das wenigste was man hätte tun müssen. Wenn dieser Ofarim ein Araber gewesen wäre, OH WEH !!! Er hätte die ganze Härte dieses »Rechtsstaates« zu spüren bekommen. Wann wird Bonn endlich erkennen, daß es seit Bestehen der BRD stets auf dem falschen Esel sitzt? Wann wird Bonn mithelfen den Circulus vitiosus=Teufelskreis der Ehrlosigkeit und Feigheit zu sprengen, der den Weg zu Antisemitismus asphaltiert? Friedrich Rückert, schreibt in Vierzeilen:
(1788-1866)
"Das sind die Weisen,
die durch Irrtum zur Wahrheit reisen;
die bei dem Irrtum verharren,
Das sind die Narren".
Amen!
Zum Schluß läßt sich zu diesem ganzen Fall nur sagen, daß die wahre Herrscherin in der BRD, in einer falsch angewandten Demokratie, die Hirn-, Herz- und Seelenlose Bürokratie zu sein scheint.

Schlußwort

Das Brandattentat vom 13. Februar 1970 im Gebäude der Israelitischen Kultusgemeinde hat, wie es die Regie verlangte, weltweites Echo gefunden. Die BRD ist einwandfrei zum Tummelplatz politischer Verbrechen geworden. Zum Großteil haben die Staatsobrigkeiten durch ihr lahmes Verhalten daran schuld. Sie bringen es nicht fertig, eine Minderheit, die sich anmaßt die BRD als Spielball zu benutzen und dadurch den Interessen ihres Volkes Schaden zufügt, zur Raison zu bringen. Damit soll die BRD aus ihrer Balance gebracht werden. Unruhe und Unordnung sollen alle Bemühungen, die Minderheit mit der Mehrheitsbevölkerung in Ruhe miteinander leben zu lassen, zerstören. Einer verschwindenden Minderheit der jüdischen Bevölkerung in der BRD, sind die Aufgaben und Sorgen dieses Landes völlig gleichgültig und arbeiten als Lakaien für einen anderen Staat, der die BRD nur als Melkkuh betrachtet und immer mehr und bessere Milch von ihr haben will. Dies muß einmal offen und verständlich gesagt werden. In erster Reihe müßte die Staatsobrigkeit daran interessiert sein, doch nein, sie übt sich in "Verschwörung des Verschweigens" und dadurch werden diese Terrorverbrecher erst recht zu weiteren Mordaktivitäten animiert. Darüberhinaus, verstoßen die Behörden gegen ihre Verfassung, die sie von Amtswegen schützen müßten, durch ihr taktieren mit zweierlei Maßstäben.
Cui bono?
Der deutsche Nationasozialismus ist im demokratischen Teilstaat Deutschlands untersagt. Der zionistische Nationalsozialismus dagegen wird gelobt und gefördert. Die Deutsche SA und SS sind als Verbrecherorganisationen deklariert worden, Die zionistische SA und SS dagegen erfreuen sich legaler Betätigung.
Deutsche (und arabische) Terroristen werden rigoros (soll man auch) bekämpft.
Zionistische Terroristen dagegen genießen Immunität. (was nicht sein soll).
Der Nazismus übelster Sorte, ist der National Zionismus!
Bonn will das immer noch nicht zur Kenntnis nehmen.
Wenn ein Deutscher irgendwo und irgendwann zwischen 1933 und 1945 einen Juden umgebracht haben soll, wird er zeitlos in aller Welt verfolgt. Und wenn es dem Steuerzahler Unsummen kostet, die BRD-Justitia will den Schuldigen vor den Kadi zerren und ihn für den Rest seines Lebens hinter Gitter bringen.
Am 13. Februar 1970 wurden im Gebäude der IKG sieben jüdische Leben ausgelöscht. Die Verfolgung der Schuldigen wurde bald darauf eingestellt.
Welche Parallelen sollen noch gezogen werden?
Cui bono?
Die Brandterroristen werden nur durch die lahmen und verantwortungslosen Maßnahmen zu weiteren und noch makaberen Terroraktivitäten förmlich ermuntert und herausgefordert. Die an der »Verschwörung des Verschweigens« profitieren, werden es abstreiten.
Das hinters Licht geführte Fußvolk ist trotz aller Anstrengungen als politisch zu analphabetisieren, noch nicht so dumm, um schockiert zu fragen:
Was geht hier vor?
Die wahrheitswidrigen Antworten die sie erhalten, tragen nicht dazu bei, die Bundesdeutschen als Freunde für das Bonner Regime zu gewinnen.

Pharisäerische Antworten ermöglichen nicht nur die Legendenbildung sondern knechten auch die Wahrheit.
Wo die Wahrheit mit Füßen getreten wird, gibt es nur noch Untertanen und keine freien Menschen mehr.
Resultat?
Der Antisemitismus in der BRD wächst wie auf Hefe.
Cui bono?
Der zionistische Nazismus ist nicht nur der Totengräber des Bundesdeutschen Staates und Volkes, sondern auch der Deutschen Juden, die von "Juden in Deutschland" nicht verschont werden.
Der zionistische Terrorismus tobt sich in der BRD am horrorsten aus, weil der dukatenspendende Esel laufend an die Kandare genommen werden muß und die Bonner-Obrigkeit am lahmsten dagegen reagiert.
Der Bundesdeutsche soll das Amalek-Brandmal immer wieder aufs neue spüren.
"Krieg führt Jehova wider Amalek von Geschlecht zu Geschlecht".
(2. Moses 17, 16)
Man braucht kein Seher zu sein um zu Verkünden, wie bereits gehabt, daß der Brandterrorakt vom 13. Februar 1970 im Gebäude der Münchner IKG nicht der letzte sein wird. Die Folgenden werden gewißlich um vieles Makabrer sein.
Die »Verschwörung des Verschweigens« wird dazu Hilfestellung geben.
Und der Antisemitismus in der BRD wächst und gedeiht.
Cui bono?
Nutzen daraus zieht nur der zionistische Nazismus.
Ein Scheoltanz im Kreise, um ein normales Leben zwischen dem Bundesdeutschen Mehrheitsvolk mit der jüdischen Minderheit, nicht Wirklichkeit werden zu lassen.
Zion reflektiert und pocht auf "besondere Beziehungen".
Möge Bonn sich besinnen, es ist 5 vor 12.
Es wäre zu hoffen, daß alles hier angesprochene, keine:
"Stimme eines Rufenden in der Wüste (Jesaja 40,3)
ohne Echo bleibt".

Murnau, Mai 1970

J.G. Burg

EDERER-VERLAG – Verlagsprogramm

Anne Frank – Das Tagebuch
Die Propagandaschrift, „Das Tagebuch der Anne Frank“, wird
vom Verfasser entlarvt. 20 Seiten, 8 Abbildungen, Heft — DM 2,–

Jüdische Anekdotiade
„Die Gralshüter des Antisemitismus werden mit ihrem
Schofergebell gegen den Autor zum Amoklauf aufgerufen.“
Jiddisch Witze, 229 Seiten — DM 18,–

Der jüdische Eichmann
Eine sinnbildliche Darstellung im Zwiegespräch. 4 Seiten, geheftet

Offener Brief an den bayerischen Landesrabbiner, H.I. Grünewald
Die Rabbiner-Konferenz möge sich mit dem Fall Wiesenthal
beschäftigen. 12 Seiten, geheftet

(beide zusammen) DM 3,–

Schuld und Schicksal
Europas Juden zwischen Henkern und Heuchlern. 370 Seiten, kartoniert — DM 22,–
Dasselbe Leinen — DM 32,–

Terror und Terror
Die Ursachen des Terrors und ein neuer Auschwitz-Antisemitismus.
21 Seiten, Heft — DM 2,–

Troika
Das Dreigespann Goldmann – Ben Gurion – Adenauer. 19 Seiten, Heft — DM 2,50

Holocaust des schlechten Gewissens unter Hexagramm Regie
28 Seiten, Heft — DM 3,60

In Kürze erscheint:
– Maidanek – in alle Ewigkeit?